

VIERTER VERHANDLUNGSTAG

Sonnabend, den 27. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Ich eröffne die Verhandlungen des Parteitages. Zur Verhandlung stehen die Arbeitsberichte des Parteivorstandes. Ich erteile dem Genossen Franke zu Punkt Organisation das Wort.

Franke:

Genossinnen und Genossen! Die Reihe der Arbeitsberichte des Parteivorstandes habe ich mit dem einzuleiten, was zu organisationspolitischen Fragen ergänzend zu dem vorliegenden Bericht im Jahrbuch für die Berichtszeit 1950/51 zu sagen ist.

Mit Genugtuung und Freude hörten wir aus den Begrüßungsansprachen unserer Freunde und ausländischen Gäste immer wieder anerkennende Worte über unsere schlagkräftige und gut organisierte Partei heraus, für die wir unseren ausländischen Freunden sehr zu Dank verpflichtet sind. Wir deutschen Sozialdemokraten teilen sicherlich vorbehaltlos die Auffassung unseres finnischen Genossen Simonen, der in seiner Begrüßungsansprache sagte, daß die freie internationale Arbeiterbewegung nicht nur Ideen brauche, sondern auch große kampffähige Organisationen.

Neben der Entwicklung sozialistischer Ideen und neben der Gestaltung tagespolitischer Forderungen arbeiten aus dieser Erkenntnis heraus seit vielen Jahrzehnten mit einem beispiellosen Aufwand an Kraft, Willen und Ausdauer viele Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre an dem Aus- und Aufbau der Parteiorganisationen zu einem wirksamen Instrument der sozialistischen Massenbewegung, um mit diesem Instrument die Verwirklichung der sozialistischen Ideen erkämpfen zu können. Nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist unsere Parteiorganisation und muß es bleiben. Nicht die Vereinigung des Vereines wegen, sondern die Vereinigung von Gleichgesinnten zur Entwicklung gestaltender Ideen, zum rationellen Ansatz ihrer möglichen und ganzen Kraft zur Erringung des politischen Zieles war von jeher Leitsatz all derer, die sich mit organisatorischen Fragen der sozialistischen Massenbewegung verantwortlich beschäftigen mußten und auch beschäftigt haben. Mancher Erfolg konnte in den zurückliegenden Jahrzehnten errungen werden. Zahlreich sind die praktischen Erfahrungen aus den vergangenen Jahren, auf deren Auswertung basierend die organisatorische Arbeit weiterentwickelt werden muß, um weitere Erfolge erringen zu können. Voller Stolz und ohne Überheblichkeit können wir wohl feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die einzige Partei in Deutschland ist, die dem Begriff einer politischen Massenpartei entspricht, in der sich aus freiem Entschluß zur Zeit über 650 000 Mitglieder vereinigt haben, die wiederum in über 7800 Gemeinden der Bundesrepublik in örtlichen Organisationen erfaßt sind. Einzelheiten über die Mitgliederbewegung und organisatorischen Daten sind aus dem Jahrbuch zu entnehmen, das jedermann Aufschluß gibt und der Öffentlichkeit zugänglich ist wie jedes andere Buch, das in einer Buchhandlung zu erwerben ist. Wir haben mit unseren Zahlen, die wir aus unserer Arbeit ermittelt haben, keinerlei Geheimniskrämerei zu betreiben. Wir können vor der Öffentlichkeit bestehen, und wir können vor allem jeden Vergleich mit irgendeiner politischen Organisation in Deutschland

bestens bestehen. Aber um ein Vielfaches gewichtiger als diese nüchternen Zahlen unserer großen Mitglieberschar und Ortsvereine wiegt die Tatsache, daß Tag für Tag und Jahr für Jahr Zehntausende ehrenamtlicher Funktionäre oft unter den schwierigsten wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen für die Sozialdemokratische Partei tätig sind und neue Anhänger und Mitstreiter für die Forderungen zur Besserung der allgemeinen Lebensverhältnisse werben. Das politische, das sozialistische Empfinden und Wissen ist dabei das stärkste Antriebsmoment für die unermüdete Tätigkeit dieser tausender und aber tausender Funktionäre, deren Wirksamkeit in den Betrieben und Wohnbezirken die Voraussetzungen für den politischen Erfolg der Sozialdemokratie schaffen. Allen sei an dieser Stelle gedankt für die mühevolle, aber erfolgreiche Arbeit, die sowohl in den ländlichen und soziologisch schwierigen Gebieten durchgeführt wird, allerdings unter ungünstigeren Bedingungen, als auch in den Industriegebieten und in den Großstädten mit den besseren Voraussetzungen für unsere Parteiarbeit. (Beifall.) Durch die Zusammenballung zahlenmäßig starker Gruppen qualifizierter Facharbeiter ist es von jeher so gewesen, daß in den Industriegebieten und Großstädten die Sozialdemokratische Partei ihr Kräfte-reservoir fand, um die politische Arbeit auch in jene Gebiete tragen zu können, in denen die Voraussetzungen nicht so günstig gewesen sind, sich aber im Laufe der Zeit doch zu unseren Gunsten entwickelt haben, allerdings durch das tragische und furchtbare Erleben des Krieges, der eine vollkommene Wandlung der Voraussetzungen und Verhältnisse in Deutschland mit sich gebracht hat, so daß wir heute in Gebiete Eingang gefunden haben, in denen wir vor Jahren kaum Resonanz fanden.

Einige Ermittlungen aus der jüngsten Zeit ergeben einen sehr interessanten Überblick über die berufsmäßige Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft in einem Teilgebiet unseres Organisationsbereichs, das, durch seine wirtschaftliche Struktur und Einwohnerdichte bedingt, eine mutmaßliche Durchschnittswertung für das gesamte Bundesgebiet erlaubt. Nach diesen Erhebungen gehören unserer Partei als Mitglieder 45 Prozent Arbeiter an. 17 Prozent unserer Mitgliedschaft stellen die Angestellten, und nur 5 Prozent Beamte haben den Weg zu uns gefunden, während der Prozentsatz der selbständig Schaffenden und der Handwerker sowie der freiberuflich Tätigen 12 Prozent ausmacht. 12 Prozent Rentner gehören zu uns, 2 Prozent Landwirte, und 7 Prozent haben den Beruf als Hausfrau angegeben. Diese Angaben können — das möchte ich allerdings noch einmal betonen — nicht als das Ergebnis für das gesamte Bundesgebiet bezeichnet werden, da — wie ich gesagt habe — die Ermittlungen nur aus einem Teilgebiet stammen, aber in etwa doch die berufsmäßige Zusammensetzung der Mitgliedschaft ausweisen.

Ein Überblick über die altersmäßige Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft, allerdings auch nur aus dem gleichen Gebiet, ebenfalls runde Zahlen, zeigt, daß 3 Prozent unserer Mitgliedschaft bis 25 Jahre alt sind, 10 Prozent aus den Jahrgängen 26 bis 35 Jahre alt erfaßt sind und 19 Prozent der Jahrgänge 36 bis 45 Jahre alt zu uns gehören, während die Altersgruppe 46 bis 55 Jahre über ein Viertel unserer Mitgliedschaft ausmacht und mit 26 Prozent ausgewiesen ist. Die älteren Jahrgänge sind noch einmal unterteilt. Die 56 bis 65 Jahre alten Genossinnen und Genossen machen ebenfalls noch einen erheblichen Prozentsatz aus und weisen 24 Prozent der Mitgliedschaft in den dortigen Gebieten aus. 18 Prozent sind über 65 Jahre alt.

Aus diesen Angaben ergibt sich, daß das Gros unserer Mitgliedschaft, soweit die berufsmäßige Zusammensetzung in Frage kommt, sich nach wie vor aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschichten zusammensetzt und,

das möchte ich hier anführen, der Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft 20 Prozent beträgt, so daß klar zu erkennen ist, daß 13 Prozent der Berufstätigen als Hausfrauen oder als Ehefrauen noch mit in Ansatz zu bringen sind.

Allerdings gibt die altersmäßige Gliederung zu erkennen, daß vor allem die Jahrgänge über das 46. Lebensjahr hinaus das Gros unserer Mitgliedschaft stellen, während die jüngere Generation in einem erschreckenden Maße abfällt. Darin ist sehr deutlich zu erkennen, daß der Krieg unzählige Opfer gefordert hat. Aus dieser Tatsache resultieren auch die Feststellungen, daß sich unser Funktionärkörper zu einem beachtlichen Teil aus den an Jahren älteren Mitgliedern der Partei zusammensetzt, die recht häufig 25, 40 und 50 Jahre Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind. Hinzu kommt eine Fülle an zu bewältigenden Aufgaben, die zu unmöglichen Belastungen durch Funktionshäufungen führen, wodurch zwangsläufig manche Aufgabe vernachlässigt wird. Wir haben in den verschiedensten Gebieten Rückfragen angestellt, um einmal darüber Erhebungen bei uns anzustellen, in welcher Weise sich die Funktionshäufungen ausdrücken. Wir haben dabei Antworten bekommen, die uns sehr nachdenklich stimmen müssen und uns aufzeigen, daß wir uns viel mehr und intensiver mit organisatorischen Fragen in der Partei beschäftigen müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Mancher Funktionär vereint in sich mehr als 10 Funktionen und sieht keine Möglichkeit, die eine oder die andere abzustoßen (sehr wahr!), obwohl wir auf der anderen Seite ein unerschöpfliches Reservoir an Parteimitgliedern aufzuweisen haben, die sicherlich in der Lage sind, in die Aufgabe hineinzuwachsen, wenn sie nicht gleich als qualifizierte Funktionäre schon geboren sein sollten. Aber wir müssen uns mit diesen Fragen sicher noch häufiger beschäftigen. Wir werden dieses Problem heute nicht ausdiskutieren können. Wir sollten aber doch erkennen, daß es einfach nicht angängig sein kann, daß Funktionen nur der Funktionen wegen besetzt werden und hinterher eine routinemäßige Behandlung erfolgt (Beifall) und dadurch die Parteiorganisation vernachlässigt wird und die Wirksamkeit der Partei eine Schwächung erfährt, obwohl wir es in unserer Hand haben, durch ganz geringfügige Entscheidungen und Maßnahmen eine bedeutsame Wandlung herbeizuführen.

Nun müssen wir uns, wie gesagt, mit allen Mitteln an die Aufgaben heranmachen, um die Nachwuchskräfte, die sich bei uns erfreulicherweise doch in beachtlicher Zahl einfinden, mit verantwortlichen Aufgaben zu betrauen, um so in der Zukunft die Garantie dafür besitzen zu können, daß die Sozialdemokratische Partei über die weiteren Jahrzehnte hinaus bestehen und der entscheidende politische Faktor in Deutschland werden wird. Sicherlich weisen die Zahlen, die ich vorhin erwähnte, in ihrer Gesamtheit eine machtvolle Organisation aus, deren innerer Ausbau aber noch erfolgen muß, um aus dem Zustand der Stagnation, in dem wir uns zur Zeit befinden, herauszukommen. Sosehr wir wissen, daß unsere Parteiorganisation im Vergleich zu anderen politischen Organisationen bestehen kann, ja bestens bestehen kann, so klar müssen wir aber ihre Mängel erkennen und uns um deren Beseitigung unablässig bemühen. Das darf nicht immer nur ein Lippenbekenntnis auf Konferenzen und Tagungen sein, sondern das muß der Inhalt unserer Arbeit in den folgenden Wochen und Monaten sein. In der neueren Entwicklungsgeschichte der Partei — ich meine damit die Zeit nach 1945 — scheint nun allmählich der Zeitpunkt gekommen zu sein, der den Abschluß einer gewissen „selbsttätigen“ Entwicklung ergibt. Um weiter vorankommen zu können und um weitere Mitglieder und Funktionäre neu gewinnen zu können, müssen wir denjenigen Problemen unsere Aufmerksamkeit widmen, die, vielleicht durch die zeit-

lichen Verhältnisse bedingt, vielleicht aber auch dadurch, daß wir sie nicht klar genug erkannt haben, ins Hintertreffen geraten zu sein scheinen. Es geht um die richtige Bewertung der täglichen Kleinarbeit der vielen, vielen sogenannten kleinen Funktionäre, die die große Zahl der namenlosen Träger unserer großen Partei sind! (Sehr richtig!) Weder Beschlüsse noch Satzungsbestimmungen können in dieser Frage helfen. Die erfolgreiche organisatorische Arbeit in der Partei ist nach meiner Meinung mehr ein psychologisches Problem, mehr eine Frage der richtigen Menschenführung als etwa ein technisch-organisatorischer Fragenkomplex, der durch irgendeine Satzungsbestimmung oder Formulierung gelöst werden könnte. Sicherlich muß es einige richtungsweisende Bestimmungen geben, nach denen sich der innerparteiliche Ablauf unserer politischen Arbeit ergibt. Entscheidend ist und bleibt aber darüber hinaus, von welcher Gesinnung durchdrungen und ausgehend der einzelne Genosse seine Arbeit und Aufgabe sieht und verrichtet. Gelingt es uns als Partei, das Wissen um diese Zusammenhänge zu vertiefen, und gelingt es uns darüber hinaus, das Bewußtsein um die Bedeutung der Ausübung der scheinbar kleinen und kleinsten Funktionen erneut zu wecken und zu festigen, dann haben wir einen gewaltigen Schritt voran zur Überwindung der Stagnation getan, aber auch zur Lösung des Problems des Mangels an Funktionären und zur Überwindung des Problems der Überalterung unseres Funktionärkörpers. Im Jahrbuch wird ausführlich über die Tätigkeit der einzelnen Fach- und Sachausschüsse berichtet, die sich mit den jeweils anfallenden Aufgaben beschäftigten und gute Arbeit für die Partei leisteten. Wir wissen, daß manches nicht bearbeitet oder so erarbeitet wurde, wie es sich der eine oder andere vorgestellt hat. Aber auch dafür gibt es eine Erklärung. Wir können die Arbeiten in den zentralen Körperschaften mit dem verhältnismäßig geringen Personalbestand leider nicht immer so bewältigen, wie wir es selbst wünschen, obwohl wir immerhin stolz darauf sein können, für viele Sachgebiete hauptamtliche Kräfte einsetzen zu können. In den hinter uns liegenden Jahren haben wir wertvolle Erfahrungen sammeln können, die für die kommende Zeit von großer Bedeutung sein werden. Wir haben nicht nur versucht, auf allen Spezialgebieten durch hauptamtliche Kräfte die betreffenden Fragen bearbeiten zu lassen, sondern wir haben darüber hinaus einen großen Kreis von Genossinnen und Genossen herangezogen, um deren Wissen und Können in den Dienst unserer Aufgaben stellen zu können. Wir werden sicherlich im Laufe der Diskussionen Gelegenheit finden, über verschiedene Fragen sprechen zu können. Ich glaube, daß aus den Erfahrungen in der Parteiarbeit draußen für die gesamte Arbeit wichtige Anregungen gegeben werden können.

Zu diesem Teil der Tagesordnung gehört es auch, daß die von den Organisationen gestellten Anträge zu Punkt 3a der Tagesordnung diskutiert und über sie entschieden wird.

Ich schlage vor, die Anträge Nr. 25 und 26 auf Tagesordnungspunkt 6 zu verlagern, da durch einen Änderungsantrag eine andere Behandlung erfolgen soll, als sie hier in der konkreten Formulierung von den Antragstellern zunächst in Aussicht genommen war. Mit den Antragstellern ist in diesem Sinne eine Vereinbarung getroffen worden. Ich bitte, das bei der weiteren Behandlung zu berücksichtigen. Nun darf ich berichten, welche Behandlung Parteivorstand und Parteiausschuß für die einzelnen Anträge empfehlen.

Zunächst Antrag 2, Kreisvorstand Bremen, der wünscht, daß über die Aufnahme eines Mitgliedes nicht — wie es bisher im Statut steht — der Vorstand eines Ortsvereins allein entscheidet, sondern daß dem eine Befragung der Mitgliederversammlung vorausgehen soll. Wir empfehlen,

diesen Antrag abzulehnen (sehr richtig!), da wir meinen, daß es eine echte Aufgabe des Vorstandes ist, über eine solche Frage zu entscheiden. Im übrigen sieht das jetzige Statut vor, daß jeder Genosse die Möglichkeit hat, innerhalb eines Jahres gegen eine erfolgte Aufnahme Einspruch zu erheben. Dann wird sowieso im größeren Kreis entschieden werden müssen. Wir bitten, Antrag 2 auch unter Berücksichtigung des Abs. 2 abzulehnen, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß über Einsprüche nacheinander Unterbezirksvorstand, Bezirksvorstand und Parteivorstand entscheiden sollen. In der jetzigen Fassung des Statuts heißt es, daß Bezirksvorstand und Parteivorstand nacheinander anzurufen sind. Wir halten diese Regelung für sinnvoll, weil eine übergeordnete Stelle mit der letzten Entscheidung beauftragt werden soll, damit nicht in der lokalen Atmosphäre, die wir aus der Praxis zur Genüge kennen, unter Umständen Entscheidungen getroffen werden, die sachlich anfechtbar wären und unliebsame Schwierigkeiten hervorrufen würden.

Antrag 3, Unterbezirk Gelsenkirchen, bitten wir ebenfalls abzulehnen. Die Bezeichnung Ortsverein ist ja keine Verniedlichung unserer organisatorischen Kraft und Stärke, sondern drückt aus, daß es die Vereinigung der Gleichgesinnten an einem Ort ist. Es gibt auch einige Gebiete in Deutschland, in denen die Bezeichnung „Ortsgruppe“ unliebsame Erinnerungen hervorruft. (Sehr richtig!) Wir sollten es daher bei der jetzigen Regelung lassen.

Antrag 4, Bezirk Südwest. Der Antrag sieht vor, daß in Zukunft die Abgrenzung von Parteibezirken durch Verhandlungen mit den beteiligten Bezirksorganisationen und durch Entscheidungen von Konferenzen herbeigeführt werden soll. Im jetzigen Statut heißt es, daß für die Aufgliederung des Organisationsgebietes der SPD der Parteivorstand zuständig ist, der nach wirtschaftlichen und parteipolitischen Gesichtspunkten seine Entscheidungen zu fällen hat. Er wird solche Entscheidungen niemals ohne Übereinstimmung mit den Beteiligten fällen. Im übrigen ist es auf der Bezirksebene so, daß die Bezirksvorstände in ihrem Organisationsbereich die zweckmäßigste Untergliederung finden müssen, um in allen Gebieten unter möglichst gleichen Voraussetzungen die Parteiarbeit vorantreiben zu können. Diese Aufgabe muß dem Vorstand vorbehalten bleiben. Wir empfehlen daher, Antrag 4 abzulehnen.

Antrag 5, Ortsverein Lippstadt. Der Antragsteller wünscht eine Veränderung im Organisationsaufbau, der durch das auf dem Hamburger Parteitag beschlossene Statut zum Ausdruck gebracht wird. Die Kreisverbände sollen als Organisationsgliederungen eingeführt werden, sollen also in der alten Form wieder entstehen. Wir empfehlen, diesen Antrag abzulehnen, um die Organisationsform, die durch den Hamburger Parteitagsbeschluß in vielen Gebieten erfolgreich entwickelt wird, nicht wieder zu Fall zu bringen.

Ebenso bitten wir Antrag 6, Kreisvorstand Bremen, abzulehnen. Wir meinen, daß Bezirkssatzungen innerhalb eines Bezirkes ausreichen müssen, um die Arbeiten unter den besonderen regionalen Gesichtspunkten durchzuführen. Im übrigen sollte man versuchen, nicht zu viele Satzungen und einschränkende Bestimmungen festzulegen, weil das nicht dazu beitragen würde, die Parteiarbeit zu erleichtern. Wir meinen, daß in größeren Orten und überall da, wo die Verhältnisse es verlangen, nach Bedarf Einzelbestimmungen getroffen werden. Es sollte daher bei der jetzigen Regelung im Statut bleiben.

Den Antrag 7, Unterbezirk Frankfurt (Main), muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. — Ja, ich habe eine undankbare Aufgabe zu erfüllen. (Heiterkeit.) Ich muß fast alle Antragsteller enttäuschen. Ich kann ihren Erwartungen nicht entsprechen. Ich meine aber, daß ich meine Aufgabe im

Interesse der Partei durchführen muß. Daher trage ich aus voller Überzeugung die Entscheidungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses vor. Wir müssen wirklich versuchen, einmal von dem Organisationsdebatten abzukommen, um uns den politischen Aufgaben zuzuwenden. Schließlich bestimmen diese, wie wir arbeiten sollen! (Beifall.) Wir empfehlen also, Antrag 7 abzulehnen. Er fordert, daß in Ländern mit mehreren Bezirksverbänden auf einem Landesparteitag ein Landesvorstand gewählt werden soll. Wir haben in unseren jetzigen Bestimmungen Formulierungen, die für die Zusammenarbeit verschiedener Parteibezirke in einem Land ausreichend sind. Dafür gibt es auch Richtlinien. Soweit ich mich erinnern kann, gibt es sogar in einigen Ländern Parteibezirke, die nach diesen Richtlinien arbeiten. Wir sollten daher die jetzige Formulierung des Statuts beibehalten, die allgemein zum Ausdruck bringt, daß für besondere Aufgaben der Parteivorstand Richtlinien erlassen kann.

Antrag 8, Kreisverband Rosenheim-Land, empfehlen wir abzulehnen. Er entspricht in der Tendenz dem Antrag 5 und wünscht ebenfalls eine Einschaltung der Kreisorganisationen. Wir sollten es bei der Einfachheit unseres Organisationsaufbaues belassen. Damit ist keineswegs den Genossinnen und Genossen in den einzelnen Gebieten die Tätigkeit erschwert oder untersagt. Im Gegenteil, es wäre doch eigenartig, wenn man nicht eine Form fände, um auch in den in Frage kommenden Gebieten die anfallenden Aufgaben zu lösen.

Antrag 9, Bezirk Südwest, muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. Er sieht vor, daß die gesetzlichen Bestimmungen für die Aufstellung von Wahlkreiskandidaten ihren Niederschlag im Organisationsaufbau der Partei finden sollen. Wir müssen von den gegebenen Grenzen in den Ländern abkommen, die sich bei den verschiedenen Aufgaben nicht decken. Für die Kommunalwahlen gibt es besondere Wahlkreisgrenzen, für die Landtagswahlen wieder andere Wahlkreise und für die Bundestagswahlen ebenfalls andere Abgrenzungen der Wahlkreise. In allen Ländern ist das zwar nicht so. Daher wird es schwierig sein, eine Organisationsform zu finden, die sich solchen Dingen anpaßt. Wir sollten, unabhängig von Wahlgesetzen und ähnlichen Bestimmungen, unsere Parteioorganisation nach Gesichtspunkten aufbauen, die uns zweckmäßig erscheinen.

Antrag 10, Kreisvorstand Bremen, bitten wir, ebenfalls abzulehnen. Der Antrag verlangt, daß die Wahlvorschläge für Bundestag und Landtage von den Unterbezirksvorständen im Benehmen mit dem Bezirksvorstand und Parteivorstand den Unterbezirkskonferenzen zur Entscheidung vorgelegt werden. Wir sollten das nicht als Bestimmung im Statut aufnehmen, da die Arbeitsvoraussetzungen in allen Teilen Deutschlands sehr beachtlich voneinander abweichen. Wir sollten es daher bei der bisherigen Formulierung lassen, die letztlich die Entscheidung der Mitgliedschaft auf alle Fälle gewährleistet.

Antrag 11, Ortsverein Göttingen, bitten wir, ebenfalls abzulehnen. Es handelt sich dabei um eine bezirksinterne Angelegenheit. Der Bezirkstag hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, ein eigenes Organisationsstatut zu schaffen, und hat das Bezirksstatut auf dem Bezirksparteitag mit 240 zu 6 Stimmen angenommen, so daß man erkennen muß, daß die Genossinnen und Genossen im Bezirk Hannover — zumindest die übergroße Zahl — das angefochtene Statut ihr Statut nennen. In den einschlägigen Bestimmungen geht es um die Zusammensetzung des Bezirksvorstandes und der Unterbezirksvorstände. Die Mitgliedschaft im Bezirk Hannover wünscht, daß die verantwortlichen Sekretäre mit Stimmrecht Mitglieder dieser Körperschaften sind, um so durch ihre Entscheidung verantwortlich mitwirken zu können.

Die Anträge Nr. 12, Bezirksparteitag Braunschweig, und 13, Landesausschuß Berlin, empfehlen wir abzulehnen. Beide Anträge behandeln sinngemäß die gleiche Materie. Es geht darum, die Zusammensetzung des Parteitags mit seinen beschlußfähigen Delegierten in anderer Weise zu regulieren als bisher. Im jetzigen Statut heißt es, daß die Bundestagsfraktion in eigener Angelegenheit nur beratend Stimme hat. Im übrigen gehört sie zum Kreis der stimmberechtigten Delegierten. Wir meinen, daß es notwendig ist, die Form beizubehalten, die der Mitgliedschaft in größerem Maß Einfluß auf die Entscheidungen des Parteitags gewährt. Wir sind uns wohl darüber einig, daß die Spitzenfunktionäre, die sich im Parteivorstand, Parteiausschuß und in der Bundestagsfraktion befinden, mit Leichtigkeit in ihren Wohngebieten die Delegationen erwerben könnten. Dadurch würde aber die Einflußnahme der sogenannten einfachen Mitgliedschaft reduziert.

Antrag 14, Bezirk Südwest, habe ich ebenfalls zur Ablehnung zu empfehlen. Es gehört zu den Aufgaben der Kontrollkommission, bei der Erstattung des Geschäftsberichtes den Entlastungsantrag zu stellen. Das ist alter Brauch auf den Parteitagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteitag selbst kann dann dazu ja oder nein sagen.

Antrag 15, Unterbezirk Frankfurt (Main), empfehlen wir abzulehnen, im letzten Satz heißt es: „Besoldete Mitglieder des Sekretariats können nicht in den Parteivorstand gewählt werden“. Ich glaube, daß ich dem Parteitag hierüber eine Aufklärung schuldig bin. Der Weg ist umgekehrt. Auf dem Parteitag werden Genossinnen und Genossen als besoldete Parteivorstandsmitglieder gewählt und ziehen erst dann in das Sekretariat ein.

Antrag 16, Bezirksparteitag Südbayern, bitten wir, dem Organisationsausschuß des Parteivorstandes zu überweisen. Wir meinen, daß die hier zum Ausdruck gebrachten Formulierungen die praktische Arbeit betreffen und bei der Schaffung von Richtlinien oder ähnlichen Anweisungen, beispielsweise Arbeitsheften usw., stärkste Beachtung finden sollen. Im übrigen müssen wir feststellen, daß es jetzt keinerlei Bestimmungen im Statut gibt, die eine solche Tätigkeit, wie sie gefordert wird, etwa untersagen würde. Es liegt im Ermessen der beteiligten Genossinnen und Genossen, wie weit sie sich in die politische Diskussion einschalten.

Antrag 17 sieht vor, daß bei Differenzen, die bei der Aufstellung von Kandidaten auftreten könnten, die nächsthöhere Organisationskörperschaft entscheiden soll. Bisher heißt es im Statut, daß der Parteivorstand auf Antrag der beteiligten Organisation zu entscheiden hat. Er kann dabei durchaus das Recht zur Entscheidung auch an den Bezirksvorstand oder den Unterbezirksvorstand delegieren. Wir sollten es aber bei dieser allgemeinen Formulierung belassen, da sowohl zentrale Kandidaturen als auch die untergeordneten Landtags- und Kreistagskandidaten davon betroffen werden können.

Antrag 18 muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. Im Statut wird sinngemäß das gleiche zum Ausdruck gebracht, und die direkt davon angesprochenen Genossinnen haben die jetzige Formulierung, die auf dem Hamburger Parteitag beschlossen wurde, entwickelt und sagen, daß sie ihnen besser gefällt, und wir sollten den Genossinnen in dieser Weise doch entgegenkommen. Das sollte uns nicht schwerfallen.

Antrag 19, vom Bezirk Süd-West, muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. Es heißt in der Antragsformulierung:

Der Parteiausschuß berät und beschließt gemeinsam mit dem Parteivorstand.

Die neue Bestimmung heißt also:

Der Parteiausschuß wird ein Beschlußorgan.

Wir meinen, daß sich die bisherige Praxis als zweckmäßig erwiesen hat. Der Parteiausschuß stellt die gebietliche Vertretungskörperschaft der Parteibezirke beim Parteivorstand dar, und bisher hat der Parteivorstand nur in Übereinstimmung mit dem Parteiausschuß wichtigste Entscheidungen gefällt. Wenn der Parteiausschuß zu einem Beschlußorgan werden soll, wird es durch die unterschiedlichen Größen der einzelnen Bezirke erneut zu Veränderungen in der Zusammensetzung kommen müssen, die dazu führen, daß die Körperschaft groß wird, ohne daß uns ein besonderer Vorteil in bezug auf die möglichen Entscheidungen ersteht. Wenn es die politische Situation erfordert, werden vom Parteivorstand oder von den dazu berufenen Körperschaften entsprechende Konferenzen einberufen, um eine möglichst große Legitimation für die dann zu fällende Entscheidung zu bekommen.

Die Anträge Nr. 20 und 21 empfehlen wir, dem Organisationsausschuß beim Parteivorstand als Material zu überweisen, damit das Ausschlußverfahren erneut überprüft und unter Umständen eine andere Formulierung gefunden werden kann, die eine bessere Handhabe ermöglicht.

Antrag Nr. 22, vom Bezirksparteitag Niederrhein an den Parteitag gerichtet, bitten wir abzulehnen. Da wird die Schaffung einer Landesorganisation gefordert. Wir meinen, daß es bei den Bezirksorganisationen bleiben sollte und daß die Bezirke als selbständige organisatorische und politische Gliederungen der Partei ihre Arbeitsweise beibehalten sollten.

Antrag Nr. 23, vom Ortsverein Göttingen, empfehle ich, ebenfalls abzulehnen. Es geht darum, erneut eine Frage zu diskutieren, die auf dem Hamburger Parteitag ausgiebig diskutiert worden ist und bei der man auf Grund der allgemeinen Situation in Deutschland zur Ablehnung gekommen ist. Ich glaube, wir sollten uns auch nicht durch Beschlüsse dieser Art festlegen. Im Augenblick liegen die Dinge so, daß wir auf diesem Gebiete kaum zu Erfolgen kommen könnten. Wir sollten diese Frage erneut diskutieren, wenn sich die Situation ändern sollte.

Antrag 24, vom Unterbezirk Wiesbaden, bitten wir, dem Organisationsausschuß zu überweisen. Ich kann im Augenblick hier keine andere Behandlung empfehlen. Es geht darum, Mitglieder, die langjährig tätig gewesen sind, durch silberne oder goldene Parteiabzeichen auszuzeichnen. (Heiterkeit.)

Die Anträge 25 und 26 habe ich vorhin zur Behandlung bei Tagesordnungspunkt 6 empfohlen, um zu ermöglichen, daß ein Änderungsantrag noch eingebracht und mitbehandelt wird.

Damit wären die Dinge, die ich zur Organisation zu sagen hätte, erledigt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort zum Punkt Finanzen hat nunmehr der Genosse Nau.

Nau:

Genossinnen und Genossen! Die Finanzen der politischen Parteien haben zu allen Zeiten eine erhebliche Rolle gespielt. Die Formulierung, daß ohne Geld auf dieser Erde keine Politik gemacht werden kann, ist in ihrer brutalen Offenheit die Feststellung eines Tatbestandes.

Die Öffentlichkeit — vornehmlich die Presse — hat dieses Thema in den letzten Monaten lebhaft diskutiert. Ich glaube, die Gründe für dieses bemerkenswerte Interesse sind offenkundig:

Die Parteien sind Organe der politischen Willensbildung des Volkes.

Für die Erhaltung und Stärkung der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Meinungsbildung in diesen Parteien nicht beeinflusst wird durch Geldgeber, die sich letzten Endes bei ihren „großzügigen Spenden“ nur davon leiten lassen, die Partei ihrer Wahl zum gefügigen Werkzeug ihrer Interessen zu degradieren. (Sehr gut!) Doch hier schrecken die Spuren der Geschichte. Dem deutschen Volk und der Welt wäre in den letzten 20 Jahren grauenvolles Leid erspart geblieben, wenn die deutsche Industrie Hitler nicht finanziert hätte. (Sehr richtig!)

Die Unterbringung der anonymen Finanzierung der politischen Willensträger ist nicht nur eine Frage der Sauberkeit, sondern ein Kernproblem des demokratischen Staates. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist vielleicht kein Zufall, daß die Beratungen über das Parteiengesetz darüber nicht vom Fleck kommen. Dem sicheren Vernehmen nach soll sich das Bundeskabinett bereits mit dem vierten Gesetzentwurf beschäftigen. Es ist verständlich, daß die Regierungsparteien die im Gesetz vorgesehene Rechenschaftslegung als die heikelste Frage ansehen.

Bisher haben die Parteien rechts von der SPD versucht, diese Dinge in ein geheimnisvolles Dunkel zu hüllen. Sie haben allerdings nicht verhindern können, daß die Tatsache ihrer Finanzierung durch Industrie und Handel draußen bekannt geworden ist. (Sehr richtig!)

Wir haben dokumentarische Beweise darüber, daß jährlich Millionen dafür gegeben werden. Wir sind weiter darüber unterrichtet, daß Verhandlungen über zusätzliche Finanzierung der kommenden Bundeswahlen durch dieselben Industriekreise geführt werden, bei denen es um hohe, siebenstellige Beträge geht.

Dieses trübe Bild der Finanzquellen bürgerlicher Parteien wird noch dunkler, wenn man darauf hinweisen muß, daß durch öffentliche Haushalte Millionen in die Kasse von sogenannten überparteilichen, ich möchte sagen pseudopolitischen Organisationen fließen. (Sehr gut!)

Wir meinen hier die Bünde, die Kampfgruppen und wie immer sich diese Gruppen nennen; ihre zwielfältige Mitwirkung ist gefährlich und die größtenteils aus parlamentarisch nicht kontrollierten Geheimfonds erfolgte Finanzierung mehr als bedenklich!

Auf das Parteiengesetz zurückkommend, möchte ich sagen, wir glauben nicht, daß ein Gesetz eine völlige Bereinigung dieser ungesunden, ja korruptiven und für die Bundesrepublik lebensgefährlichen Situation bringen kann.

Wir befürchten, daß nach einem Gesetzeszwang zur Offenlegung der Bücher noch stärker als bisher die reptilienmäßige und indirekte Finanzierung angewandt wird. Es scheint uns deshalb unerlässlich zu sein, daß auch die sogenannten „Spendengeber“ stärker als bisher kontrolliert werden.

Hier haben die Landesfinanzminister die Aufgabe, durch entsprechende steuerliche Strafen die Parteisubventionen der Industrie zu erschweren und darüber hinaus zu verhindern.

Wenn dieses Problem der Finanzierung bürgerlicher Parteien in der Öffentlichkeit erörtert wird, zeigen diese Parteien eine sonst nicht vorhandene Scheu vor Publizität.

Als z. B. vor einiger Zeit die „Süddeutsche Zeitung“ eine Umfrage über Herkunft und Höhe der Partei-Einnahmen veranstaltete, haben sich alle Parteien — mit Ausnahme der SPD — geweigert, Angaben zu machen. (Zurufe: Hört, hört! Pfui!)

Minister Hellwege lehnte die Auskunft ab in der Befürchtung, „andere Parteien könnten daraus ungerechtfertigten Nutzen ziehen“. (Große Heiterkeit und lebhafte Zurufe.)

In ähnlicher Seelenqual befand sich Dr. Würmeling vom Direktorium der CDU, als vor einigen Wochen die Regierungsparteien und die SPD im RIAS über ihre Einkünfte befragt wurden.

Dr. Würmeling sagte:

„Wir haben an sich die Möglichkeit, die Zahlen der Öffentlichkeit darzulegen, wie andere Parteien auch, aber da das Konkurrenzfragen sind im politischen Kampf, haben wir keinen Anlaß, von uns aus nun als erste damit in die Öffentlichkeit zu treten.“

Nun, was die Konkurrenz anbetrifft, so handelt es sich unverkennbar um interne Fragen der Koalition.

Im übrigen scheint aber Herr Würmeling übersehen zu haben, daß die SPD seit langen Jahren — auch schon vor 1933 — ihre Karten auf den Tisch legt.

So haben wir in Fortsetzung bewährter Gepflogenheiten für die Jahre 1950/51 im vorliegenden Jahrbuch wieder eine Rechenschaftslegung (auch für die Herren der Presse zugänglich) vorgenommen.

Die auf den Seiten 173 bis 191 veröffentlichten Erklärungen und Tabellen geben Aufschluß über Einzelheiten, so daß ich mich hier in diesem kurzen Bericht auf wesentliche Ergänzungen beschränken kann.

Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich 1951 auf 7,5 Millionen DM.

Davon kamen rund 6 Millionen DM aus dem Umsatz der Beitragsmarken. Knapp 1½ Millionen DM wurden aufgebracht durch Sammlungen, Verkauf von Wahlfondsmarken und Abgaben der Abgeordneten der verschiedensten Parlamente.

Bei den Ausgaben des Parteivorstands nehmen die Beträge für die Werbung, Aufklärung und Information der Mitglieder und Wähler den ersten Platz ein.

Erheblich waren die Aufwendungen für jene Gebiete, die infolge ihrer ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Struktur die Hilfe der Gesamtpartei in Anspruch nehmen mußten.

Die Erwerbslosigkeit in ihrem Ost-West-Gefälle ist in jenen Bezirken konstant geblieben, die infolge des Versagens der Umsiedlungspolitik der Bundesregierung noch immer als flüchtlingsüberflutet gelten müssen.

Oft sind 50—60 Prozent der Mitglieder einzelner Ortsvereine erwerbslos. (Zustimmung und Zurufe: 100 Prozent!) Darüber hinaus gibt es Ortsvereine, deren gesamte Mitgliedschaft seit Jahr und Tag ohne Beschäftigung ist. Hier zu unterstützen, ist ein Akt der Solidarität, aber auch der Selbsterhaltung, um weiße Flecken auf der politischen Landkarte zu vermeiden.

Aus diesem Geist heraus haben wir Berlin geholfen, in Südwestdeutschland und in politisch schwierigen Gebieten der französischen Zone die organisatorische und politische Arbeit gefördert.

Im Vordergrund dieser praktischen Arbeit seit dem Parteitag in Hamburg standen die umfangreichen Bemühungen, eine echte finanzielle Konsolidierung anzustreben. Die vorliegenden Bezirksabrechnungen geben Auskunft darüber, ob und inwieweit Ansatzpunkte für diese Entwicklung gegeben sind.

Nach diesen Unterlagen betrugen die Einnahmen aus Beiträgen von Januar bis Juni 1952 rund 3 130 000 DM und liegen damit gegenüber dem ersten Halbjahr 1951 mit 275 000 DM höher. Bei fast gleichmäßiger Beitragsleistung ist der durchschnittliche Monatsbeitrag der Mitglieder um 10 Pf höher als im vergangenen Jahr.

An dieser Mehreinnahme ist der Erlös aus dem Verkauf der Wertmarken über 1 DM bzw. 1,20 DM nicht unwesentlich beteiligt. Rein markenmäßig gesehen, scheint der Erfolg der progressiven Beitragsstaffelung zunächst unbefriedigend. Nur 6,5 Prozent der umgesetzten Beitragsmarken sind höhere Wertmarken. Aber in DM gerechnet, sieht das Ergebnis wesentlich anders aus.

Im ersten Halbjahr 1952 betrug der Erlös dieser Marken rund 750 000 DM, gleich 23 Prozent der Gesamtbeitrageinnahmen.

Diese Erfolge — ich möchte sagen: Anfangserfolge — in der Stabilisierung unserer Finanzierung sind auf zwei Tatsachen zurückzuführen:

1. der besseren Kassierung unserer Mitglieder;
2. der Einführung von neuen Beitragsmarken.

Zunächst zu 1.

Wenn die Einkassierung von Beiträgen Anlaß zur Kritik gibt, dann nicht zuletzt aus folgenden Gründen:

Erstens, weil die Zahl der Hauskassierer immer noch zu klein ist, und zweitens die Funktion — völlig zu Unrecht — unterbewertet wird. (Sehr richtig!) Sehr oft sieht man diese Arbeit als eine rein schematisch-technische Abkassierung an und glaubt, daß der letzte gerade gut genug dafür ist. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum, den auszuräumen ein dringendes Gebot ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach Auffassung des Parteivorstandes erfüllen die Frauen und Männer als Hauskassierer in erster Linie eine politische Funktion. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind das lebendige Bindeglied zwischen Partei und Mitgliedschaft. Sie sind dazu berufen, die politische Wirksamkeit der Partei draußen zu interpretieren.

Was wäre die Partei ohne die Arbeit dieser Funktionäre. Ihnen gilt gerade heute unser Dank. (Lebhafter Beifall.)

Und nun ein Wort zu den Beiträgen:

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben die Bezirksorganisationen der Empfehlung des Parteivorstands entsprochen und ab Januar 1952 neue Beitragsmarken eingeführt.

Noch erfreulicher ist jedoch, daß die Mitgliedschaft in diesen Bezirken für die Beitragsveränderungen vollstes Verständnis aufgebracht hat.

Zu dieser Frage liegen mehrere Anträge vor:

Der Antrag 27 behandelt die Zuständigkeit bezüglich der Beschlußfassung in Beitragsangelegenheiten.

Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen, entsprechend Antrag 27 a, der heute morgen verteilt worden ist, das grundsätzliche Recht zur Festsetzung der Beiträge beim Parteitag zu belassen und nur in dringenden Fällen den Parteivorstand im Benehmen mit Parteiausschuß und Kontrollkommission zu ermächtigen, Abänderungen zu beschließen.

Der Unterbezirk Wiesbaden beantragt unter Nr. 29, daß in § 8 an Stelle des Wortes „Bruttoeinkommen“ „Nettoeinkommen“ gesetzt wird.

Wir glauben nicht, daß eine solche Änderung eine wesentliche Verbesserung bedeuten würde. Wir haben darüber schon eine interne Aussprache mit einigen Genossen aus Wiesbaden gehabt. Wir empfehlen, den Antrag nicht anzunehmen.

Von den Anträgen 28 und 30 ist der letztere der weitestgehende.

Ich setze deshalb das Einverständnis des Parteitages voraus, wenn ich diesen Antrag zuerst behandle.

Die Bezirke Schleswig-Holstein, Niederbayern, Oberpfalz haben am 1. Januar 1952 nicht nur die Beitragswerte von 60 Pf und 1,20 DM eingeführt, sondern darüber hinaus die übrigen Beitragsstufen um 20 Prozent erhöht.

Der Parteivorstand hat diese Regelung akzeptiert, obwohl sie über die vom Parteivorstand beschlossene bzw. empfohlene Beitragsveränderung hinausging, einfach aus der Erwägung heraus, einer solchen Initiative nicht in den Arm fallen zu dürfen. (Heiterkeit.) Ich fasse dieses freundliche Lachen als eine starke Zustimmung auf. (Beifall.)

Auf Grund der Erfahrungen eines halben Jahres darf festgestellt werden, daß sich diese generelle Erhöhung um 20 Prozent bewährt hat.

Es gibt in beiden Bezirken keine Rückwanderung von höheren auf kleinere Markenwerte, ganz im Gegenteil: Der Umsatz der Beitragsmarken in den Werten von 2 DM bzw. 2,40 DM ab ist im Verhältnis zum Ergebnis des ersten halben Jahres 1951 erheblich gestiegen.

Wir glauben, daß der Parteitag auch für die übrigen Bezirksorganisationen, d. h. für die Gesamtpartei, die 20prozentige Erhöhung für die Beitragsgruppen ab 2 DM beschließen sollte.

Für diese Maßnahmen sprechen nicht nur die Notwendigkeiten, die Einnahmen zu erhöhen, sondern ebenso stark politische wie psychologische Überlegungen.

Nachdem mit Beginn des Jahres die 20prozentige Beitragserhöhung für die unteren Beitragsstufen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — durchgeführt wurde, scheint mir die Annahme des Antrages unserer Kieler Freunde eine unabweisliche und vielleicht auch eine logische Konsequenz zu sein. Wir haben Verständnis dafür, daß bei einzelnen Bezirken zunächst Bedenken gegenüber einem solchen Verfahren bestanden. Beitragserhöhungen waren zu keiner Zeit der Parteigeschichte populäre Erscheinungen. Wir haben jedoch die Zuversicht, daß sich unsere Mitglieder — insbesondere angesichts der Notwendigkeit der finanziellen Stabilisierung der Organisation — dem Ruf der Partei nicht verschließen werden. Wir appellieren hiermit an den ganzen Parteitag, entsprechend der Empfehlung des Parteivorstandes und Parteiausschusses diesen Antrag anzunehmen und damit wieder für die gesamte Organisation eine einheitliche und für alle verbindliche Beitragsregelung zu schaffen. Nach unserer Auffassung ist es aber nicht zweckmäßig, weitere Veränderungen der Beitragsstaffel vorzunehmen. Eine Modifizierung, wie sie z. B. im Antrag 29 angeregt wird, würde nach unserer Meinung bedauerlicherweise in der praktischen Handhabung zu empfindlichen Einnahmeverlusten führen. Wir bitten, diesem Antrag nicht zu entsprechen.

Der Antrag 31 ist inzwischen von unseren Braunschweiger Freunden nach einer kurzen klärenden Aussprache mit uns zurückgezogen worden. Den Antrag 32 bitten wir abzulehnen.

Wir wollen es bei den jetzigen Bestimmungen des Statuts belassen, die vorsehen, daß von Fall zu Fall die örtliche Organisation eine zeitliche Ermäßigung des Beitrages beschließen kann.

Der Antrag 33 will den Anteil des Parteivorstandes an dem Ergebnis von Sammlungen einschränken. Ich hoffe, ihr habt Verständnis dafür, wenn ich darum bitte, diesen Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen.

Die bisher durch den Parteivorstand geleistete Hilfe für politisch schwierige Gebiete wird gefährdet, wenn solche Einengungen beschlossen werden.

Den Antrag 34 bitten wir, dem Parteivorstand zu überweisen. Wir wollen unseren ganzen Einfluß dahingehend geltend machen, daß erheblich mehr als

bisher für die Schulungs- und Bildungsarbeit aus dem Beitragsaufkommen zur Verfügung gestellt wird.

Der Antrag 35 aus Frankfurt wünscht die Versicherung von hauptamtlichen Funktionären bei vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit und Versorgung der Familie im Todesfall.

Hier wird ein Problem aufgeworfen, dessen Lösung wir ohne großen Zeitverlust erstreben müssen. Wir haben sehr bedauert, daß ein vor längerer Zeit unterbreiteter Vorschlag aus finanziellen Gründen nicht akzeptiert wurde. Trotz aller dieser Bedenken ist es unserer Meinung nach eine elementare Verpflichtung der Partei, unseren hauptamtlichen Funktionären diesen Schutz zu geben. Wir bitten jedoch, den Antrag zu überweisen und erklären, noch in diesem Jahr von uns aus neue Vorschläge den Bezirksvorständen im Sinne einer positiven Regelung zu übermitteln.

Zum Schluß einige Bemerkungen über die Wiedergutmachung, soweit es sich um das Parteivermögen handelt. Obwohl sieben Jahre seit dem Zusammenbruch des Naziregimes vergangen sind, warten noch über 100 Verfahren auf Rückgabe des noch vorhandenen Parteieigentums auf ihre Erledigung. (Hört, hört!) Das erscheint uns angesichts der Tatsache, daß zahlreiche schwerbelastete Nazis bereits wieder in den Besitz ihrer auf zweifelhaftem Wege zustande gekommenen Vermögen gelangt sind, eine — milde formuliert — bemerkenswerte ungleiche Behandlung. (Beifall.) Was wir bisher mühsam, mit nicht unerheblichen Kosten und oftmals nur gegen den offenen und versteckten Widerstand deutscher Behörden, zurückbekommen haben, steht auch nicht annähernd in einem angemessenen Verhältnis zu dem, was uns damals genommen und geraubt wurde. Der große Vermögensschaden, den die Partei erlitten hat, ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

1. Vom Grundvermögen haben wir nur Bruchteile erhalten, die vielfach nur Trümmer sind.
2. Die Druckereibetriebe sind größtenteils ausgeplündert. Selbst jene wenigen Unternehmungen, deren Maschinen über das tausendjährige Reich hinweggerettet werden konnten, haben erhebliche materielle Einbußen erlitten, da ihre Einrichtungen abgenutzt und veraltet sind. Beträchtliche Investitionen sind erforderlich, um die Wirtschaftlichkeit wieder zu erreichen.
3. Der sehr erhebliche Verlust in der Sowjetzone und in den Gebieten der Oder-Neiße-Linie.
4. Der Ausfall an Nutzungen unserer Betriebe und die Vernichtung der Verlagswerte.
5. Der Verlust an Bar- und Kontenvermögen.

Die sich aus diesen Fakten ergebenden Schadenersatzansprüche sind im wesentlichen Forderungen an den Staat, die wir hier in aller Eindringlichkeit vor dem Forum des Parteitages erheben. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte abschließend sagen: Es ist endlich an der Zeit, daß wenigstens der Vermögensschaden, der durch die Gewaltmaßnahmen der Nazis entstanden ist, durch eine wirkliche Wiedergutmachung gemildert wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat nunmehr Genosse Heine zum Punkt Presse und Propaganda.

Heine:

Die neue deutsche Presse hat die zwei schwersten Jahre seit ihrem Wiedererscheinen hinter sich. Mitte vorigen Jahres waren viele Blätter in einer ersten Krisenlage, die durch die stetige Abwanderung von der Presse zum Rundfunk oder in die Leseindifferenz noch verstärkt wurde.

Von dieser Entwicklung ist auch die uns nahestehende Presse nicht unberührt geblieben. Es bedurfte großer Anstrengungen, um die entstandenen Gefahren zu bekämpfen.

Wenn wir heute eine Zwischenbilanz ziehen, dann können wir jedoch drei erfreuliche Fakten feststellen:

1. Die Aufgabe der uns nahestehenden Zeitungen in der Bundesrepublik ist viel größer als die, die wir vor 1933 im wesentlich größeren Reich hatten.
2. Alljährlich werden rund 500 Millionen Exemplare der SPD-nahen Presse verbreitet.
3. Das einzelne Exemplar der SPD-nahen Presse wird von wesentlich mehr Menschen als dem Durchschnitt der anderen Blätter gelesen.

Die akute Krise ist heute überwunden, zum Teil auch, weil allmählich wieder eine traditionelle Verbundenheit des Lesers zu einer Zeitung entstanden ist. Aber: Die wirtschaftliche Basis der meisten Zeitungen und ihrer Unabhängigkeit von Industrie, Handel und Banken ist nicht gesichert, in einigen Fällen nicht einmal gewollt.

Diese Schwäche der Presse trifft zusammen mit Kapitalüberfluß und politischem Eroberungsdrang gerade jener Kreise der Wirtschaft, die bereits einmal eine so verhängnisvolle Macht über Presse und Film ausgeübt haben. Sie sind heute schon wieder am Werk, öffentliche Meinung zu erschleichen oder zu kaufen. Es gibt wenig Presseneugründungen der letzten Zeit, in die das Deutsche Industrieinstitut der Unternehmer seine Finger nicht gesteckt — — — und einige Male auch verbrannt hat.

Riesenfonds stehen zur Verfügung, sechs bis acht Millionen DM sollen allein für Pressebeeinflussung im nächsten Wahlkampf bereitgestellt werden, neben den 36 Millionen DM, die diese Wirtschaftskreise für die Regierungsparteien zusammenholen wollen.

Seit langem und ohne Scham versuchen gewisse Teile der Industrie- und Bankwelt, die Verleger durch Zuteilung oder Entzug von Anzeigen zu beeinflussen. Wer wissen will, welche Zeitungen in der Gunst dieser Kreise stehen, sehe sich die seitenlangen Finanzanzeigen einiger Blätter an. Eine neuere Statistik ergibt, daß von rund 500 in einem Monat erfaßten Finanzanzeigen nur 400, d. h. rund dreiviertel auf nur neun Zeitungen entfallen, die sämtlich antisozialdemokratisch sind.

Hier wird ein zentralgesteuerter Plan durchgeführt mit dem Ziel, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung zu nehmen und die Wahlen im Sinne der Auftraggeber zu beeinflussen, und das alles mit den Millionen, die diese Bundesregierung diesen Kreisen über Steuer-geschenke und Aktienaufwertung zugeführt hat.

Daß die Bundesregierung versucht, sich der Presse zu nähern, ist verständlich. Die Methoden dieser Annäherungsversuche sind, milde gesagt, ungewöhnlich, wenigstens für eine freiheitliche Presse in einer parlamentarischen Demokratie.

Abgesehen davon, daß der Herr Bundeskanzler zum Erreger einer neuen Berufskrankheit wurde: seine Bundespressechefs leiden unter Wechsel-fieber, Bazillus Adenauer (Heiterkeit), herrscht heute pressemäßig in Bonn eine Metternich-Atmosphäre, die für die Journalisten wie für das deutsche Volk gleicherweise undiskutabel ist.

Daß unser Zentralorgan Strafverfolgungen ausgesetzt ist, wie unter Herrn von Papen, können wir ertragen. Daß Beamte und Presse mit den von den Nazis erfundenen und von Herrn Dehler angewendeten Zuchthausparagrafen bedroht werden, ist unerträglich. Daß man die ganze deutsche Presse in ein Polizeipressegesetz bringen wollte, ist schlichtweg eine Schande. (Zustimmung.)

Wir haben uns wiederholt mit der Tätigkeit des Bundespresse- und Miß-Informationsamtes befaßt. Hier sind mehrere hundert Leute mit Aufgaben beschäftigt, die zum Teil zum Bereich des Parteibüros der CDU gehören. (Hört, hört!) Dieses Amt druckt CDU-Propaganda gegen die SPD und verbreitet Verleumdungen über die SPD, die jedem Privatverleumder eine Klage von uns eingebracht hätten. Dieses Amt veranlaßt die Herstellung von Massenschriften gegen uns, die jeden Vergleich mit den Produkten ihres Vorgängers im Amt aushalten . . . , und zwar aus Haushaltsmitteln, an deren Aufbringung die Arbeiterschaft dank den Steuermaßnahmen dieser Regierung ungebührlich hoch beteiligt ist.

Die Bundesregierung subventioniert Publikationen von Verlegern, die dadurch wieder Mittel bekommen, um uns nahestehende Blätter zu schädigen. Die Bundesregierung bemüht sich, Einfluß auf die Nachrichtenquellen zu gewinnen, und zwar mit Mitteln, die nicht immer das Licht der Öffentlichkeit vertragen. Und es gibt Verleger, die sich brüsten, ein Dutzend und mehr ganzseitige Anzeigenaufträge der Bundesregierung „auf Abruf“ in der Tasche zu haben.

Wir stellen die Frage, ob etwa geplant ist, auf dem Wege über eine Wehrmachtpropaganda Millionenbeträge aufzuwenden, um gewisse regierungsfreundliche Blätter zu subventionieren.

Auch die Pressepolitik der Besatzungsmächte stützt die Bundesregierung. Wir werden ja wohl bald feststellen können, ob dieses regierungsfreundliche Verhalten auch gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Regierung geübt wird.

Heute sehen wir, daß zum Beispiel bei der Entscheidung über die Zukunft der Zonenzeitung „Die Welt“ wie bei der über das „Spandauer Volksblatt“ ein Weg besritten wurde, den wir vom Standpunkt einer gerechten Lösung nur auf das tiefste bedauern können.

Wenn diese beiden Blätter in sozialreaktionäre, antisozialistische Hände fallen, wie es den Anschein hat, dann wird die alleinige Verantwortung bei der Besatzungsmacht liegen — — — wir, die Deutschen, aber werden die Folgen zu tragen haben.

Im amerikanisch besetzten Gebiet haben sich einige besonders krasse Fälle von Verkäufen ehemaliger Lizenzzeitungen ereignet, die wir als eine Bestätigung unserer Kritik an der Pressepolitik der Besatzungsmacht ansehen. So wurde in Berlin vor 2½ Jahren eine Zeitungslizenz mit der Absicht erteilt, einem uns nahestehenden populären Blatt zu schaden. Das gelang völlig daneben. Jetzt wurde diesen Lizenzbesitzern die Möglichkeit verschafft, ihre Zeitung für mehrere Millionen DM an ein Großunternehmen zu verkaufen, um die gleiche Absicht auf anderer Ebene fortzusetzen. Das mindeste, was man dazu sagen kann, ist, daß solche Handelsgeschäfte mit Zeitungen der seinerzeit verkündeten Pressepolitik total zuwiderlaufen.

Wir haben hier versucht, einige Symptome der Entwicklung im Pressewesen anzudeuten. Dieser Vielfalt von Beeinflussungsmachenschaften sieht sich heute der durchschnittliche Zeitungsmann gegenüber. Unter solchen Umständen soll er in einer Krisenzeit des Pressewesens seinen Kurs wahren. Das ist ungeheuer schwer, und die Feststellung ist wohl berechtigt, daß nicht alle sich dieser Aufgabe gewachsen gezeigt haben.

Wir meinen, daß der Standpunkt der Opposition bei Nachrichtenwiedergabe und -kommentierung in nicht wenigen deutschen und ausländischen Zeitungen nicht immer mit der gleichen Breite und Unvoreingenommenheit zu finden war, wie der der Regierungsparteien. Und es gibt vermutlich einige Delegierte im Saal, die Beschwerden dieser Art nicht nur über gegnerische Zeitungen haben.

Dieser Parteitag ist sich aber sicher mit den verantwortungsbewußten Journalisten und Verlegern darin einig, daß das Verhalten der deutschen Presse in den Monaten bis zum Tage der Bundestagswahl entscheidend für die Zukunft des freiheitlichen Pressewesens in Deutschland sein wird. (Sehr gut!)

Sollte es den restaurativen Kräften gelingen, sich wesentliche Teile der deutschen Journalistik botmäßig zu machen — und derartige Bestrebungen werden sich in den nächsten Monaten vervielfachen —, dann geht mehr als die freie Schaffenskraft des einzelnen Publizisten verloren. Dann war der neue und verheißungsvolle Start vergeblich —, dann haben wir uns auf einem wesentlichen Gebiet unseres geistigen Lebens unserer Zukunft und unserer Freiheit begeben. (Sehr gut!)

Es sind nur zwei- oder dreitausend Journalisten und Verleger in ganz Deutschland, auf denen die Verantwortung dafür ruht — wir hegen die Erwartung, daß sie sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen.

Bevor ich einige Bemerkungen über die Propaganda mache, noch einige Worte zu den vorliegenden Anträgen zu diesem Punkt der Tagesordnung:

Antrag Nr. 36: Wir haben dem Ortsverein einen ausführlichen Brief in der Frage geschrieben. Wir würden vorschlagen, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag Nr. 37: Er betrifft eine satyrische Zeitschrift. Je mehr Anlaß zur Satyre gegeben ist, um so weniger Interesse scheint an satyrischen Zeitschriften zu sein. (Sehr richtig!) Die Herausgabe einer satyrischen Zeitschrift ist der sicherste Weg zum Konkurs. Wir bitten deshalb um Ablehnung des Antrages Nr. 38.

Antrag Nr. 39: Wir bitten um Annahme.

Antrag Nr. 40 ist eine gewisse Selbstverständlichkeit. Er ist auch durch den Antrag Nr. 198 erledigt. Wir bitten um Überweisung.

Antrag Nr. 41: Wünschenswert wäre, wenn das, was in dem Antrag steht, in Erfüllung gehen könnte. Leider ist die reale Situation in der Mehrzahl der Bezirke nicht so. Wir bitten um Überweisung.

Antrag Nr. 42 ist finanziell untragbar. Wir bitten um Ablehnung.

Antrag Nr. 43: Wir bitten um Überweisung. Er ist auch durch Antrag Nr. 198 erledigt.

Nun kommen wir zu den Nachträgen zur Vorlage. Von Antrag Nr. 197: Wir sind für Annahme. Die finanziellen Voraussetzungen müssen allerdings erst noch geschaffen werden. Wir hoffen, daß das, was in dem Antrag steht, wirklich ein dringendes Bedürfnis ist und daß sich dieses dringende Bedürfnis dann auch in zahlenden Abonnenten und nicht nur in Freiemplaren auswirkt. (Zustimmung!)

Antrag Nr. 198: Wir sind mit der Annahme einverstanden, aber ich darf mir persönlich die ketzerische Bemerkung erlauben, daß ich es manchmal lieber sähe, wenn wir weniger Ausschußarbeit und etwas mehr Flugblattverteilung hätten.

Das allen Delegierten vorliegende Jahrbuch der Partei enthält auf den Seiten 225—229 Angaben über die Tätigkeit der Propaganda-Abteilung des

Parteivorstandes. Ich darf darauf hinweisen und wohl hier auf die Wiederholung verzichten.

Wenn von politischer Propaganda gesprochen wird, dann können wir über eine der mißlichsten Erscheinungen auf diesem Gebiet nicht schweigen: Deutschland ist zum bevorzugten Importland fremder Regierungspropaganda geworden!

Als Antwort auf die Propagandaoffensiven, die Sowjetrußland gegen die Bundesrepublik unternommen hat, haben uns auch die Westmächte mit entsprechenden Papierfluten beschwert.

Soweit das dem Ziel dient, unsere Abwehr der Diktaturpropaganda zu verstärken, ist sie uns angenehm, wie die ungleich bedeutsamere Marshallhilfe uns willkommen war.

Als lästig aber empfinden wir die immer ein- und aufdringlicher werdenden Bemühungen, uns von den Vorzügen anderer Lebens- und Regierungsformen zu überzeugen.

Und auf das entschiedenste wehren wir uns gegen die wachsende propagandistische Einmischung der Besatzungsmächte in die deutsche Politik, wie sie uns in der Verherrlichung von Schumanplan, Europarat und Remilitarisierung vorgesetzt wird. (Beifall.)

Hier geht es um Lebensfragen des deutschen Volkes, und wir wünschen, daß die Meinungsbildung des deutschen Wählers darüber nicht durch die Einflußnahmen fremder Mächte bestimmt wird.

Nicht minder schädlich scheinen uns einige Methoden zu sein, mit denen diese ausländische Regierungspropaganda an die Deutschen herangebracht wird. Man hat Tarnorganisationen gebildet, die ohne demokratische Selbstkontrolle vorspiegeln, für das deutsche Volk zu sprechen.

Vielfach handelt es sich dabei um Geschäftemacher, die von Textilien oder Pferdehandel auf das zur Zeit einträglichere Geschäft des Handels mit politischer Gesinnung umgesattelt sind. Einige haben auch ähnliche Tätigkeiten bereits in den verflossenen tausend Jahren betrieben; sie setzen nun ihr Handwerk unter Auswechslung der Hoheitszeichen fort. Sie mit politischen Propagandamöglichkeiten auszustatten, ist einfach instinktlos.

Wir wissen, daß die Sowjets mit diesen Tarnorganisationen angefangen haben und daß die Verwirklichung ihrer Absichten die Katastrophe bedeuten würde.

Darauf jedoch mit ähnlichen organisatorischen Mitteln zu antworten, bedeutet, aus Angst vor dem Tode den Selbstmord vorzubereiten.

Wenn an die Stelle der echten politischen Auseinandersetzung der Papierkrieg von Tarngruppen tritt, dann wäre mindestens ein Ziel der Kommunisten erreicht: Die Diskreditierung des demokratischen Gedankens.

Wir stellen fest, daß auch die Regierungsparteien und die Bundesregierung derartige Tarnorganisationen betrieben. Es gibt heute bereits ein gutes halbes Dutzend wohlklingender Vereinigungen, die solcherart ausgehalten werden, zum Teil gemeinsam mit Unternehmerverbänden und ausländischen Regierungen. Es wäre nicht ohne Reiz, wenn die Bundesregierung der breiten Öffentlichkeit in Deutschland einmal erschöpfende Auskunft über diese unterirdische Arbeit geben würde; am besten vielleicht durch einen so mit der Materie vertrauten Mann wie den Herrn Staatssekretär Dr. Lenz. (Beifall.)

Es heißt ja, daß einige dieser Tarnorganisationen unter dem persönlichen Protektorat von Staatssekretären der Bundesregierung stehen und daß sie sich als Vereinshymne das hübsche Volkslied wählen: „Der Lenz ist da, und keiner kann sagen, wie es geschah.“ (Heiterkeit, Beifall.)

Diese Tarnorganisationen erweitern ihren Aufgabenkreis ständig. Zuerst hieß es, daß sie die Sowjetagitation abwehren sollten. Dabei erhalten sie nicht nur Geldmittel in der großzügigsten Weise, sondern auch einen besonderen Rechtsschutz.

Es liegen schriftliche Anweisungen oberster Bundesbehörden vor, die diese zum Teil neofaschistischen Elemente vor dem Zugriff der Justizbehörden schützen und es manchen Dienststellen unmöglich machen, sie auch nur zu verhören. (Hört, hört!) Das geschieht, obwohl diese Leute bereits mit Terrormaßnahmen drohen.

Der nächste Schritt war die Heranziehung von Tarnorganisationen zur Propagierung des Schumanplanes und der Remilitarisierung, wobei uns von allen Litfaßsäulen der symbolische Piepmatz entgegenflattert, dessen Verwandtschaft mit der Moskauer Friedenstaube sich vielleicht daraus erklärt, daß der bisher für die Bonner Remilitarisierung-Propaganda tätige Dienststellenleiter hinterherum auch kommunistische Friedenspropaganda betrieben haben soll.

Neben der Propaganda haben sie auch Informations- und Bespitzelungsaufgaben übernommen, wobei sie nicht nur die KP, sondern auch die freiheitliche Arbeiterbewegung bespitzeln.

Was auf diesem Gebiet bereits heute wieder von dieser im Ausbau begriffenen Privat-Gestapo geleistet wird, läßt auf vieljährige Erfahrung schließen und wird die deutsche Öffentlichkeit noch beschäftigen. (Bravol!)

Wie eng dabei der Kontakt zwischen Unternehmerverbänden und Bundesregierung ist, ergibt sich aus vertraulichen Rundschreiben eines Bonner Informationsdienstes, in denen es wörtlich heißt, daß er

„in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesministerien und den Unternehmerverbänden geschaffen wurde“. (Pfui-Rufe. — Hört, hört!)

Dieser Dienst hat die Aufgabe, über

„willkürlich entfachte Streiks“

und

über KP-Einflüsse in den Gewerkschaften usw. zu informieren. Das sei wichtig, heißt es in dem Rundschreiben, weil die Gewerkschaften „für den Marxismus ganz besonders empfänglich sind“.

All diese Aktivitäten sind Teil eines Gesamtplanes, mit dessen Hilfe der Partei- und Regierungschef Adenauer die zu erwartende Niederlage bei den kommenden Wahlen abzuwehren sucht.

Sie sind aber auch bezeichnend für die Ebene, auf der die Auseinandersetzung mit der Opposition geführt wird. Um des erhofften Erfolges bei einer Wahl werden Prinzipien aufs Spiel gesetzt, ohne die ein demokratisches Staatswesen nicht existieren kann.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien mehr und mehr zur staatlichen Funktion wird, daß für Parteizwecke Steuergelder verbraucht werden und daß Staatssekretäre sozusagen mit der rechten Hand ihre Regierungsaufgaben und mit der linken Hand ihre Parteigeschäfte betreiben, wobei man nicht selten den Eindruck hat, daß sie zwei linke Hände haben. (Heiterkeit, Beifall!)

Dieses Ausweichen auf die Agentenebene, diese Vermischung von Unternehmer- und Staatsinteressen, diese Verwendung von öffentlichen Mitteln für Parteizwecke führt sicherer zur Diskreditierung der Demokratie, als die von uns gewiß nicht unterschätzte KP-Propaganda. (Zustimmung.)

Die kommenden Monate werden ganz außerordentliche Anforderungen an die Arbeitskraft von uns allen, Funktionären und Mitgliedern, stellen. Wir werden uns einem Gegner gegenübersehen, der das letzte an Geld und Niedertracht aufbieten wird.

Wir werden uns, denke ich, nicht beirren lassen, sondern unseren Weg gehen — zum Ziel.

Wir wissen, daß wir mit der Geldfülle der Gegner nicht konkurrieren können; wir müssen unsere Bereitschaft, alles an Kraft und Zeit herzugeben, in die Waagschale werfen.

Ich glaube, daß es da einen gerechten Ausgleich geben wird: sie die Millionen DM, wir die Millionen Wähler. Sie das Geld, wir das Volk. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich erteile nunmehr der Genossin Gotthelf das Wort zum Bericht über das Frauensekretariat.

Gotthelf:

Genossinnen und Genossen! Da ein ausführlicher Bericht über unsere Frauenarbeit im Jahrbuch vorliegt, möchte ich mich darauf beschränken, neben einigen Ergänzungen und Unterstreichungen einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Jede politische Erziehungs- und Werbearbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn man sich über bestimmte soziologische Zusammenhänge klar ist. Wenn das schon allgemein richtig ist, ist es noch sehr viel richtiger in unserer Frauenarbeit. Heute ist es selbstverständlich, daß Frauen und Mädchen genau so wie der Mann ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Nach dem letzten Krieg müssen Millionen Frauen die alleinigen Ernährer ihrer Familien sein. Das gilt nicht nur von den sogenannten Mutterfamilien. In Tausenden von Fällen müssen die Frauen ihren erwerbsbeschränkten oder erwerbsunfähigen Mann miternähren. Von Tausenden von alleinstehenden Frauen hängen Familienangehörige entweder teilweise oder völlig in ihrem Lebensunterhalt ab. Wenn der berühmte Satz von dem Sein, das das Bewußtsein bestimmt, wirklich allgemeingültig wäre, müßten die Frauen selber und die Umwelt, in der sie leben, bestimmte politische und wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Konsequenzen aus dieser Situation gezogen haben. Bei der Mehrheit der Menschen, aber auch bei den Frauen, ist aus diesem tatsächlichen Sein noch kein Bewußtsein geworden. Besonders im politischen Raum reagiert man immer noch, als ob wir in der guten alten Zeit der Postkutsche lebten. Wir erleben, daß die Frauen, die ebenso wie ein Mann eine Familie erhalten müssen, im öffentlichen Leben als unmündig angesehen werden und in vielen Fällen sich selber auch so betrachten. Wenn wir ganz ehrlich sein wollen, müssen wir sagen, es gibt selbst in der Partei und sogar auch bei den Funktionären diese Einstellung, aus der sich ein Teil der Schwierigkeiten für unsere Arbeit ergibt. Wir müssen allerdings noch ein zweites beachten. Die Frauen, deren gesellschaftliches Bewußtsein bereits ihrem Sein entspricht, hat heute eine ganz andere Einstellung zur Frage der Gleichberechtigung als jene alten Frauenrechtlerinnen, die glaubten, es genüge schon, wenn man sich so gebärde wie ein Mann, um ernst genommen zu werden.

Die heutige Frauengeneration weiß, daß es kein Verrat an dem Kampf um die Gleichberechtigung ist, wenn sie klar erkennt und es auch klar ausspricht, daß die Frauen zwar gleichberechtigt sind, aber nicht gleichartig. Das bedeutet allerdings nicht, daß sie weniger geschickt sind oder weniger gut mit dem Leben fertig werden. Im Gegenteil, gerade die Nachkriegsjahre in Deutschland haben gezeigt, daß es die Frauen waren, die unser Volk davor bewahrten, in den ersten schlimmen Jahren völlig in Not und Elend zu versinken. Wer heute einmal durch unsere Flüchtlingsbunker und Lager geht, wird wissen, was ich meine. Man ist immer

wieder erschüttert, wie die Frauen versuchen, auch aus dieser trostlosen Umgebung noch ein bißchen Menschlichkeit zu retten und für sich und ihre Familie auch in der Heimatlosigkeit noch ein kleines Stückchen Zuhause zu schaffen. Im Gegensatz zur alten Frauenrechtlerinnen-Generation — und wir wollen ja keine Frauenrechtlerinnen sein — haben wir auch heute eine ganz andere Bewertung der Frau als Hausfrau und Mutter. Wir haben erkannt, daß auch hier die Andersartigkeit der Aufgaben durchaus ein gleichwertiges bedeutet.

Dieses Anderssein der Frau ist eine große Kraft, die eine Bereicherung der Gesellschaft werden kann, wenn das, was im privaten Bereich so segensreich ist, sich auch im Leben der Allgemeinheit auswirken kann. Zur Illustration etwas, was mir vor kurzer Zeit begegnete: Der sozialistische Bürgermeister einer Kleinstadt sagte über die einzige Frau, eine Genossin, in der Gemeindevertretung: Sie redet zwar nicht viel, aber wenn es die Männer fertiggebracht haben, die Dinge völlig durcheinander zu reden, dann holt sie mit ein paar Worten des gesunden Menschenverstandes den ganzen Verein wieder auf die Erde herunter. (Beifall.)

Die Frauen nehmen sich im allgemeinen nicht so ernst wie die Männer. Die Frauen sind kritischer gegen sich selbst und nicht so hundertprozentig überzeugt, daß sie den Stein der Weisen gefunden hätten. (Beifall.) Sie haben allerdings einen großen Fehler. Sie sind viel zu bescheiden. (Beifall.) Das hat die Diskussion der letzten beiden Tage bewiesen. Hier sind viele Genossinnen, die einen wertvollen Beitrag für die Diskussion gehabt hätten. Sie sind aber leider zu bescheiden gewesen, auf das Podium heraufzukommen, um zu sprechen.

Vor allem sind die Frauen weniger abstrakt und sehen Ideen zuerst immer in der Bezogenheit auf den Menschen. Sie wollen wissen, wozu etwas gut ist. Sie sind in erster Linie ansprechbar über das Menschliche. Aber nicht nur aus diesem „Anderssein“ heraus ist in der Frauenarbeit die Art, in der man die Probleme an den Menschen heranbringt, so wichtig. Wir müssen auch etwas in Betracht ziehen, was gerade den modernen Menschen — ich will nicht gerade sagen — auszeichnet, sondern charakterisiert, nämlich die furchtbare Vereinsamung und Vereinzelung, in der er lebt. Gerade die Frauen tragen sehr viel schwerer als die Männer an dieser Vereinsamung. Aus all diesen Tatsachen ergeben sich bestimmte Schlußfolgerungen für unsere Arbeit. Wenn wir die Mehrheit der Frauen gewinnen wollen, brauchen wir eine besondere Form des politischen Lebens. Darum unser ständiger Versuch, in der Frauenarbeit aus dem alten Versammlungsstil herauszukommen und die Politik zu vermenschlichen. Darum ist auch heute noch die besondere Frauenarbeit in der Partei eine politische Notwendigkeit. Selbstverständlich haben wir ein Interesse daran, daß sich die Frauen mehr und mehr in die allgemeine Parteiarbeit einschalten. Alfred Nau hat die Hauskassierer erwähnt. Wenn der Kassierer in die Häuser kommt, sind es die Hausfrauen, die das Geld geben. Dann ist es sehr viel leichter, wenn Frauen als Kassierer zu den Hausfrauen sprechen. Auch in die Betriebsarbeit müßten die Frauen mehr als bisher eingeschaltet werden. Wir haben Gegenden mit großen Frauenbetrieben, in denen wir kaum begonnen haben, unseren Einfluß geltend zu machen. Wichtig ist die Frauenarbeit auch in unseren sozialen Arbeitsgemeinschaften. Wir sollten vor allem unsere Gewerkschaftsgenossinnen, die vorbildlich in ihrer Loyalität zur Partei sind, mehr als bisher zur Mitarbeit heranziehen. Zur Vorbereitung und zur Schulung für diese Arbeit ist nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern der Ausbau der Frauengruppenarbeit notwendig. Im § 9 der Herner Beschlüsse heißt es: „Verpflichtung aller organisatorischen Gliederungen zur Durchführung der Frauenarbeit als einer politischen Aufgabe.“ Das heißt: Die Frauengruppenarbeit ist kein Sonderklub, den die

Frauen zu ihrem Privatvergnügen aufziehen. Die Frauenarbeit ist ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil unserer politischen Arbeit und muß von allen Genossen so geschätzt und gewertet werden. Es ist erfreulich, trotz Schwierigkeiten an einzelnen Orten, daß im allgemeinen das Verständnis für die Bedeutung der Frauenarbeit wächst, und daß viele Genossen diese Arbeit bereitwillig unterstützen. Dazu rechne ich besonders die jüngeren Genossen und die mittlerten aus der alten SAJ. Sie sind in dieser Beziehung vorbildlich. Wo es noch Schwierigkeiten gibt, sollten wir den Genossen ganz klar sagen, daß wir eine Aktivierung unserer Frauenarbeit brauchen, weil der Erfolg in unserer politischen Arbeit davon abhängt, ob es uns gelingt, Frauen und junge Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen.

In den letzten beiden Berichtsjahren hatten wir zwar keinen prozentualen Rückgang an der Gesamtmitgliedschaft, wohl aber einen Mitglieder-rückgang. Der Grund liegt nicht nur auf finanziellem Gebiet. In einigen Bezirken fehlt noch die Genossin oder der Genosse, die die Arbeit zentral koordinieren. Ich hoffe, daß mehr und mehr Bezirke die Notwendigkeit einer solchen Koordinierung einsehen.

Die berufliche Zusammensetzung unserer weiblichen Mitglieder ist mit einigen bezirklichen Unterschieden folgende: 50 % Hausfrauen, 25 % Fabrik-arbeiterinnen, 15 % Angestellte, 5 % Beamtinnen und 5 % freie Berufe. Es gibt allerdings auch Bezirke, in denen 80 % unserer Mitglieder Hausfrauen sind.

Was die Alterszusammensetzung anbetrifft, so ist es nicht ganz leicht, genaue Zahlen zu errechnen. Nach dem 25. Lebensjahr kann man sowieso das Alter einer Frau nicht mehr ganz genau bestimmen. (Heiterkeit.) Aus den Berichten der Bezirke haben wir folgenden Durchschnitt errechnet: 12 % zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr, 20 % zwischen dem 30. und 40. Lebens-jahr, 31 % zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr, 37 % über 50 Jahre. 63 % unserer weiblichen Mitglieder sind also unter 50 Jahre.

Ich muß sagen, daß es doch erfreulich ist, daß man gerade im letzten Jahr feststellen konnte, daß mehr und mehr jüngere Genossinnen in Funk-tionen hineinwachsen. Diese Entwicklung sollten wir unterstützen und durch unsere Schulungsarbeit fördern. Allerdings bedeutet das nicht, daß wir die alten Genossinnen mit ihren wertvollen Erfahrungen nicht dringend brau-chen. Ich denke da besonders an die Genossinnen wie unsere Marie Juchacz, Lore Agnes und Anna Nemitz, die ein Leben lang gezeigt haben, was Frauenarbeit ist und sein kann. (Beifall.)

Der Zentrale Frauen-Ausschuß hat in den letzten Berichtsjahren zu allen wichtigen, die Frauenarbeit betreffenden Fragen Stellung genommen. Ich möchte nur zwei Fragen herausheben. Zunächst die Frage gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wir haben unsere Forderungen im Aktionsprogramm folgendermaßen formuliert: „Löhne und Gehälter sollen lediglich durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitenden bestimmt werden. In den Tarifverträgen darf es keine ‚Frauenlöhne‘ mehr geben. Die sogenannten ‚typischen‘ Frauenarbeiten müssen neu und gerecht bewertet werden.“ In diesen Forderungen stellen wir uns voll und ganz hinter die Arbeit der Gewerkschaften. Wir würden erfolgreicher sein, wenn mehr von den 800 000 gewerkschaftlich organisier-ten Frauen auch in der Partei wären. (Beifall.)

Die zweite Frage, die für uns, und zwar nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Männer sehr wichtig ist, ist die Frage der Familienrechtsform. In dem vom Frauenausschuß und Rechtspolitischen Ausschuß vorgelegten Reformvorschlag unserer Partei haben wir es ganz klar gemacht, daß Artikel 3 des Grundgesetzes für uns bedeutet, daß Männer und Frauen die gleichen Rechte haben, nicht aber, wie die Regierungsvorlage es uns jetzt

unterbreiten will, daß im Zweifelsfalle der Mann recht hat. (Heiterkeit.) Ich möchte dem Parlamentsbericht des Genossen Mellies nicht vorgreifen, jedoch zwei Dinge erwähnen, die klar zeigen, daß die SPD die einzige parlamentarische Vertretung der Fraueninteressen ist. Das sind 1. das Mutterschutzgesetz, das auf Initiative der Sozialdemokratischen Partei geschaffen wurde, 2. unser erfolgreicher Kampf gegen die steuerliche Zusammenveranlagung berufstätiger Eheleute. Wenn auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag in der Gesetzgebung nicht all das erreicht worden ist, was wir erreichen wollten, so wäre ohne unsere Arbeit nicht einmal das geschaffen worden. Vielleicht darf ich doch noch sagen, daß gerade im Bundestag die Genossinnen durch ihre gute sachliche Arbeit sich durchaus als gleichberechtigt und gleichwertig erwiesen haben. Aber nicht nur im Bundestag, sondern auch in den Landtagen und in den Gemeindeparlamenten können wir auf unsere Frauen stolz sein. Wir hoffen und wünschen, daß bei den nächsten Wahlen mehr Frauen in die Parlamente einziehen, und zwar nicht deshalb, weil wir glauben, es müßte auch eine Frau dabei sein, sondern weil wir meinen, daß es aus sachlichen Gründen gut und notwendig ist. (Beifall.)

Für unsere Presse- und Propagandarbeit auch nur ein Hinweis: Die „Gleichheit“ ist an alle Delegierten verteilt worden. Sie ist die einzige politische Frauenzeitung in der Bundesrepublik. Sie ist allerdings noch nicht das, was wir aus ihr machen möchten. Je größer aber unsere Auflage ist, desto eher können wir den Inhalt ausgestalten. Der Bezirk Franken hat eine systematische Bezirkswerbung durchgeführt und uns in kurzer Zeit 300 neue Abonnenten gebracht. Dabei ist Franken durchaus kein Bezirk mit einer reichen Bevölkerung. Dieses Ergebnis zeigt aber, daß man mit einer systematischen Werbung auch Leser für eine politische Frauenzeitung gewinnen kann. Ich möchte daher also auch euch sehr bitten, werben zu helfen, damit wir die „Gleichheit“ besser ausgestalten können.

In der internationalen Arbeit legen wir besonders Wert auf den menschlichen Kontakt zwischen den Genossinnen der einzelnen Länder. Dazu dienen unsere sehr erfolgreichen Grenztreffen, der Redneraustausch und Grenzgruppenbesuche im Ausland. Gerade die Grenzlandarbeit erscheint uns aus politischen und erzieherischen Gründen besonders wichtig. Aus der Fülle der Probleme möchte ich nur eins herausgreifen. Wir haben im vorigen Jahr auf einer internationalen Frauensonderschule das Thema behandelt „Die Frau im modernen Arbeitsprozeß“, und zwar unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Grenzen der Rationalisierung. Dieses Problem wird immer unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Produktivität betrachtet. Man hat sich aber noch nicht die Mühe gemacht, einmal zu untersuchen, wo hierbei die Grenzen der seelischen und geistigen Möglichkeiten liegen. Wir haben die Freude gehabt, daß die Behandlung dieser Frage eine internationale Diskussion ausgelöst hat. Das Internationale Arbeitsamt hat uns mitgeteilt, daß es bei künftigen Beratungen auf internationaler Basis auch dieses Problem anschnitten und bearbeiten will.

Zum Schluß noch einiges über unsere zentrale Frauenkonferenz, die vom 19. bis 21. Oktober in Fulda stattgefunden hat. Neben einer Diskussion unserer Vorschläge zur Ehrechtsreform, die von Elisabeth Selbert eingeleitet wurde, war Höhepunkt der Tagung ein Referat von Minna Specht über „Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe“. Die Reaktion auf dieses Thema hat gezeigt, daß die Frauen gerade dann ansprechbar sind, wenn man ihnen darstellt, daß Sozialismus nicht nur ein Kampf um eine materielle Besserstellung der Menschen bedeutet, sondern daß er eine bestimmte Haltung zum Leben erfordert. Ich glaube allerdings, daß das nicht nur für unsere Frauenarbeit, sondern für unsere politische Erziehungsarbeit überhaupt gilt. (Beifall.)

Die schönsten Forderungen und Theorien berühren die Menschen nicht, wenn nicht der Mensch, der sie vorträgt, auch das vorlebt, was er predigt. (Lebhafter Beifall.)

In unserer Frauenarbeit versuchen wir, nicht nur neue Methoden der Arbeit zu finden, sondern einen neuen Geist lebendig zu machen. Das heißt, eigentlich ist es nichts Neues, das wir suchen. In Wirklichkeit ist es der alte Geist, aus dem die sozialistische Arbeiterbewegung gewachsen ist. Wir müssen wieder jene Hingabe, jene Begeisterung und Idee-Besessenheit unserer Vorkämpfer in unser Leben und in unsere Arbeit hineinbringen. Das ist eine Frage der Erziehung, noch mehr aber der Selbsterziehung. Damit ist auch der letzte Sinn unserer politischen Frauenarbeit umrissen. Wir wollen die Männer und Frauen unseres Volkes dazu erziehen, daß aus der Stellung der Frau innerhalb unserer Gesellschaft auch die notwendigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Schlußfolgerungen gezogen werden. Wir wollen durch politische Erziehungsarbeit zu einer für die politische Zukunft unseres Volkes entscheidenden Bewußtseinsbildung beitragen. Wir wollen aber gerade als Frau innerhalb und außerhalb der Partei zeigen, daß die Frage der Verwirklichung des Sozialismus letzten Endes eine Frage der Ethik, der moralischen Verpflichtung, der menschlichen Sauberkeit und Selbstlosigkeit ist! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich erteile das Wort dem Genossen Schönfelder zum Bericht der Kontrollkommission.

Schönfelder:

Werte Genossinnen und Genossen! Wie immer, wird mein Bericht kurz sein. Ich könnte mich vielleicht noch kürzer fassen und nur auf den schriftlichen Bericht beziehen, der im Jahrbuch veröffentlicht ist. Die Kontrollkommission hat mich aber beauftragt, über einen Punkt etwas Besonderes zu sagen, nämlich über die Bedeutung unserer Bewegung für die Verwirklichung unserer Ziele.

Die Macht unserer Organisation beruht auf der Zahl und der Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder und auf unseren Finanzen. Ich wage zu behaupten, und die Genossen, die es miterlebt haben, sind vielleicht meiner Meinung: Unsere Partei ist vor 40, 50 Jahren lebendiger und schlagkräftiger gewesen als heute. (Beifall.)

Die Zeiten haben sich allerdings geändert. Manche der Dinge, die wir heute zu tun haben, hatten wir damals noch nicht zu tun. Unsere Hauptaufgabe, ja, fast die einzige Aufgabe, war damals die Propaganda, frisch-fröhliche Agitation, Werbung neuer Mitglieder, Werbung für die Presse, Verbreitung von Flugblättern usw. Jetzt ist es ja insofern anders geworden, als wir zur Verantwortung herangezogen worden sind und manche Aufgaben neu übernehmen müssen. Dafür, daß es anders geworden ist, haben die Verhandlungen der beiden letzten Tage ja auch den Beweis geliefert.

Wenn es aber so ist, dann darf die Tätigkeit unserer Parteigenossen in der Organisation doch nicht zu einer Nebentätigkeit werden. (Zustimmung.)

Die Partei und die Organisation wird manches Mal als „der Apparat“ bezeichnet, und es wird nicht immer freundlich über den Apparat geredet. Aber dieser Apparat ist ja kein technischer Mechanismus, sondern ein lebendiger Organismus, dessen Gedeihen wesentlich von dem Geist und dem Willen der Mitglieder abhängig ist. Die Übernahme einer Funktion in der Organisation darf nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt angesehen werden, daß dies der beste Weg ist, zu einem Mandat zu

kommen. Ich möchte mit allem Nachdruck sagen: Das Amt in der Partei, in der Organisation, ist ebenso bedeutungsvoll und wertvoll und ebenso ehrenvoll wie ein Mandat in irgendeinem Parlament. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb die Bitte der Kontrollkommission: Tut alles, was ihr könnt, um die Partei zu stärken, und wendet eure Aufmerksamkeit insbesondere auch diesen Aufgaben zu. Dann, bin ich überzeugt, wird auch der Wunsch, den Erich Ollenhauer neulich am Schluß aussprach, in Erfüllung gehen, daß von diesem Parteitag eine Welle der Bewegung ausgeht. Er wird dann auch seinen Wunsch erfüllt sehen, daß er für die Ziele, die wir hier beschließen, eine starke Stütze in der Aktion der Partei finden wird.

Ich habe nun nur noch den Antrag zu stellen, dem Geschäftsführenden Vorstand Entlastung zu erteilen. Daß wir alles in Ordnung befunden haben, haben wir ja durch unsere Unterschrift in den Berichten, die im Jahrbuch stehen, nachgewiesen.

Vorsitzender Henßler:

Ich danke zunächst den Genossinnen und Genossen, die die Berichte gegeben haben. Wir treten nunmehr in die Aussprache ein. Das Wort hat zunächst der Genosse Karl Wienand, Schladern/Sieg; ihm folgt der Genosse Lüders, Cuxhaven.

Wienand, Schladern/Sieg:

Genossinnen und Genossen! Wenn ich nunmehr zu dem, was vorhin Egon Franke vorgetragen hat, Stellung nehme, ist es nicht meine Absicht, mit quantitativen Begriffen zu operieren. Obwohl es uns aus der Arbeit bekannt ist, war es für mich doch erschreckend zu erfahren, daß der Prozentsatz derjenigen, die das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, nur 3 Prozent beträgt. Ich habe mir meine eigenen Gedanken gemacht, wie es in den anderen Organisationen ist. Ich glaube, es ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß ein Desinteresse der Jugend vorhanden ist. Wir brauchen nicht näher zu untersuchen, warum z. B. im Deutschen Gewerkschaftsbund jeder Zehnte das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Man kann auch zur Kenntnis nehmen, daß z. B. jeder Sechste im Deutschen Gewerkschaftsbund, d. h. in den ihm angeschlossenen Gewerkschaften, jünger als 25 Jahre ist. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß hier für uns ein großes Reservoir vorhanden ist, und m. E. haben wir noch nicht das Mögliche getan, dieses Reservoir für uns nutzbar zu machen. Wir haben zwar, wie es in der letzten Zeit Mode geworden ist, immer den Begriff Jugend in den Vordergrund gestellt, und auch die Regierung hat angefangen, vom Bundesjugendplan über die Länder bis in die kommunalen Ebenen ihren Einfluß auf die organisierte Jugend und auf die unorganisierte Jugend geltend zu machen.

Zum Bundesjugendplan sollten wir gerade in diesem Kreise ein kritisches Wort sagen. Es besteht die Gefahr, daß das gute Einvernehmen der Jugendverbände, die im Bundesjugendring in ihrer Arbeit immer wieder den persönlichen Kontakt, das gute Einvernehmen, die persönliche Freundschaft in den Vordergrund stellen, in Frage gestellt sein wird, wenn immer mehr das Bestreben in den Vordergrund tritt, das Laienelement im kirchlichen Raum zugunsten der klerikalischen Elemente zurückzustellen. Wenn wir die Aktivität der katholischen Jugend betrachten und feststellen, daß durch eine glückliche Koppelung von Persönlichkeiten gerade in den letzten Jahren das Laienelement, welches auch durch den Kirchentag immer wieder in den Vordergrund gestellt wird, hier praktisch angewandt worden ist, so können wir auf Grund der Tatsache, daß sich diese Leute nunmehr allmählich anderen Aufgaben zuwenden, aber hier sich jetzt ganz bewußt

ein klerikaler Einfluß geltend macht, feststellen, daß hier wiederum eine Verlagerung vom Laienelement zum klerikalen Element eintreten soll.

Ich glaube, man sollte die gleiche Aufmerksamkeit einmal jenen Institutionen zuwenden, die man ganz bewußt mit öffentlichen Steuermitteln beeinflussen möchte. Ich denke hier an die Institution der Jugendhöfe. Ich denke aber auch vor allen Dingen an die Jugendpfleger, die meistens aus einer ganz anderen Richtung kommen und im Auftrage dieser Stellen hier ganz bewußte Arbeit verrichten.

Gestern ist in einem anderen Zusammenhange über die staatsbürgerliche Erziehung und die Erziehung der Jugend schlechthin gesprochen worden. Wir haben gerade auf diesem Gebiete sehr viele Anregungen bekommen. Wenn ich mir z. B. die jüngste Veranstaltung des Bundesjugendrings in Frankfurt vor Augen führe, wo ganz bewußt eine Kommission mit der Erarbeitung von Grundsätzen für eine staatsbürgerliche Erziehung beauftragt worden war, und wenn hier klar und für jeden sichtbar z. B. von der Jugend religiöser Verbände, die ich vorhin schon ansprach, Wert auf die Feststellung gelegt wurde, daß sich die Jugend noch nicht politisch betätigen solle und dürfe, daß sie sich in anderer Hinsicht betätigen solle, und daß gleichzeitig eine Überforderung der Jugend, teilweise auch bei uns, noch in politischer Hinsicht gegeben sei, und daß sie gleichzeitig von diesem Gedanken der staatsbürgerlichen Erziehung eine innere Verpflichtung der Jugendlichen zu diesem Staat mit seinem derzeitigen Status in diese Arbeit hineinmögeln wollten und dafür die Plattform des Bundesjugendrings, der ja die demokratischen Jugendverbände in der Bundesrepublik zusammenfaßt, benutzen wollten, dann liegt hierin ganz klar die Absage gegenüber den Bestrebungen, die wir jetzt in diesem Staat zugunsten und zum Vorteil der Jugend entwickeln. Sie wollen ganz bewußt hier mit den Mitteln, die ihnen von der öffentlichen Hand gewährt worden sind, mit einer Verpflichtung gegenüber denjenigen Parteien, denen sie nahe stehen, eine Manifestierung dieses Willens erreichen, der ihnen von oben direktiv gegeben wird.

Ich möchte mir erlauben, einen Bischof aus Deutschland zu zitieren, der kürzlich anläßlich des Jugendtreffens des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sehr starke Worte gegen die Gewerkschaften gebrauchte. Den Aufruf des 1. Vorsitzenden des DGB zur politischen Aktivität der Jugend, da ihre Forderungen von den Koalitionsparteien nicht berücksichtigt würden, nahm er zum Anlaß um die deutsche Jugend vor den Gewerkschaften zu warnen. Ja, er ist noch einen Schritt weitergegangen mit seiner Botschaft, er rät der Jugend überhaupt davon ab, in die Gewerkschaften einzutreten. Daraus ersehen wir, daß auf der einen Seite ganz bewußt die Bestrebung vorhanden ist, einmal aus ganz bestimmten Gründen die Jugend von der immer wieder geforderten politischen Aktivität fernzuhalten und sie auf ein Gleis zu schieben, wo sie sich in einem restaurativen Sinne betätigen kann. Wir sehen bei uns, daß die Kompliziertheit des Lebens, daß die Undurchsichtigkeit der Politik die Jugend von all dem abhält, was eigentlich ihr Lebenselement darstellt. Ich habe einmal die klassische Definition der beiden soziologischen Mobilitäten, der horizontalen und der vertikalen, vorgenommen. Es ist doch so, daß wir mittlerweile bei uns auch eine anonyme Mobilität bekommen haben, die von ganz bestimmten besitzegoistisch gelagerten bürgerlichen Interessentenkreisen ausgeht, den Druck auf den einzelnen so stark ausübt, daß er von sich aus nicht mehr den Mut hat, aus seinem Innern heraus im Laufe seiner Entwicklung die Konsequenzen zu ziehen, die ihn in die Gesellschaft hineinbringen, wie wir sie ihm gestalten wollen und an der er mitgestalten soll.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir die Jugend nicht als etwas Alleinstehendes betrachten dürfen, sondern sie bewußt immer wieder in den Zusammenhang der Gesamtfrage gebracht werden muß. Es hat wenig Sinn — und das wurde vorhin von der Genossin Gotthelf schon ausgesprochen —, wenn da Forderungen herausgegeben werden oder wenn wir hierüber Ausschüßarbeiten vornehmen. Es ist besser, wenn eine unmittelbare Aussprache erfolgt. Ich glaube, gerade der Kreis, der hier versammelt ist, in dem sich profilierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens befinden, die damit der Kritik unterstellt sind, sich bewußt werden und die Handlungen danach einrichten muß, daß nur die vertrauenerweckende Kleinarbeit, die ehrliche innere Überzeugung, die beste Erziehungs- und Werbearbeit für die Zukunft sein kann und darstellt.

Diese Erkenntnis müssen wir m. E. in den Vordergrund stellen. Wenn ich vorhin vom Bundesjugendplan sprach, so möchte ich wenigstens hier eine ganz kleine Episode erzählen, um zu zeigen, wie bewußt Einfluß auf die Gestaltung dieser Arbeit genommen wird, obwohl es hier aus der eigentlichen Gestaltungskraft der Jugendverbände heraus geschehen sollte.

Wir haben kürzlich in der Vollversammlung des Bundesjugendrings einen neuen Vorsitzenden gewählt. Anschließend wurde gesagt, daß dieser Vorsitzende, dem von ganz bestimmten Verbänden Persönlichkeitswerte, die ja immer im Vordergrund stehen, abgesprochen wurden, daß dieser Sozialist nur mit der Blickrichtung auf die Falkenbank in der Vollversammlung gewählt worden sei, und daß dies auf Kosten von anderen, prädestinierteren Kandidaten geschehen wäre. Und es ist sehr bemerkenswert, wenn man erfährt, daß beispielsweise von Seiten des Innenministers Fühling genommen worden ist zu dem Vorsitzenden der Sportjugend und zu Herrn Professor Diem, und daß da die Frage ventiliert worden ist, warum die Sportjugend einen sozialistischen Kandidaten gewählt hat. Daraus ersieht man also, daß hier nicht so sehr der gegenseitige Kontakt, von dem immer wieder gesprochen wird, im Vordergrund steht, sondern ganz andere Interessen und Absichten.

Ich meine, wir sollten daraus eine Konsequenz ziehen. Wir haben zwar bei uns ein Sekretariat für die Jungsozialisten. Die Arbeit, die dort geleistet wird, scheint mir in diesem Zusammenhange nicht zu genügen. Es ist erforderlich, daß wir sehen, daß nicht die Jungsozialisten in dieser Ebene entscheidend mittätig sind, sondern andere Jugendverbände, die uns nahe stehen. Infolge der Kompliziertheit und der Belastungen mit eigenen Aufgaben ist hier noch nicht der entsprechende Kontakt zustande gekommen. Deshalb mein Appell nicht so sehr an diese Konferenz hier als an den neu zu wählenden Vorstand, sich besonders zu bemühen, hier ein koordinierendes Gremium nicht in der Form eines Jugendausschusses zu schaffen, der zwar zusammengesetzt ist, aber in seiner Aktivität noch vieles vermissen läßt, sondern in Form einer Stelle, die diese gleichgelagerten Interessen bewußt gegen die Kräfte, die ich vorhin näher zu charakterisieren versuchte, koordiniert und uns die Möglichkeit gibt, klarere Entscheidungen und bewußt ein näheres Zusammenrücken nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf den Ebenen der Gemeinden zu erreichen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Lüders.

Lüders, Cuxhaven:

Genossinnen und Genossen! Die von dem Genossen Franke festgestellte Tatsache, daß Organisationsdebatten an sich nicht fruchtbar sind — Genosse Franke sagte: Ich empfehle, einmal von Organisationsdebatten abzukommen,

damit wir uns mehr den politischen Aufgaben zuwenden können —, findet meine größte Zustimmung.

Der Antrag Lippstadt in bezug auf die Wiederherstellung der Kreisverbände als organisatorische Untergliederung der Partei ist ja auch in seiner ganzen Form zu weitgehend; denn er umfaßt mehr Text als das bisherige Organisationsstatut. Ich bin der Auffassung, daß unser Organisationsstatut im Interesse der unteren Gliederungen der Organisation kein Exerzierreglement sein darf, in dem alle Einzelheiten der organisatorischen Gliederungen und Aufgaben festgelegt sind.

Was aber in der natürlich gewachsenen organischen, politischen Gliederung auf den gemeindlichen und staatlichen Gebieten entstanden ist, kann man auch in der Partei nicht übersehen. Unsere Kreise — ich denke hier an die Landkreise; ich betone, daß ich aus einer Stadt komme und lediglich durch meine Aufgabe sehr mit der Arbeit der Genossen in den Landkreisen verbunden bin — sind kommunale Verbände, die den Zweck haben, die gemeindlichen Aufgaben, die über die Kraft der einzelnen Gemeinden hinausgehen, gemeinsam zu erledigen, und darüber hinaus steuerlich, wirtschaftlich und sonstwie schwache Gemeinden besonders zu unterstützen. Dieser Solidaritätsbund, der in der staatlichen und gemeindlichen Entwicklung natürlich gewachsen ist, gilt auch für die Partei; denn die kleinen, ländlichen Ortsvereine werden ja nicht nur in der kommunalpolitischen Tätigkeit von den Kreisausschußvorsitzenden, die gleichzeitig Fraktionsvorsitzende laut Herner Beschlüssen sein sollen, geleitet, sondern die gesamte Tätigkeit der Partei in diesen kleinen Gemeinden wird koordiniert durch die trotz der Herner Beschlüsse in vielen Teilen unserer Parteiorganisation noch bestehenden Kreisvereine, weil sie einfach nicht abschaffbar sind. Und der Antrag Nr. 20 des Kreises Rosenheim, der besagt, daß der Kreisvorstand über Ausschlüsse entscheiden soll, und der zur Annahme empfohlen ist, zeigt uns schon, daß das Ausschlußverfahren in größeren Ortsvereinen mitgetätigt wird durch ein Gremium von Genossen, denen man das Vertrauen schenkt.

Aber wie ist es sachlich? Ich gebe dies nur als Beispiel: In den kleinen Ortsvereinen sind persönliche Rivalitäten und Gegensätze leichter möglich als in den großen Organisationen. Sie entstehen aus der engen menschlichen Verbindung der Bewohner und Parteimitglieder in den kleinen Gemeinden. Die Ortsvereins-Vorsitzenden sind nach dem Statut nicht immer in der Lage, die Aufgaben so zu erfüllen, wie es notwendig ist.

Bei der Vorbereitung der Wahlen obliegt die Initiative für die Durchführung dieser Aufgaben bis in die kleinsten Einzelheiten in den meisten Ortsvereinen der sogenannten Kreisausschüsse. Diese rein sachliche Feststellung resultiert daraus, daß wir unsere befähigten Kräfte zusammenfassen. In den großen Gemeinden haben wir mehr Kräfte zur Verfügung als in den Landkreisen. Auch das sollte dazu führen, die Kreisverbände wieder anzuerkennen. Ich erwarte deshalb, daß wir hier eine Entscheidung fällen, die dahin geht, daß das Organisationsstatut in bezug auf die Gliederung wieder volle Anerkennung findet unter Ausschaltung der Herner Beschlüsse, in denen es heißt: „Die Stufenfolge unserer Organisation ist Ortsverein, Unterbezirk, Bezirk“. Das Organisationsstatut der Partei sagt: Unterbezirke und größere Ortsvereine untergliedern sich nach Zweckmäßigkeit. Damit würde den Bezirken und einzelnen Gebieten die Möglichkeiten gegeben, die den natürlichen Bedingungen entsprechen. Es genügt also, daß wir den von mir erwähnten Passus in den Herner Beschlüssen aufheben.

Genossen aus Lippstadt. Die anderen Dinge, die in eurem Antrag enthalten sind, sind eure ureigenste Angelegenheit. Sie können keinen Platz

im Organisationsstatut finden, weil das Organisationsstatut dann ein Nachschlagewerk werden und keine klare Gliederung unserer Partei festlegen würde.

Der Genossin Herta Gotthelf möchte ich einige Worte des Dankes aussprechen. Sie hat uns aus dem Herzen gesprochen. Sie hat dem Parteitag eine Note gegeben, die zeigt, daß wir nicht nur Menschen sind, die im trockenen, organisatorischen Wirken für die Partei stehen. Ich glaube, wir sollten aus dem Erlebnis unserer Tage und der Verbundenheit, die wir mit unseren Dortmunder Genossinnen und Genossen auf den gemeinsamen Zusammenkünften gefunden haben, das eine herausstellen, daß die Brüderlichkeit und die Menschlichkeit keine Phrase, sondern Wirklichkeit für uns sind. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Waldemar von Knoeringen.

Von Knoeringen, München:

Ich möchte einige Bemerkungen zu dem Antrag 34 des Bezirks Südbayern machen.

Genossinnen und Genossen! Von diesem Parteitag soll, wie wir beschlossen haben, eine soziale Offensive über die westdeutsche Bundesrepublik ausgehen. Große, die Partei auf die Probe stellende Aufgaben stehen vor uns. Auf diesem Wege hat uns Gen. Ollenhauer in seinem Schlußwort einen Satz mitgegeben, der mehr ausdrückt als alles andere, was das Wesen der Organisation ist. Er hat gesagt:

Es gibt kein Wunder der Organisation und der Technik, das über das hinausgehen könnte, was die Partei an eigener lebendiger Kraft aufbringt.

Wir sind uns doch alle klar darüber, daß die Kraft der Partei des demokratischen Sozialismus in Deutschland von der aktiven Arbeit einiger zehntausend Menschen in diesem Volk abhängt, die bereit sind, sich selbstlos einer großen Aufgabe hinzugeben. Wir sollten auch von diesem Standpunkt aus die Wirksamkeit unserer Politik nach außen betrachten. Auf diesen Kern und auf seine Kraft kommt es an, und dieser Kern wird die Massen Deutschlands nicht zu überzeugen vermögen, wenn er nicht selbst von sich überzeugt ist. Das Wort von der materialistischen Bewegung, die wir nach dem Ausspruch unserer Gegner darstellen sollen, ist wirkungslos, wie wir wissen. Denn wir wären nicht hier, wenn nicht im Laufe der Zeiten Tausende von solchen Genossen sich selbstlos der Partei hingegeben hätten. So ist trotz allem realer Kampf um die Macht immer noch der Satz wahr, daß der Glaube ein Element des Sieges ist.

Diesen Glauben innerhalb dieser Zehntausende zu wecken, ist die besondere Aufgabe, die meiner Meinung nach als Punkt eins aller Organisationsarbeit zu betrachten ist. (Beifall.)

Wir haben diese Menschen, die diesen Glauben in sich tragen. Sonst würden sie nicht als Unterkassierer selbstlos treppauf, treppab gehen. Aber wenn wir, die wir die Organisation der Partei zu übersehen im Stande sind, diesen Kern betrachten, stellen wir fest, daß es viel zu viele der alten Genossen sein müssen, die heute noch aus diesem Glauben heraus ihre aktive selbstlose Arbeit für die Partei leisten. Überall wird ein Klage lied darüber angestimmt, daß die Jugend nicht da ist. Ich glaube nicht, daß die Sozialdemokratie, die ja gewisse Voraussetzungen bei den Menschen verlangt, die sich ihr zuzählen, unter den heutigen Verhältnissen sehr bald in der Lage sein wird, eine Massenjugendbewegung auf ihrer Seite zu

finden. Aber ich glaube eins, und das ist vielleicht zu wenig beachtet worden, die Voraussetzung für die Gewinnung der Masse dieser Jugend ist die Gewinnung einzelner. (Sehr richtig!) Die individuelle Arbeit zur Gewinnung von einzelnen besonderen Menschen für die Partei ist die Voraussetzung einer späteren Breitenwirkung der Sozialdemokratie.

Aus diesem Grunde sollten wir das Problem der Erziehung und der Bildung derjenigen Menschen viel mehr in den Mittelpunkt unserer Betrachtung rücken, die auf Grund ihrer Veranlagung, ihrer Erlebnisse, ihrer Grundhaltung ganz natürlich zum Wesen der Sozialdemokratie hinneigen. Wir sollten die Aufgabe der Bildungsarbeit nicht darin sehen, einfach Wissen zu vermitteln. Ich glaube, es ist notwendig, hier auch über Schwächen der eigenen Partei zu sprechen. Wir können nicht den Mangel an Wissen, der heute vielfach in unserer Jugend verbreitet ist, durch große sozialdemokratische Universitäten und Akademien ersetzen und aufholen. (Sehr richtig!) Wir sind dazu unter den heutigen schweren Verhältnissen nicht im Stande, das, was das Leben diesen Menschen nicht zu lernen gibt, das, was sie nicht aus den Büchern holen können, ihnen in monatelangen Kursen zu vermitteln. Wir sollten uns daher klar die Aufgabe stellen, daß die Bildungsarbeit, die Erziehungsarbeit, die wir leisten, eine Aufgabe hat, in erster Linie den Menschen für das Wesen der Sozialdemokratie zu gewinnen. Das wird man nicht immer nur dadurch können, daß man ihnen die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nach Jahreszahlen vermittelt. (Sehr richtig!) Das wird — das hat die Erfahrung gezeigt — erreicht, indem man mit diesen neuen Menschen menschliche Beziehungen aufnimmt und über ihr Leben, ihre Erfahrungen, ihre Erschütterungen im Leben hin zu der seelischen Substanz zu kommen sucht. (Beifall.)

Hier stelle ich in den Berichten, die der Parteivorstand gegeben hat, einen Mangel fest. Auch im Jahrbuch finden wir kaum ein Wort über die Bildungsarbeit der Partei. Ich selbst bin genau unterrichtet, warum das bis heute in dieser Weise nicht der Fall sein kann, weil nämlich die aktuellen Fragen des Tages alles andere überdecken. Aber ich glaube, daß jetzt, wo wir in die harte Tagesarbeit wieder hinausgehen, auch dieser Parteitag erklären muß, daß wir in Zukunft dem Gebiet der individuellen Arbeit, also dieser von mir gezeichneten Bildungsarbeit, mehr Augenmerk zuwenden, als es bisher der Fall war. (Beifall.)

Da geht es nicht an, zu sagen: Dafür haben wir kein Geld; ein acht-tägiger Kursus der Zusammenarbeit kostet zu viel; wir haben keine Lehrer. Ich bin der Meinung, wenn eine Aufgabe, die uns gestellt ist, als eine notwendige Aufgabe in das Bewußtsein der Sozialdemokratischen Partei hineinwächst, dann haben wir auch jederzeit das finanzielle Problem zu lösen vermocht. Es geht darum, dieses Bewußtsein der Aufgabe zuerst zu wecken.

Man soll mir nicht sagen, das sei nicht möglich. Ich stehe nicht hier, um eine Forderung nach der anderen zu erheben. Die drei bayerischen Bezirke können auf eine Leistung hinweisen. Sie sind nicht die kapitalkräftigsten Bezirke unserer Partei. Aber sie haben durch Jahre hindurch fünf Prozent aller Einnahmen der Aufgabe gewidmet, eine eigene Schule zu schaffen. Die Schule ist geschaffen. Der Parteivorstand brauchte sie mit keiner Mark unterstützen. Durch diese Schule sind bisher mehr als 3000 Funktionäre der Partei in achttägigen Kursen gegangen. Wenn ich in die Partei hinausgehe, sehe ich da und dort junge Menschen arbeiten, die an die Partei gebunden sind durch das Erlebnis eines achttägigen Zusammenseins mit dreißig anderen aus anderen Gebieten, die dasselbe Ziel erstreben, nach Formen und Mitteln zu suchen für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, zwar zuzustimmen, daß dieser

Antrag 34 dem Parteivorstand überwiesen wird. Ich bitte Sie aber dringend, geben Sie diesem Antrag das ganze Gewicht Ihres Willens mit, damit er nicht doch, wie das schon öfter geschehen ist, eine erstklassige Beerdigung findet. Der Parteivorstand wird bereit sein, über diese Frage zu sprechen. Die Georg-Vollmer-Schule in Kochel soll nicht als einzige im Bundesgebiet dastehen. Wir wollen Stätten schaffen der Diskussion, Stätten der Gemeinsamkeit, wo wir uns treffen können jenseits des Trubels und der Wirren des Tages. Lassen Sie mich hier sagen, die stärksten Impulse für meine Arbeit der letzten Jahre in der Sozialdemokratie habe ich aus dem Zusammensein mit Genossen auf der Kochel-Schule bezogen, die aus allen Teilen Deutschlands gekommen sind und die dort über die Erlebnisse ihres Lebens berichtet haben. Ich habe gelernt, welche Fülle der Erfahrungen, welche Fülle des Leidens in unserer Partei steckt. Diese Zusammenfassung hat gezeigt, daß wir eine Kraft sind, die vielleicht im Augenblick keine Antwort auf alle theoretischen Probleme dieses Jahrhunderts zu geben vermag, die aber das Bewußtsein in sich trägt, daß dieser Glaube ein Element ihres Sieges ist. Dieses Vertrauen zueinander, das auf solchen gemeinsamen Tagungen geschaffen wird, diese Bindung an das Wesen der Partei, die damit erzielt wird, schafft erst die Grundlage für das Interesse an den politischen Problemen, die dahinterstehen. Die Kraft unserer Partei hängt von der Zahl der Menschen ab, die an diese Partei glauben und die bereit sind, für diese Partei zu opfern. (Sehr gut!) Sie hängt nicht an der Masse der Mitläufer, sie hängt nicht an denen, die persönlichen Vorteil erwarten. Sie hängt an denen, die wissen, daß sie nicht für sich, sondern für die anderen eine neue menschliche Gesellschaft schaffen wollen. (Beifall.) Diesen Glauben zu wecken ist die erste Aufgabe der Bildungs- und Gemeinschaftsarbeit der Sozialdemokratischen Partei. Sozialistische Menschenbildung ist Arbeit für die Zukunft und Arbeit für den Sieg. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Herbert Kade.

Kade, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Anknüpfend an die Ausführungen des Gen. Waldemar von Knoeringen möchte ich ihm und dem Parteitag sagen, daß Kochel nicht die einzige Parteischule im Bundesgebiet ist. Als Delegierter des Bezirks Hannover darf ich sagen, daß auch wir im Viktor-Adler-Heim bei Hannover eine solche Bildungsstätte für sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre haben, durch die schon sehr viele Genossinnen und Genossen gegangen sind und mit neuem Elan in die Parteiarbeit zogen. (Beifall.) Ich weiß nicht, in welchen Bezirken sich sonst noch Parteischulen befinden, hoffe aber, daß es nicht nur zwei Parteischulen im Bundesgebiet gibt.

Der österreichische Genosse hat vor dem Parteitag die stolze Mitgliederzahl von über 600 000 Mitgliedern angegeben. Wir haben diesen Bericht mit großem Beifall aufgenommen. Scheinen könnte, daß die Zahlen der Bundesrepublik dazu nicht in einem richtigen Verhältnis stehen. Und doch glaube ich, wenn wir überlegen, daß unser Volk durch zwölf Jahre Hitlerfaschismus gegangen ist, ist diese unsere Zahl doch eine stolze Bilanz und ist dieser Bericht auch zukunftssträftig.

Wenn man manchmal Gelegenheit hat, mit Vertretern toleranter bürgerlicher Kreise über unsere Parteiarbeit zu sprechen, dann hört man immer das Wort: Wir beneiden euch um eure große starke Organisation. Das ist sicherlich ein wahres Wort. Es gibt keine Partei in Deutschland, die auf

eine so stolze Arbeit und auf so viele ehrenamtliche Mitarbeiter blicken kann wie die unsrige. Das hat der Bericht des Parteivorstandes bewiesen.

Nun zum Problem der Organisationsgliederung. Die Herner Beschlüsse sagen deutlich, die Gliederung der Partei ist Ortsverein, Unterbezirk und Bezirk. Wir haben getreu dieser Beschlüsse im Bezirk Hannover gehandelt. Wir haben die Kreisvereine aufgelöst. Wie hat sich das ausgewirkt. Ich selber komme aus einem Gebiet, das man so gemeinhin das „Naturschutzgebiet des Neofaschismus“ nennt, nämlich aus der Lüneburger Heide. Wenn wir den Weg der Schaffung der Unterbezirke und der Auflösung der Kreise nicht gegangen wären, wäre es uns finanziell nicht möglich gewesen, diese Gebiete politisch richtig zu bearbeiten. Wir schafften es durch Fassung dieser Beschlüsse und dem dadurch notwendig folgenden sogenannten partei-lichen Finanzausgleich. (Beifall.) Nur dadurch, daß wir diesen Passus der Herner Beschlüsse durchgeführt haben, können wir heute in diesen neofaschistischen Gebieten aktiver arbeiten.

Es gibt aber noch ein weiteres Problem der Kreise auf einem anderen Gebiet. Vielen mag unpopulär sein, was ich sage, aber es entbehrt deshalb trotzdem nicht der Wahrheit. Alle, die in den unteren Gremien vielleicht tätig sind, wissen, daß es das Wort „Kreiskönige“ gibt! (Sehr richtig!) Auch bei uns gab es diese Kinderkrankheit. Wir haben sie noch nicht ganz überwunden. Wir glauben aber, daß die Unterbezirke, die ja über die Kreise hinausgehen, da sie mehrere Kreise umfassen, durchaus ausgleichender wirken können. (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, daß auch die anderen Bezirke der Partei diesen Weg gehen sollten, weil wir uns damit unnütze Schwierigkeiten aus dem Wege räumen.

Genossin Herta Gotthelf hat in so warmen Worten zur Gesamtarbeit und zur Arbeit der Frauen gesprochen. Die Erfahrungen, die wir gemacht haben und, ihr männlichen Genossen nehmt mir diese Worte nicht übel, haben sich — zumindest auf der unteren Ebene — so gezeigt:

Wenn wir irgendwo keinen Unterkassierer hatten und an die Stelle eine Frau setzten, die im gewissen Sinne Treue zum Ziel der Partei hatte, so war sie zumeist zuverlässiger. (Beifall.) Wir haben es auch schon vor 1933 in der Sozialistischen Arbeiterjugend erlebt, daß da, wo wir eine junge Genossin als Hauptkassierer einsetzten, die Beiträge pünktlicher herinkamen. Vielleicht liegt es auch daran, daß die Frauen mit etwas mehr Charme an die Beitragskassierung herangehen. (Heiterkeit!) Nun noch ein letztes. Mir liegt eine wichtige Aufgabe der Gesamtpartei am Herzen. In den verschiedenen Referaten ist im gewissen Sinne sieghaft von der kommenden Bundestagswahl gesprochen worden. Man sagte auch, daß mit ziemlicher Sicherheit mit einer sozialdemokratischen Regierung oder Regierungsbeteiligung zu rechnen ist. Wir glauben es, und wir wollen dafür arbeiten. Aber — — und dieses Aber möchte ich erläutern. Wenn wir gesiegt haben und sich dadurch eine kommende sozialdemokratische Regierung am Horizont abzeichnen wird, habe ich wiederum wie früher das Gefühl, daß die Schaar der sogenannten Opportunisten und sogenannten „Nurfachleute“ groß werden wird, die dann schnell ein sozialdemokratisches Parteibuch in die Tasche stecken wollen. (Sehr richtig!, Beifall.) Die Gesamtpartei bis hinauf zum Parteivorstand sollte sehr wachsam sein, wenn es darum geht, solche „Nurfachleute“ in entsprechende führende Verwaltungsfunktionen einzubauen. (Beifall.) Wir wollen nicht vergessen und ich will es immer wieder sagen: Der Verwaltungsfunktionär, der durch das Vertrauen der Partei in eine Stelle gesetzt ist, ist auch nicht zuletzt der Partei verantwortlich. Das kann nur derjenige, der treu zum Ziel der Partei steht. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Georg Buch, Bezirk Hessen-Süd.

Buch, Wiesbaden:

Genossinnen und Genossen! Ich will nur einige wenige Sätze zu den Anträgen Nr. 24, 28 und 29 sagen. Ich bin dazu veranlaßt worden, weil die Genossen Franke und Nau einige nicht richtige Auslegungen gegeben haben.

Als der Antrag Nr. 24 erwähnt wurde, ging ein Lächeln durch den Saal. In der unteren Ebene sieht das meist anders aus. Sehr viele Genossen gibt es, die sich zu dem goldenen Parteiabzeichen drängen. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß es nicht notwendig wäre, besondere Abzeichen zu machen. Falsch ist auch, wenn der Genosse Franke sagte, durch unseren Antrag sollten solche Abzeichen geschaffen werden. Das goldene Parteiabzeichen existiert ja bereits und wird keineswegs neu geschaffen. Wenn aber dieses Abzeichen einen Wert haben soll, dann darf es nur an solche Genossinnen und Genossen verliehen werden, die über eine entsprechende Zahl von Jahren in der Partei sind. Leider ist es heute bereits so, daß es 45jährige Genossen gibt, die nur 25 Jahre in der Partei sein können und stolz mit dem 50jährigen Abzeichen herumlaufen. (Heiterkeit!)

Unser Antrag will also keineswegs solche Abzeichen neu schaffen, sondern will nur, daß in diese Sache Ordnung gebracht wird und daß das Goldene Parteiabzeichen, wenn es weiter existiert, auch seinen Wert behält.

Nun zu den Anträgen Nr. 28 und Nr. 29. Sie müßten eigentlich umgestellt werden, denn der Antrag Nr. 28 ergibt sich erst aus dem Antrag Nr. 29.

Ich bitte, einmal einen Blick auf die Seite 189 des Jahrbuches zu werfen. Ich habe mir eine Übersicht verschafft und daraus festgestellt, daß der Bezirk Hessen-Süd und insbesondere der Unterbezirk Wiesbaden bezüglich der Beitragsleistung in den höheren Klassen mit an der Spitze marschiert. Es gibt einige Bezirke, in denen es sehr betrüblich aussieht. Auch diese Punkte unserer Satzungen sollten ernst genommen und nicht nur als Richtlinien betrachtet werden. Wir müßten also auch bereit sein, aus diesen Bestimmungen bestimmte Konsequenzen zu ziehen. Das können wir aber nur, wenn die Bestimmungen so lauten, daß sie auch durchgeführt werden können.

Den Unterkassierern wird sehr oft entgegen gehalten, „mir nutzt ja der Bruttobetrag nichts, der auf der Lohntüte steht; mir nutzt nur der Nettobetrag, der wirklich in der Lohntüte drin ist, nur über diesen Nettobetrag kann ich verfügen“. Aus diesem Aspekt haben wir den Antrag gestellt, in Zukunft an Stelle von „Bruttoeinkommen“ „Nettoeinkommen“ zu setzen. Unser Antrag dient also der Beitragsehrlichkeit, (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich bitte den Parteitag damit einverstanden zu sein, daß wir bei dieser Diskussion auch der Genossin Juchacz, die als Ehrengast unter uns weilt, die Möglichkeit einer kurzen Ansprache geben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bitte die Genossin Juchacz!

Marie Juchacz, Düsseldorf:

Ich habe mit sehr viel Freude die Ausführungen zum Geschäftsbericht gehört und möchte mich darauf beschränken, nur zu dem, was die Genossin Gotthelf zu Ihnen gesagt hat, etwas zu sagen. Die Genossin Gotthelf hat darauf hingewiesen, wie stark die Arbeit der Frauen das soziale Leben umgestaltet. Die Aufgabe der Partei besteht nach meiner Ansicht darin, daß sie zur Mitgestaltung des gesamten sozialen Lebens der Frauenarbeit ihre größte Aufmerksamkeit schenkt und daß sie das, was als p ä d a g o -

gische Aufgabe daraus erwächst, auch wirklich voll erfüllt. Ich hoffe, daß Sie, was ich hier sage, so unbefangen aufnehmen, wie es gemeint ist: Die Zelle aller Arbeit finden wir in der allerkleinsten Familiengemeinschaft, und wir finden sie bei dem einzelnen Menschen. Die Einstellung der Menschen zueinander, also auch zwischen Mann und Frau, muß aber auch auf einer ganz selbstverständlichen Gleichberechtigung basieren, die der eine Teil dem anderen zubilligt, wenn wir in der Gesetzgebung nicht steckenbleiben wollen. Wenn die Sozialdemokratie immer wieder aufs neue Pionierarbeit zu leisten hat, damit die Gesetzgebung auch wirklich, wenn auch nur hinkend und wenn auch nur zögernd der gesellschaftlichen Umwandlung nachkommt, dann ist es unsere Aufgabe als Partei, auch auf dem Gebiete des Sichverstehens und des Miteinanderarbeitens die Pionierarbeit zu tun, die notwendig ist, um auch die psychologischen Differenzen, die es allgemein noch gibt, überbrücken zu helfen. Diese Förderung des Verstehens ist die große Pionierarbeit, die wir zu leisten haben. Ich möchte Sie darum bitten, doch täglich und stündlich darüber nachzudenken, wie man das bis ins einzelne bewerkstelligen kann. Ich will mich noch einmal ein wenig vulgärer ausdrücken: Es ist doch so, daß in der Familie der Mann immer noch so ein Stückchen Pascha ist. (Heiterkeit! Hört, hört!) Es ist noch nicht immer selbstverständlich, daß Mann und Frau gemeinsam die Aufgaben erfüllen, die das Familienleben erfordert. Das ist nicht im Sinne eines Vorwurfs gemeint, sondern es ist aus der Tradition gewachsen, die wir alle erlebt haben. Es sind sehr viele Dinge, die sich mit dem Heute nicht mehr so vertragen, die im heutigen Leben der Menschen Differenzen bilden. Nur dadurch, daß wir uns als sozialistische Partei und als die Partei, die das Glück und das Wohlergehen aller Menschen anstrebt, auch auf kleine Dinge des Lebens konzentrieren und von dort aus die Pionierarbeit leisten, die zum wirklichen Fortschritt notwendig ist, erfüllen wir unsere Aufgabe.

Was ich sage, ist dasselbe, was auch in den Worten der Genossin Gottlieb gelegen hat, es ist nur in einer anderen Weise ausgedrückt. Aber ich handle nach dem Worte Goethes: Du mußt es dreimal sagen! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Willi Kuhlmann, Bezirk Niederrhein.

Kuhlmann:

Genossinnen und Genossen! Das starke Bewußtsein dieses Parteitages wird sicherlich in die unteren Funktionärkörper und in die Mitgliedschaft strömen. Der Glaube an die Partei wird nicht nur in der Partei, sondern auch im deutschen Volk seine Bedeutung haben. Der Ansturm, dem wir uns jetzt bei dem Wahlkampf gegenüber sehen, wird immer und immer stärker. Deswegen gilt es alles zu prüfen, um die bestmögliche Form der Arbeit zu finden.

Wenn wir heute im Bericht des Genossen Fritz Heine festgestellt haben, daß wir die Anträge Nr. 41 und 198 als Material an den Parteivorstand überwiesen und zur Annahme empfehlen, dann sind wir darüber sehr froh. Wir meinen damit nicht, daß zu den 15 Ausschüssen, die der Parteivorstand hat, jetzt noch ein überflüssiger sechzehnter hinzukommen soll. Die Ausschüsse werden das sein, was sie aus sich machen. Wenn ich auf die Worte des Genossen Waldemar von Knoeringen hinweise, die ich nur unterstreichen kann, dann bin ich doch der Meinung, daß wir der großen, breiten Flächenarbeit unsere höchste Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wenn man sieht, welche Anstrengungen vom „Deutschen Industrieinstitut“ als dem

Propagandainstitut der Arbeitgeber gemacht werden, wenn man sieht, was die Bundeszentrale für Heimatdienst für Anstrengungen macht, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß wir unsere propagandistische und agitatorische Arbeit vertiefen und organisieren müssen. Es kommt darauf an, daß wir, wie Bertraud Russell in seinem Büchlein „Macht und Persönlichkeit“ sagt, den Kampfinstinkt in unserer Parteiorganisationsarbeit wirksam werden lassen. Wir meinen, es ist ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Unterbezirken und Bezirken notwendig, um die Werbungs- und allgemeine Agitationsarbeit wachzurufen. Es ist doch so, daß ein Teil unserer Ortsvereine und Unterbezirke — wir wollen es ganz deutlich sagen — immer noch im Zustand des Wahlvereins beharrt. Da kommt es darauf an, daß wir systematisch prüfen, um die Versammlungstätigkeit und die Arbeit ein wenig systematisieren. Wenn beispielsweise Dortmund, Hamburg und andere große Bezirke keine Hilfe der Gesamtpartei brauchen, dann brauchen andere Bezirke und Unterbezirke diese Hilfe durchaus. Notwendig ist daher, daß wir in dieser Propagandatätigkeit Schwerpunkte bilden, also nicht nur wie damals zum Werbemonat im November 1950 sagen „Werbung über das ganze Bundesgebiet“, sondern sagen, da und dort sind die Verhältnisse besonders schwierig und da und dort lassen wir besondere Unterstützung einfließen. Das scheint mir besonders deshalb notwendig, weil die Unterbezirke, die überwiegend protestantisch sind, einen leichteren Stand haben als die Unterbezirke, die eine andere konfessionelle Gliederung haben. Deshalb müssen wir in der Arbeit eine Systematisierung, eine Verfeinerung der Propaganda und der Organisation vornehmen. Wir müssen den Willen der Partei in breit angelegten Propagandawellen zum Ausdruck bringen. Wir sind die Partei des Volkes. Eine klare und bestimmte Politik trägt auch eine starke Propagandakraft in sich. Organisatorische und propagandistische Vorbereitungen müssen getroffen werden, um den Ansturm des Gegners auch bei Blockbildung wirksam begegnen zu können. Wenn wir die Partei so verfeinern, wenn wir einen Propaganda-Ausschuß schaffen, der diese Dinge stärker in die Mitgliedschaft und in die Ortsvereine trägt, dann kommen wir einen wesentlichen Schritt vorwärts. Das Propaganda-Referat hat durchaus wirkungsvolle Arbeit geleistet. Am Propaganda-Referat ist keine Kritik zu üben. Ich habe allerdings den Propaganda-Katalog des Jahres 1951 erst Ende des Jahres in die Hand bekommen. Solche Dinge passieren nicht nur in meinem Unterbezirk, sondern auch in anderen Unterbezirken. Ich bin der Meinung: Wenn wir diese große Anstrengung auf allen Gebieten machen, dann wird es möglich sein, aus dem kommenden Wahlkampf stark und sicher hervorzugehen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat die Genossin Krappe.

Krappe, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Parteitage haben mit den Sinn, von einander zu lernen und die Erfahrungen mit in die Bezirke zu nehmen. Organisation darf nicht unterschätzt werden. Ich warne aber vor einer Verallgemeinerung und bitte, mehr auf Individualität zu achten. Was in dem einen Bezirk gut sein kann, kann sich in einem anderen Bezirk gegenteilig auswirken. Wenn man die Anträge liest, hat man das Empfinden, daß meist nur örtliche Sorgen angesprochen werden, die nicht als allgemeine Richtschnur genommen werden können. Die Partei darf nicht starr sein, sondern muß sich individuell und lebensnah verhalten.

Nach all den Dingen, die nach 1945 geregelt werden mußten, wird es jetzt höchste Zeit, neue Menschen zu gewinnen. Ich erkenne durchaus an, daß wir aus zwei Gründen vor einer schweren Aufgabe stehen. Die Menschen

der heutigen Zeit sind nämlich nur durch reale Dinge zu überzeugen, durch nüchterne Erklärungen. Sie glauben nur an das, was nahe ist, was sie erleben können. Die Menschen sind durch die Erlebnisse der Vergangenheit mißtrauisch geworden. Man zweifelt an Rede und Schrift. Jeder möchte bewiesen haben, was irgendwo gesprochen wird. Das ist ein Ergebnis der hinter uns liegenden Zeit. Das erfordert Nüchternheit und Realismus.

Ich möchte aber heute einen ernsten Appell aussprechen. Die Menschen, die nach 1945 zu unserer Partei gestoßen sind, sind fast ausschließlich nur auf Grund verstandesmäßiger Überlegung gekommen. Sie glauben, daß die SPD für ihre Sache am besten eintritt. Es genügt aber nicht, lediglich den Verstand anzusprechen. Es muß besonders wegen der Jugend wieder mehr auf das hohe Ziel hingewiesen werden, auf das, was wir gestalten und ändern wollen. Es fehlt der Schwung des Glaubens, die Bereitschaft zum Opfern für Ideale, um die Jugend zu gewinnen. Die Jugend will Opfer bringen. Das liegt in ihrer Natur. In dieser Beziehung werden die hohen Ziele zu wenig angesprochen. Man verharrt zu sehr bei den Problemen und Sorgen der Gegenwart. Wenn wir das große Heer der Einsamen, sich unsicher Fühlenden und der Suchenden gewinnen wollen, dann müssen wir mehr auf das Gefühl eingehen und zeigen, daß es sich lohnt, für die Sache Opfer zu bringen. Wir können beobachten, daß die Kirchen und Sekten nur das Gefühl der Menschen ansprechen. Und welchen Erfolg haben sie! Auch wir müssen also in der Werbung anders werden! In der Politik dürfen wir nicht starr sein, aber standhaft. Wir dürfen niemand vor den Kopf stoßen. Aber die Menschen, besonders die Jugend, achtet darauf, ob wir unseren Standpunkt beibehalten. Ich warne davor, Entscheidungen um des Augenblicks willen zu treffen, z. B. wegen des Wahlkampfes. Die Jugend hat nur vor einer Partei Respekt, die zu ihrer Sache steht, auch wenn der Standpunkt im Augenblick unpopulär wäre. Hier müssen wir mehr an den späteren Erfolg denken und auf Augenblickserfolge verzichten.

Eine dringende Warnung: Bei uns dürfen nicht die Kräfte siegen, die Politik als Beruf betrachten. Man kann nicht Politik als ein Geschäft ansehen. Man darf nicht immer nach dem tüchtigsten Geschäftsmann suchen. Wir müssen die Kräfte wirken lassen, die aus Opfersinn der Sache dienen. Es ist allgemein anerkannt worden, daß sich gerade die Angehörigen der SPD am treuesten zur Sache stehend gezeigt haben. Diese Treue nach 1933 hat nicht der nüchterne Verstand allein geboren. Dazu gehörten Glaube, Überzeugung, Idealismus. Das hat die Menschen stark gemacht. Deshalb haben wir ausgehalten. Und das müssen wir auch bei den Menschen fördern, die nach 1945 zu uns gekommen sind, und bei den Menschen, die wir gewinnen wollen: bei der Jugend! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Wickbold.

Wickbold, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schönfelder hat eingehend von der Arbeit der „hauptamtlichen“ Organisatoren gesprochen. Es ist unsere selbstverständliche Pflicht und auch unsere innere Überzeugung, daß wir den Genossen Egon Franke, Alfred Nau, Fritz Heine und der Genossin Herta Gotthelf für ihre unermüdliche Arbeit bei der Erfüllung ihrer oft nicht immer dankbaren Aufgaben zu danken haben. (Beifall.)

Ein offenes Wort zur Organisation. Gestattet mir bitte einen Vergleich, den sehr viele von uns erlebt haben, als wir noch die „wunderschöne“ Uniform eines Landsers trugen. Wenn die Truppe sehr oft nichts mehr besaß, nicht einmal mehr einen Tropfen, dann kam ein unscheinbarer Landser

und organisierte etwas. Gerade diese unscheinbaren Landser waren diejenigen, die das Wesen der Organisation am besten erfaßt haben. (Heiterkeit! Du verwechselst Organisieren und Organisation!) Ihr freut euch über den Vergleich und seid wohl meiner Meinung. (Heiterkeit.) Die Organisation wird meist so aufgefaßt, wie ich sie geschildert habe, obwohl sie etwas ganz anderes ist. (Aha, jetzt kommt er!) Mein Freund, du kannst sprechen, wenn ich gesprochen habe. Ich werde mich freuen, mich gerade mit dir auseinanderzusetzen zu können.

Organisation bedeutet die Gestaltung der Gesellschaft. Wir dürfen aber bei dieser Organisation, die wir in der Partei betreiben, nicht der Meinung sein, als ob diese beruflichen Organisatoren die Gesellschaft gestalten sollen. Sie soll vielmehr — ich spreche jetzt wieder in einem militärischen Vergleich — das taktische Entscheidungsmittel derjenigen sein, die für die politische Willensbildung der Partei verantwortlich sind. Unsere Organisation ist das machtpolitische Instrument der Partei, um im gegebenen Zeitpunkt die Parteigenossen auf das politische Kampffeld zu führen! (Zuruf: Und die Dienstgrade?) Hier wurde viel von einer Jugendbildung gesprochen. Das ist richtig. Wir sind uns einig. Die Jugend muß gesucht werden. Sie soll sich bei uns wohlfühlen. Dann ist noch etwas anderes zur Sprache zu bringen. Es ist ein heißes Eisen, wir kommen aber nicht herum, dazu Stellung zu nehmen. In jedem Ort bildet sich jetzt irgendein Kriegerverein. (Heiterkeit.) Wenn es nicht die Angehörigen einer ehemaligen Panzer-Grenadier-Division sind, dann die Angehörigen der ehemaligen Fallschirmtruppe. Ob wir nun dorthin gehen oder nicht, wir haben auf alle Fälle zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Vereine da sind und zum größten Teil versuchen, der Demokratie den Todesstoß zu versetzen. Meine Berliner Freunde wissen, daß die Marienkirche das Gemälde vom Totentanz zeigt. Wenn wir uns heute die politische Situation betrachten, dann ist es beinahe die Darstellung des Totentanzes der Demokratie. Ist es richtig, daß die Partei und ihre Funktionäre — obwohl sie das Zeug dazu haben — sich bei diesen Gruppenbildungen absetzen? Sollten wir nicht vielmehr versuchen, in diese Vereine hineinzugehen und deren Mitglieder aufklären? (Zahlreiche Zurufe.)

Das ist ein Zeichen dafür, daß ihr es noch nicht versucht habt. (Widerspruch.) Ich habe es aber getan und kann euch nur eins versichern: Es war ein voller Erfolg bei diesen Menschen, die weder etwas von Demokratie noch geschweige denn von der Sozialdemokratie wußten. Mir wurde sogar gestattet, die Themen auszuwählen. Das erste Thema, das ich wählte, war: „Das Wesen einer Regierung und der Opposition“. Meine hannoverschen Freunde wissen, daß man mich zu diesen Abenden bei der Notgemeinschaft ehemaliger Berufssoldaten immer wieder holt. Wie gesagt, es ist ein voller Erfolg. Hier geht es also um eine durchaus ernste Angelegenheit, die wir nicht mit einer Handbewegung abtun können. Wir müssen auch solche Dinge anfassen.

Zur Unterbezirksbildung brauche ich nichts zu sagen. Meine Freunde wissen, daß wir das durchexerziert haben. Dann will ich auch nicht unerwähnt lassen, daß es in den Kreisen sehr viele „Könige“ gibt, die wir wieder auf die richtige Linie zurückführen müssen.

Dann denke ich an einen kleinen Ort im Solling — Uslar — von 7000 Einwohnern, in dem sich die größte Kleinmöbelfabrik Europas mit 2400 Beschäftigten befindet. Dort sind die Ratsherren der SPD zugleich Unterkassierer. Dieses Beispiel hat bei anderen Ortsvereinen Nachahmung gefunden. Niemand scheut sich, ob Bürgermeister oder Kreistagsabgeordneter, als Kassierer tätig zu sein. Also auch das gute Beispiel kann Nachahmung finden.

Zum Schluß eine Mahnung und zugleich eine Bereitschaftserklärung. Wenn die Sozialdemokratische Partei es nicht versteht oder nicht willens ist, den kleinen Funktionär wieder als vollen Ehrenmann, als Ehrenmitglied zu betrachten — also nicht den bezahlten, sondern den opferbereiten —, dann ist all unsere Arbeit vergeblich. Wir müssen der Partei wieder das Rückgrat der opferwilligen und nimmermüden Funktionäre geben. Wenn wir das erreicht haben, dann wird die Organisation das sein, was sie auch sein soll: Der Motor, der laufen soll! Vorwärts, Sozialdemokraten! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Edler.

Edler:

Genossinnen und Genossen! Ich habe die unangenehme Aufgabe, zu einem Antrag zu sprechen, der vom Parteivorstand und Parteiausschuß zur Ablehnung empfohlen ist. Es handelt sich um den Antrag Nr. 12. Dieser Antrag hat schon im Mai 1950 in Hamburg zur Diskussion gestanden. Wir bringen ihn heute wieder, um so mehr, als wir glauben, daß die Begründung für eine etwaige Ablehnung, die der Genosse Egon Franke vorgetragen hat, nicht ausreicht. Wir wünschen hier möglichst nur stimmberechtigte Vertreter, die durch Entscheidung der Mitgliedschaft als Vertreter mit Mandat erscheinen. Wenn Genosse Franke sagt, daß zu befürchten wäre, daß sich die Genossen der Bundestagsfraktion innerhalb ihres Bereichs um eine Delegation nach hierher bemühen würden, dann ist zu bemerken, daß neben den durch Vorbestimmung entsandten Mitgliedern der Bundestagsfraktion zahlreiche andere Genossen sitzen. Wir wünschen tatsächlich etwas weniger Apparat, dafür aber mehr lebendigen Willensausdruck durch Urabstimmungen in den unteren Gremien. Wenn wir feststellen, daß hier annähernd 25 Prozent der stimmberechtigten Vertreter nicht als von den zuständigen Mitgliedskonferenzen gewählte Vertreter angesprochen werden können, dann bedauern wir das. Der Parteitag hat die politische Arbeit zu beurteilen und festzulegen. Und da sind wir allerdings der Auffassung, daß diejenigen, die beurteilt werden sollen, nicht selbst über diese Beurteilung mit abstimmen dürften! (Beifall.)

Wir sind außerdem der Meinung und sind eigentlich durch den mehr als guten Eindruck, den das Referat des Genossen Erich Ollenhauer gemacht hat, zu der Überzeugung gekommen, daß durchaus kein Grund zu Befürchtungen gegeben ist, wenn hier durch eine sachlich klare und eindeutige Argumentation an die Einsicht der Delegierten appelliert wird. Aber ein Anreiz ist gegeben, sich immer wieder an der Meinung und Stimmung in der Mitgliedschaft zu orientieren. Die Meinung und Stimmung der Mitgliedschaft ist immerhin ein, wenn auch nur schwacher, Spiegel der Meinung der Wählerschaft. Das sollten wir nicht übersehen. Wenn durch eine gute Argumentation und eine gute Arbeit eine Verankerung lediglich in der Mitgliedschaft gegeben ist, dann wird sich daraus auch eine Verankerung und ein Ansehen in der breiten Wählerschaft und eine gute und positive Stellungnahme zu unseren Aufgaben ergeben.

Bedenken Sie bitte noch eins! Wenn entsprechend dem Vorschlage des Genossen Egon Franke unser Antrag abschlägig beschieden wird, dann werden wir es in Zukunft erleben, daß kaum noch Änderungsvorschläge wesentlicher Art, die aus der Mitgliedschaft kommen, aber dem Apparat — ich will einmal dieses häßliche Wort, das der Genosse Schönfelder gebraucht hat, aufgreifen — nicht genehm sind, angenommen werden können, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten nicht zu erreichen ist.

Um eine gesunde und organische Meinungsbildung zu gewährleisten, möchten wir wünschen, daß die Stimmberechtigung dort beschränkt wird. Wir wünschen uneingeschränkt den Rat dieser Genossen, aber auch nur den Rat! Bestimmen und entscheiden sollten die Stimmberechtigten und quasi durch eine Urabstimmung gewählten Vertreter.

Nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen bitten wir, unserem Antrage zuzustimmen. Wir haben auch optische Gründe für diese Bitte; denn unser Antrag fordert nicht mehr und nicht weniger als die Legislative für den Parteitag und die Exekutive für diejenigen, die, vom Vertrauen dieses Parteitages getragen, die SPD draußen zu vertreten haben. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossen und Genossinnen, gestatten Sie mir eine Bemerkung! Ich habe weder eine Kritik zu üben noch zu Anträgen Stellung zu nehmen; aber es kommt hier auf eine sachliche Feststellung an.

Es ist in unserer Partei nicht üblich, daß die Mitglieder der Bundestagsfraktion mit abstimmen, wenn die Beurteilung der Fraktion zur Debatte steht. Und nach der bisherigen Übung kann auch der Parteivorstand nicht abstimmen, wenn über seine Arbeit geurteilt wird. Ich bitte also, das auseinanderzuhalten.

Dann habe ich noch ein Telegramm aus Kanada bekanntzugeben.

Herzlichste sozialistische Grüße unseren deutschen Genossen. Die kanadischen Sozialisten verfolgen euren Kampf mit Interesse und Sympathie. Wir hoffen, daß ihr bei den kommenden Wahlen einen Sieg erringen werdet. Unsere Grüße werden getrübt durch das Wissen um den Verlust, den ihr durch den frühzeitigen Tod eures hervorragenden Vorsitzenden Kurt Schumacher erlitten habt. Sein Leben war eine Inspiration für die Sozialisten in der ganzen Welt.

Ich glaube, ich darf den kanadischen Genossen für diese Grüße unseren herzlichsten Dank aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Wir fahren nun in der Diskussion fort. Das Wort hat der Genosse Bessel, Essen, ihm folgt der Genosse Kündler, Hamburg.

Bessel, Essen:

Genossinnen und Genossen, diese Diskussion, die sich hauptsächlich mit den organisatorischen Fragen der Partei beschäftigen soll, ist eine der wesentlichsten Diskussionen, die auf dem Parteitag gepflogen werden sollen. Daher muß ich eine bedauerliche Feststellung an den Anfang stellen, nämlich die, daß es anscheinend sehr viele Delegierte mit ihrer Aufgabe nicht so ganz ernst nehmen; sonst würde man nicht so viele leere Plätze in diesem Saale sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die beiden Probleme, vor denen die Sozialdemokratische Partei in der nächsten Zeit in der Hauptsache stehen wird, ist ja das Problem der Gewinnung der Jugend und das Problem der Schaffung eines aktiven, einsatzbereiten Funktionärkörpers. Wir sollten heute an dieser Stelle einmal untersuchen, weshalb und wieso darüber nicht bereits auf diesem Parteitag mit Stolz berichtet werden konnte, so daß dieses Problem nicht mehr zur Debatte zu stehen brauchte.

Zur Frage der Jugend ganz kurz nur folgendes! Wir haben Ansätze genug in unserer Partei, daß Jugendliche zu uns stoßen und auch bereit sind, mit uns zu diskutieren. Aber wir haben einmal zu untersuchen, wie sich gerade die Generation der älteren Genossen und Genossinnen oft diesen Jugendlichen gegenüber verhält. Und da müssen wir leider feststellen, daß ihr Benehmen sehr häufig verkehrt liegt. Es ist doch folgendermaßen:

Wenn ein junger Genosse das Wort zu irgendwelchen politischen Problemen ergreift und sich nicht ganz auf der Linie der Partei bewegt, manchmal sogar etwas schief liegt, dann steht sofort eine ganze Reihe von älteren Parteigenossen auf und macht ihm klar, daß er das noch nicht verstehe, daß er erst noch lernen müsse, bevor er mit uns sprechen könne. — Auf diese Weise kann man keinen Jugendlichen gewinnen! Auf diese Weise wird man keine Begeisterung bei den Jugendlichen finden. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun zu dem zweiten Problem. Da muß ich eine ernste Warnung an alle diejenigen richten, die zu jener Generation gehören, die vor 1933 die Stärke der Sozialdemokratischen Partei ausgemacht haben.

Es stellt sich heute immer mehr heraus, daß es in unserer Partei — übrigens nicht nur in unserer Partei; aber wir sollten uns heute nur mit unserer Partei beschäftigen — eine sogenannte Zwischenschicht gibt, eine Schicht, die bei Mitglieder- und Funktionärversammlungen, bei Versammlungen der unteren Organe der Partei, durch Abwesenheit glänzt, die aber immer dabei ist, wenn es darauf ankommt, etwa Kandidaten für die Parlamente aufzustellen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb müssen wir einmal ganz eindringlich an alle diese Genossinnen und Genossen herantreten und sie darauf hinweisen, daß sie trotz der Fülle ihrer Arbeit für die Partei immer noch für die Arbeit in den unteren Organen Zeit übrig haben müssen, und wenn sie nur drei- oder viermal im Jahr in den Mitglieder- oder Funktionärversammlungen erscheinen. Es gibt eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die über den Dingen zu stehen glauben und befürchten, daß ihr geistiger Horizont beeinträchtigt werden könnte, wenn sie in diesen Mitgliederversammlungen erscheinen müßten.

Wie ist es denn in Wirklichkeit? Das ist der entscheidende Punkt dieser Angelegenheit. Wenn in den Mitgliederversammlungen die einfachsten Genossinnen und Genossen, unsere Unterkassierer und sonstigen Mitglieder beisammen sind und feststellen können, daß der Bundestagsabgeordnete, der Stadtverordnete oder der sonstwie hervorragende Parteigenosse auch in diese Mitgliederversammlungen kommt — auch dann, wenn er nicht zu einem Referat bestellt ist! — und sich mit Ihnen unterhält, dann ist der Kontakt, dann ist die Vertrauensbasis gegeben. Und das ist es, was wir brauchen. Deshalb müssen wir diesen Genossinnen und Genossen einmal ins Gewissen reden. Wir müssen sie heranziehen und ihnen klarmachen, daß sie auch für diese Arbeit Zeit haben müssen. Keiner unserer Genossen sollte mehr Aufgaben auf sich nehmen, als er unter Innehaltung dieser notwendigen Sache erledigen kann. In der Praxis ist es doch so. Ich denke hier in Besonderheit an sehr viele Genossinnen und Genossen, die sich sehr bemühen, irgendeine gewerkschaftliche Funktion, etwa ein kleines Angestelltenverhältnis zu bekommen, das immerhin ihre soziale Stellung in etwa hebt. Solange diese Genossinnen und Genossen ihr Ziel nicht erreicht haben, sind sie sehr oft und sehr rege in unseren Mitglieder- und Funktionärversammlungen tätig; sie glänzen aber sofort durch Abwesenheit, sobald ihr Wunsch in Erfüllung gegangen ist. Das ist es, was das Vertrauen und die Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder untergräbt. Das ist es, was wir in erster Linie beachten müssen. Das muß in Zukunft unterbleiben.

Vorhin hat ein Genosse darauf hingewiesen, daß sich eine ganze sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bereit erklärt hat, als Hauskassierer in Erscheinung zu treten. Auch wir machen das so. Ich bin zufällig Stadtbezirksvorsitzender, und ich habe es in meinem Stadtbezirk durchgeführt, daß jede Genossin und jeder Genosse, der irgendeine Funktion in der Partei ausübt — ganz gleichgültig welche: als Stadtverordneter, Bundestags-

abgeordneter, Landtagsabgeordneter — und in unserem Bezirk wohnt, verpflichtet ist, als Hauskassierer tätig zu sein, und wenn er noch so wenig kassiert. Aber er soll dadurch den Kontakt mit den Mitgliedern aufrecht erhalten. Das ist von den Mitgliedern auch allgemein anerkannt worden. Glauben Sie nicht, daß diese Genossinnen und Genossen nicht die Zeit dazu hätten! Und wenn er nur zehn Haushalte im Monat kassiert, so kostet es ihn eine Stunde Zeit, aber er erwirbt sich ein Vertrauen, dessen Wert weit über den Wert dieser einen Stunde hinausgeht und das die Partei stärkt wie vielleicht nichts anderes. Deshalb diese Aufforderung an alle diejenigen, die heute anwesend sind und sich vielleicht angesprochen fühlen. Die Partei kann nur aktiviert werden, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen der obersten und mittleren Führungsschicht, zwischen den kleinen Funktionären und dem kleinen Mann hergestellt wird. Nur so kann eine allgemeine Belebung unserer Mitglieder- und Funktionärversammlungen, nur so kann auch die Aktivierung des politischen Kampfes, die wir so dringend brauchen, für die Zukunft gesichert werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat nun der Genosse Kunder, Hamburg.

Paul Kunder, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Wir haben in der Partei ganz ohne Zweifel außer Kochel eine ganze Anzahl weiterer Bildungs- und Schulungsstätten sowohl im Norden als auch im Süden und in den übrigen Teilen des Bundesgebietes. Was wir aber neben den Schulungsstätten brauchen, sind Stätten wirklicher geistiger Auseinandersetzungen, die nicht nur die Jugend, die nicht nur die Funktionäre, sondern die wir alle brauchen. Insofern ist Kochel mehr als eine Schulungsstätte. Ich habe Gelegenheit gehabt, 14 Tage lang an einem solchen Kursus in Kochel teilzunehmen, und ich muß sagen, daß dieser Kursus für alle Teilnehmer ein Erlebnis gewesen ist. Ich begrüße die Ausführungen des Genossen Waldemar von Knoeringen aufs Wärmste und möchte wünschen, daß die Partei finanziell in der Lage ist, Kochel weiter auszubauen, um es wirklich zu einem Forum der Auseinandersetzungen für die gesamte Partei zu machen und darüber hinaus noch mehr solcher Stätten wie Kochel zu schaffen.

Wir haben in Hamburg auch unseren Kupferhof und leisten dort sehr gute Bildungs- und Schulungsarbeit. Wir können verzeichnen, daß wir Woche für Woche dort Wochenendkurse durchführen, die von Sonnabend mittag bis Sonntag nachmittag laufen und jeweils von 60 bis 70 Genossen besucht werden. Was für uns besonders begrüßenswert ist, ist die Tatsache, daß die Zahl der Teilnehmer diese Höhe erreicht hat, zum anderen aber auch die Tatsache, daß die Zahl der jüngeren Funktionäre an diesen Auseinandersetzungen verhältnismäßig sehr hoch ist. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir die Verjüngung, die wir in der Partei so notwendig brauchen, doch in einigen Jahren durchgesetzt haben werden.

Ich möchte aber noch etwas viel Wichtigeres sagen und darauf hinweisen, daß wir mit unserer Propaganda restlos veraltet sind und daß es Zeit wird, daß wir uns auf alle die Möglichkeiten besinnen, die uns heute gegeben sind, und sie ausnutzen.

Seit 100 Jahren besteht die sozialistische Bewegung. Seit 100 Jahren ist das Hauptwerkzeug für die Meinungsbildung das Flugblatt, die Broschüre und die Versammlung gewesen. Jeder von uns weiß, daß die Flugblätter und die Broschüren so, wie sie von uns herauskommen, zu 90 Prozent und mehr nicht gelesen werden, daß hier ungeheuer viel Geld ausgegeben wird, ohne daß man den damit verfolgten Zweck erreicht.

Weiterhin wissen wir, daß unsere Versammlungen heute weitaus schlechter als vor 1914, in den Anfängen und im Aufbau der Bewegung, besucht werden. Wir sollten uns doch darüber klar sein, daß sich inzwischen auf dem Gebiete der Bildung der öffentlichen Meinung eine Revolution vollzogen hat. Während die Menschen von 1914 gar nicht anders in der Lage waren, sich eine Meinung zu bilden als dadurch, daß sie in eine Versammlung gingen, Zeitungen oder sozialistische Schriften lasen, gibt es doch heute den Rundfunk, der den wichtigsten Faktor in der Bildung der öffentlichen Meinung darstellt. Die Partei müßte noch weit mehr als bisher die Möglichkeiten ausnutzen, die der Rundfunk bietet; denn die Sendungen werden ganz zweifellos nicht immer nur als Geräuschkulisse gehört, sondern sie werden viel beachtet. Und wenn man daran denkt, wie insbesondere die Übertragung der Schumanplandebatte im Bundestag gewirkt hat, dann sehen wir hier doch unerhörte Möglichkeiten.

Weiterhin werden auch die Möglichkeiten, die der Film bietet, von uns bei weitem nicht so beachtet, wie es notwendig wäre. Für mich wäre es eigentlich selbstverständlich gewesen, daß bei einer solchen Tagung wie der heutigen auch die Möglichkeit gezeigt würde, einen Filmapparat kennenzulernen, der für uns wertvoll ist, und andererseits auch Filme vorzuführen. Wir haben hier kein solches Material, obwohl die Partei darüber verfügt. Man sollte aber allen Funktionären, die an dieser Tagung teilnehmen, die Möglichkeit geben, sich diese Dinge vor Augen zu führen.

Dasselbe gilt von den Magnetophongeräten. Auch solche Aufnahmen müßten vorhanden sein. Sie werden uns hier angeboten. Man müßte sie aber in Augenschein nehmen können, um zu sehen, wie man damit arbeiten kann.

Es gibt also genug Möglichkeiten, an die Massen heranzukommen, die wir ausnutzen müssen. Bei unserer Agitation und Propaganda sollten wir darüber hinaus uns die Forschungen der Institute für die öffentliche Meinung mehr als bisher zunutze machen. Davon können wir zweifellos ganz wesentlich profitieren. Z. B. ist es doch außerordentlich interessant, wenn bei diesen verschiedenen Rundfragen, die immer wieder veranstaltet werden, festgestellt wird, daß die junge Generation zwischen 20 und 35 Jahren zu mehr als 50 Prozent sozialistisch eingestellt ist.

Wir müssen uns die Frage vorlegen, wenn sie schon sozialistisch denken und sich entscheiden, warum es dann nicht möglich ist, sie zu unserer Partei heranzuziehen und in unsere Parteiarbeit einzuspannen. Ich glaube, wir müssen gerade auf dem Gebiet der Jugendarbeit noch sehr viel hinzulernen und uns darüber klar sein, daß das Gros der Jugend nicht in unserer Falkenorganisation, sondern außerhalb steht, daß die Jugend durchaus aufgeschlossen ist, daß das aber nicht genügt, sondern wir diese jungen Menschen für unsere Parteiarbeit gewinnen müssen und können. Wenn wir heute sehen, daß immer wieder junge Menschen zu uns in unsere Parteibüros kommen und von uns einen Aufnahmeschein für die Partei verlangen, ohne von irgend jemand dazu aufgefordert zu sein, so müssen wir das sehr sorgsam beobachten. Wir haben dies im letzten Jahr wiederholt erlebt. Das ist ein Gebiet, das viel intensiver beackert werden muß, als es bisher der Fall gewesen ist. Genau so liegt es auf dem Gebiet der Frauenarbeit. Auch hier möchte ich unterstreichen, daß wir uns viel stärker spezialisieren müssen und der Frauenarbeit einen weitaus größeren Rahmen geben müssen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß wir uns auch bei der Plakatgestaltung mehr als bisher der modernen Mittel bedienen müssen. Unsere Plakate sind im Durchschnitt schlecht und wirkungslos. Wir sollten auch in diesem Punkt von unseren Gegnern und von der Regierung Adenauer

lernen. Was von diesen auf diesem Gebiet geleistet wird, ist für uns gefährlich. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß auch wir mit wirkungsvollerem Material herauskommen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Hermann Barche, Hannover.

Barche, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Aus den Begrüßungsworten unseres österreichischen Genossen, die wir hier gestern mit Stolz, aber auch mit etwas Wehmut empfunden haben, haben wir gehört, daß in der Stadt Wien jeder sechste Einwohner Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist und im gesamten Land Österreich jeder elfte. Hierzu wurde von dem Genossen Kade gesagt, daß die Bedingungen in Deutschland ungünstiger als in Österreich seien. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Ich möchte sagen, daß wir in Deutschland recht starke Industriezentren haben und folglich die Mitgliederzahlen stärker sein müßten.

Aber hier scheint mir nicht das Problem zu liegen, es liegt auf dem flachen Land. Wir haben es bisher immer noch nicht verstanden, das flache Land zu erobern. Dies ist nicht nur eine politische Aufgabe, sondern vielmehr eine psychologische Aufgabe. Es ist empfehlenswert, daß die Partei sich recht intensiv darüber Gedanken macht, wie man mit geeigneten psychologischen Mitteln die Landbevölkerung davon überzeugt, daß ihr Platz in der Sozialdemokratischen Partei ist. Schließlich ist die Eroberung der Landbevölkerung eine Frage unserer politischen Macht. Wir stellen fest, daß wir über die 34- bis 36-Prozent-Grenze nicht hinauskommen. Ich möchte an eine Zeit erinnern, als in Deutschland der Faschismus im wesentlichen seine Macht vom Land in die Großstadt hineingetragen hat. Wir erinnern uns noch an die Sturm-Kolonnen, die mit überzeugenden Mitteln in Form von Gummiknüppeln oder Schlagringen in die Großstädte gekommen sind und versucht haben, das Volk politisch zu überzeugen.

Einen besonderen Aufruf möchte ich in diesem Zusammenhang an unsere Genossen in den Städten und Großstädten richten. Es nützt uns gar nichts, wenn wir in den Großstädten mit über 50 Prozent die Mehrheit haben, bei den Bundestags- oder Landtagswahlen aber feststellen müssen, daß das Land versagt hat. Hier liegt eine Aufgabe unserer persönlichen Fühlungnahme vor, in dem unsere Funktionäre in den Städten wie früher sonntags hinaus auf das Land gehen, um das Band zwischen Großstadt und Land enger zu gestalten.

Zu der Frage der Frauen- und Jugendarbeit möchte ich folgendes sagen. Es nützt uns gar nichts, wenn wir diese Arbeit als eine Aufgabe ansehen, die erst außerhalb unserer Partei anfängt, indem wir versuchen, diejenigen zu werben, die nicht durch die Familie eine enge Fühlung mit der Partei haben. Hier liegt eine echte Erziehungsaufgabe vor, die in jeder sozialistischen Familie anfangen sollte. Es wäre sicher interessant, einmal eine Statistik darüber zu bekommen, wie viele Frauen unserer Genossen in der Partei organisiert sind und wie viele herangewachsene Söhne und Töchter den Weg zur sozialistischen Jugendbewegung gefunden haben. Hier haben wir eine echte Erziehungsaufgabe in unseren eigenen Familien zu erfüllen, um den Bestand für die Zukunft zu werben. Erleben wir es nicht immer wieder, daß besonders die jungen Menschen und Frauen in der Partei mit Bitterkeit darauf hinweisen, daß recht viele Frauen und Kinder unserer Genossen noch nicht den Weg zur Partei gefunden haben? Das ist meiner Meinung nach auch eine psychologische Aufgabe, die sehr weite Ausstrahlungen haben wird, wenn die indifferenten Frauen und Jugendlichen

feststellen, daß die zu unseren Familien gehörenden Familienmitglieder bei uns organisiert sind.

Um den Einfluß der Partei zu stärken, ist es auch notwendig, daß man etwas zu der Haltung vieler unserer Funktionäre auf der kommunalpolitischen Ebene sagt. Auf dem flachen Lande liegt dieses Problem weniger in der Überzeugungskraft der Worte der einzelnen Genossen als in dem persönlichen Verhältnis unserer Funktionäre und unserer Kommunalpolitiker, die im Blickfeld des Interesses einer kleinen Gemeinde stehen, zu den Einwohnern der Gemeinde. Die Probleme der Eroberung des flachen Landes sind es wert, einmal eingehend untersucht zu werden, weil wir nur aus dem Turm herauskommen, wenn wir die 34- bis 36prozentige Grenze überschritten haben und wenn in gemeinsamer Arbeit zwischen der Großstadt und dem flachen Land der Weg zu politischen Erfolgen freigegeben ist. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich schlage vor, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich bitte aber, pünktlich um 14.30 Uhr zur Stelle zu sein. Es liegen noch drei Wortmeldungen vor. Ich möchte größten Wert darauf legen, daß beim letzten Punkt der Tagesordnung keine Zeitnot eintritt, besonders nicht für den Referenten. Ich bitte deshalb, pünktlich zu sein.

(Schluß der Vormittagssitzung: 13.00 Uhr.)

NACHMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Ich eröffne die Verhandlung des Parteitages. Es sind noch einige Telegramme eingegangen:

„Die Betriebsvertretung und Belegschaft der Schachtanlage ‚Scharnhorst‘ wünscht dem Parteitag einen erfolgreichen Verlauf.“ (Beifall.)

Die Vertretung deutscher Sozialdemokraten in Schweden telegraphiert uns:

„Beste Wünsche für die Ergebnisse der Tagung. Vorwärts im Geist Schumachers!“ (Beifall.)

Das Wort hat nunmehr die Genossin Keilhack, Hamburg.

Irma Keilhack, Hamburg: Genossen und Genossinnen! Der Genosse Schumacher sagte auf dem Hamburger Parteitag, daß unsere Partei die Tore weit offenhalten mußte für alle Menschen, die entweder von der Bergpredigt, vom Humanismus oder Marxismus her in die Ideen unserer Partei hineingezogen werden und sie mittragen und vorwärtsbringen helfen wollen. Wir haben längst erkannt, daß nicht die Klassenlage allein das entscheidende Moment ist, das uns über das bewußte Drittel hinaus in der Demokratie zu einer entscheidenden Macht verhelfen kann. Wir sind uns darüber klar, daß andere Gründe die Massen zu uns führen müssen.

Wir haben uns früher fast ausschließlich mit den geistigen Grundlagen der Partei befaßt. Heute ist es so, daß wir uns durch das Drängen der aktuellen Probleme in der Partei fast nur mit den ökonomisch-materiellen Fragen auseinandersetzen müssen. Die meisten unserer führenden Funktionäre werden erdrückt von der Arbeit an den aktuellen Problemen, an den Problemen, die die Lösung der sozialen, der materiellen Lage in unserem Volk herbeiführen sollen. Heute besteht die Gefahr, daß dieses Drängen eine geistige Austrocknung unserer Funktionärschicht in

jeder Stufe zur Folge hat. Dazu ist unsere theoretische Grundlage in der Partei außerordentlich labil. Wir arbeiten von der Hand in den Mund. Wir haben kein so festes und unbestrittenes Fundament, wie es vor vielleicht 30 oder 40 Jahren der Fall gewesen ist. Wir suchen ständig nach Ergänzungen und Bestätigungen der geistigen Grundlage, auf der wir arbeiten.

Eines der Kennzeichen dieses Anliegens war z. B. das Referat des Genossen Schmid vor zwei Jahren auf dem Hamburger Parteitag. Es war ein Anfang von dem, was wir weiterführen müssen. In dieser Problematik liegt auch die Unmöglichkeit, das Grundsatzprogramm der Partei fertigzustellen.

Ich habe keine Patentlösung eines Auswegs aus dieser Krise. Aber ich glaube, eine von den vielen Teillösungen, durch die wir ja überhaupt nur weiterkommen, ist, daß wir versuchen, uns eine Arbeitsgemeinschaft im Rahmen unserer gesamten kulturpolitischen Aufgabe zu schaffen, die uns die geistige Vorarbeit, die geistige Grundlagenforschung will ich einmal sagen, für die Partei abnimmt, die sie für uns erarbeitet.

Ich will einmal kurz umreißen, was ich meine. Ich denke an eine Aufgabe wie die, die die „Fabier“ in England haben oder hatten. Ich glaube, daß es möglich ist, die geistig Schaffenden in Deutschland, die uns bereits als Mitglieder angehören oder mit uns sympathisieren, in einer solchen Arbeitsgemeinschaft zu erfassen, die uns das erarbeitet, was wir neben der Bewältigung unserer aktuellen Aufgaben unbedingt klären müssen. Ich glaube, man müßte einen solchen Versuch machen. Ich weiß nicht, ob er in der Konzeption des Genossen Eichler liegt. Es ist sicher eine Aufgabe unseres kulturpolitischen Referats in naher Zukunft. Man müßte vielleicht versuchen, die Universitäten in den Mittelpunkt einer solchen Arbeit hineinzustellen. Man müßte versuchen, die sozialistischen Studentengruppen zum Kern einer solchen Arbeit zu machen. Sicher gibt es an den Universitäten mehr Professoren, als wir im Augenblick glauben, die unserer Bewegung sehr nahestehen und die uns große Sympathien entgegenbringen. Wir sollten auch nicht von vornherein denken, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft so quasi eine Arbeitsgemeinschaft „feiner Leute“ werden muß. Das widerspricht der tatsächlichen sozialen Situation der Geistesarbeiter. Es soll auch kein „Intelligenzler-Klub“ sein. Die Arbeitsgemeinschaft soll eine Spezialaufgabe haben, wie wir sie heute in der Parteiarbeit vielfach vergeben müssen, um zu einem Gesamtergebnis zu kommen.

Eine solche Arbeitsgemeinschaft würde uns nicht nur geistig befruchten und das in die Partei hineintragen, was wir im Grunde genommen alle entbehren, nämlich über die aktuelle Problematik hinaus Diskussionen über wirklich grundsätzliche Auffassungen und grundsätzliche Probleme der sozialistischen Bewegung, die wir früher immer gehabt haben und die die Lebendigkeit der Partei erst erhalten.

Darüber hinaus halte ich für eine weitere unbedingte Aufgabe, die von einer solchen Arbeitsgemeinschaft übernommen werden könnte, die Förderung unserer nachwachsenden Funktionäre in der sozialistischen Bewegung. Wir hatten in Hamburg früher etwas Ähnliches; einen Bund, die „Gesellschaft der Freunde sozialistischer Studenten“. Er muß die Aufgabe haben, uns den Nachwuchs heranzubringen, nicht nur dadurch, daß die, die jetzt studieren, unterstützt und mit Stipendien versorgt werden, sondern auch dadurch, daß ganz systematisch schon bei den begabten Schülern unserer Arbeiter eine Unterstützung beginnt. Weiter sollten durch eine ständige Auslese unter den Erwerbstätigen die herausgeholt werden, deren „Berufung“ auch ihr neuer Beruf werden kann, und zwar nicht nur über Abiturientenkurse — das ist eine gute Einrichtung —, sondern auch durch andere Fortbildungsmöglichkeiten, die man noch genauer formulieren müßte. Diese

Dinge gehören mit zu dem, was man gegen die Nachwuchsnot tun kann und die in einer anderen Art schon in den Herner Beschlüssen festgelegt sind.

Ich glaube, daß eine solche Einrichtung nicht nur zur Belebung der Parteidebatten beitragen könnte, sondern das eben zu beheben vermag, was wir immer als besonderen Mangel empfunden haben, in die Verwaltung, in die Wirtschaft und in die Gesellschaft Menschen hineinzubekommen, die, qualifiziert und geistig schöpferisch, durch unsere Schule gegangen sind. Wir erfassen außerdem mit einer solchen Arbeitsgemeinschaft auch Kreise, da sie sich nicht auf Mitglieder zu begrenzen brauchte, die die Anziehungskraft unserer Partei sehr erhöhen könnte.

Neben den vielen anderen Teilaufgaben der Partei in der Werbung und für die Ausstrahlung der sozialistischen Bewegung sollte man auch diesem aufgezeigten Problem etwas nähertreten.

Ich würde mich freuen, wenn auch von den Landesbezirken diese Gedanken einmal aufgegriffen werden könnten und Formen annähmen. Wir in Hamburg bemühen uns darum. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Heinrich Ritzel.

Ritzel, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages auf eine Presseveröffentlichung von heute lenken, die uns zutiefst berührt. Es handelt sich um die Mitteilung über den Inhalt des zweiten Nachtragsetats der Bundesregierung mit einer Endsumme von 2328 Millionen DM. Ich weise auf diese Zahl aus einem besonderen Grunde hin, nicht etwa wegen der steuerpolitischen Probleme, die sich daran knüpfen, sondern wegen einer riesigen Gefahr, die bisher schon stark in Erscheinung getreten ist. Ich brauche nicht an den letzten Ausgleich zu erinnern, der von der Bundesregierung in bezug auf die Verteilung der Anteile auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erzwungen worden ist, sondern ich muß daran erinnern, daß die Arbeit der Kommunen in steigendem Maße durch den wachsenden Finanzbedarf des Bundes in einer Weise lahmgelegt zu werden droht, die die Grundlagen der Existenz unseres Volkes berührt.

Vorsitzender Henßler, den Redner unterbrechend: Genosse Ritzel, ist das nicht eine Diskussionsrede, die zum Bericht der Bundestagsfraktion gehört? (Sehr richtig!)

Ritzel, fortfahrend: Nein, ich will jetzt etwas zur Organisationsfrage sagen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Arbeit unserer Partei in bezug auf den Dienst am Volk entscheidend von der Gemeinde ausgegangen ist. Die meisten von uns haben sich die Sporen der Arbeit im Dienste der Kommunen verdient. Es ist ein zwingender Anlaß, darauf zu achten, daß diese Basis unserer politischen Arbeit nicht erschüttert wird. Aus einem ganz besonderen Anlaß möchte ich darauf hinweisen. Mit steigender Besorgnis beobachten viele von uns eine Art der Entwicklung in den Kommunen, die ich aufzeigen möchte. Ich meine die Überfülle von repräsentativen Verpflichtungen der kommunalen Vertreter, vor allem der Bürgermeister und Oberbürgermeister, und die Entwicklung eines Aufwandes, an dem sich sozialdemokratische Vertreter nicht mitschuldig machen sollten. (Beifall.)

Nicht unbedingt notwendig ist es, da, wo ein Auto notwendig ist, einen Mercedes 300 zu fahren. (Beifall.)

Nicht unbedingt notwendig ist, daß die Aufgaben, die wir kommunalpolitisch in bezug auf die gemeinwirtschaftlichen Funktionen unserer Existenz haben, durch einen übermäßigen Repräsentationsaufwand gefährdet

und erschwert werden. Sozialdemokraten sind in erster Linie dazu verpflichtet, mit einem guten Beispiel voranzugehen. Die Arbeit, die wir zu leisten haben, ist nicht nur eine Arbeit in der Praxis, sondern auch eine theoretische Erkenntnis. Darauf hat unser Parteifreund Waldemar von Knoeringen heute morgen mit vollem Recht hingewiesen. Ich darf daran erinnern, daß der Bezirk Hessen-Süd aus dieser Erkenntnis seit sieben Jahren eine kommunalpolitische Akademie eingerichtet hat, die allein in diesem Jahr in ganzwöchigen Kursen von 1200 Genossinnen und Genossen besucht worden ist. (Beifall.)

Ich habe die Empfindung, daß es notwendig ist, derartige Einrichtungen durch die Partei noch mehr zu pflegen und auch dem Beispiel nachzuahmen, das wir in Hessen beobachten können, wo unsere Freunde in der sozialistischen Regierung mit Rat und mit sehr nennenswerter Tat zu Hilfe kommen, um derartige Einrichtungen zu ermöglichen.

Der eigentliche Anlaß aber, der mich hierhergeführt hat, war eine kurze Bemerkung eines Genossen aus Essen. Er sprach davon, daß Stadtverordnete und Bundestagsabgeordnete verpflichtet sein sollten, Beiträge einzukassieren. Ich nehme an, daß jeder, der den Weg einer langjährigen Parteigenossenschaft zurückgelegt hat, in der einen oder anderen Weise Gelegenheit gehabt hat, auch derartige Funktionen zu tätigen, ganz gleich, ob es sich darum handelt, wie ich aus meinem Leben aus der Zeit vor 25 und 30 Jahren in guter Erinnerung habe, daß man Flugblätter verteilt und von den Bauern mit Hunden gehetzt wurde, oder ob es sich darum handelt, Beiträge einzukassieren. Das Entscheidende, was man von einem Abgeordneten, ob Stadtverordneter, Landtags- oder Bundestagsabgeordneter, fordern sollte, liegt in der Arbeit des Kopfes. Wenn sich jemand im Rahmen der Partei so weit emporgearbeitet hat, daß er das Vertrauen gefunden hat, Abgeordneter zu sein, dann verlangt man von ihm etwas mehr als die Einsammlung von Parteibeiträgen. Selbst auf die Gefahr hin, daß es mißfällt, möchte ich feststellen, daß ein Abgeordneter, der beispielsweise in jeder freien Stunde, die er in seinem Wahlkreis verbringt, Sprechstunden abhält, in einer solchen Sprechstunde, die einen ganzen Tag dauern kann und in der er 25, 30 und mehr Menschen kostenlos berät, mindestens so viel nützliche Arbeit geleistet hat, als wenn er sich an der Einsammlung der Parteibeiträge beteiligt.

Die Ämterhäufung, die auch hier zur Sprache kam, beruht nicht zuletzt auf den Anforderungen der Partei selbst, die den einen oder anderen Abgeordneten oder sonstigen Funktionär mit einer Fülle von Pflichten bedenkt, die jedes Familienleben zerschlagen und die den Menschen überhaupt nicht mehr zu sich selbst kommen lassen. Wenn wir eines im Dienste der Arbeiterbewegung mehr berücksichtigen wollten als bisher, dann ist es die Notwendigkeit, die Möglichkeit einer stillen Stunde der Besinnung zu geben und die Notwendigkeit, das, was man praktisch empfindet, in der Theorie für sich selbst und in Gesprächen mit anderen zu erarbeiten. Was wir brauchen, das ist doch das Hand-in-Hand-Arbeiten. Wir müssen die Aktivität von jedem von uns verlangen und jede Stunde für die Partei opfern, die überhaupt noch zur Verfügung steht.

Aber wir sollten uns dabei auch vor einem bewahren. Das Schicksal, das viele von uns in den letzten Jahren ertragen und erduldet und mit ihrem Leben besiegelt haben, sollte uns mahnen. Wir sollten auch mit unseren Kräften rationeller verfahren, als es bisher geschehen ist. (Sehr richtig!)

Das ist der Punkt, der verlangt, daß neben und hinter jeden älteren und alten Genossen ein junger gestellt werden muß, der durch die prak-

tische Leistung des anderen lernt, ebenfalls auf eigenen Füßen zu stehen, um in naher oder fernerer Zukunft als vollwertiger Genosse die gleiche Arbeit zu leisten, wenn ein älterer die Kelle aus der Hand legt.

Wenn der Parteitag zwischen den Älteren, den Alten und der Jugend eine Verbindung schafft, dann hat er auch auf diesem Gebiet eine nützliche Arbeit geleistet. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Hugo Stendel.

Stendel, Hamburg:

Genossinnen und Genossen, besonders aus den großen Städten und aus den dichtbesiedelten Wohnbezirken! Ich möchte die Bitte wiederholen, die Genosse Lüders, Cuxhaven, heute vormittag ausgesprochen hat. Ich möchte euch bitten, diesen Wunsch, der aus den dünnbesiedelten Bezirken der Bundesrepublik kommt, in gute Hände zu nehmen, wenn ihr nachher über den Antrag Nr. 5, dessen einfache Ablehnung vorgeschlagen ist, abstimmen sollt. Wir kommen aus den Gebieten, in denen die Sozialdemokraten keine Tuchfühlung haben und in denen sie sich nicht morgens und abends treffen können, sondern sie müssen sich in Tagesreisen suchen, um überhaupt miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir kommen aus dem flachen Lande, in das wir die Parteiarbeit hineintragen und in dem wir Mitglieder gewinnen sollen. Wenn unser Organisationsstatut und die Herner Beschlüsse festgelegt haben, daß wir unsere Organisation in der Form aufbauen sollten, daß Ortsvereine sich zu Unterbezirken, dann zu Bezirken und schließlich zum Parteiganzen zusammenschließen, dann fehlt bei uns ein Zwischenglied, daß die eigentliche Parteiwerbung leisten soll: der Kreisverein. Wenn ich an die Verhältnisse im Regierungsbezirk oder Unterbezirk Stade denke, der zwischen den beiden großen Unterbezirken Bremen und Hamburg liegt, dann ist Bremen ein großer Bezirk, in dem fruchtbare Unterbezirksarbeit geleistet werden kann. Dasselbe trifft für Hamburg zu. Wenn ich dann aber die 660 000 Einwohner des Unterbezirks zwischen Bremen und Hamburg nehme und daran denke, daß ungefähr 600 Gemeinden fruchtbar bearbeitet werden sollen, dann kann ein Unterbezirk diese Arbeit einfach nicht mehr schaffen. (Zuruf: Es sind ja auch mehrere!) Wenn es dann heißt, wir haben die sogenannten Kreisarbeitsgemeinschaften für besondere Aufgaben, so muß ich darauf hinweisen, daß sie drei Monate vor der Wahl zusammentreten. Unsere Mitglieder sagen, ein Jahr seid ihr nicht zusammengekommen, jetzt steht die Wahl vor der Tür. Was habt ihr in der Zwischenzeit getan?

Die Herner Beschlüsse und das Organisationsstatut müßten für diese dünnbesiedelten Gebiete geändert werden. Für die dünnbesiedelten Gebiete müssen die Kreisverbände von den Herner Beschlüssen und vom Organisationsstatut eingeführt werden.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Fritz Reincke.

Reincke:

Genossinnen und Genossen! Notwendig scheint mir, zu dem Fragenkomplex „Organisation“ einiges zu sagen. Ich möchte mich nicht mit der Frage Kreisverband beschäftigen, aber notwendig scheint mir eine Klärstellung des Begriffes „Ortsverein“ zu sein. Wenn ich recht unterrichtet bin, dann ist es so, daß in einigen Bezirken die Grenze des Ortsvereinsgebietes sich mit der Grenze der politischen Gemeinde deckt. Wenn ich

recht unterrichtet bin, ist es zum Beispiel so, daß in der ganzen Stadt Hannover ein Ortsverein, unterteilt in Abteilungen, besteht. Im hiesigen Bezirk Westliches Westfalen ist es dagegen so, daß in den mittleren und großen Städten eine Vielzahl von Ortsvereinen besteht, die sich dann zu Stadt- oder Kreisverbänden zusammengeschlossen haben. Diese Stadt- oder Kreisverbände sind bekanntlich, das haben wir heute morgen schon festgestellt, satzungsgemäß nicht verankert. Das führt dann insbesondere bei der Aufstellung von Gemeinderatskandidaten zu erheblichen Schwierigkeiten. Im Parteistatut ist in § 5, Absatz 3, ausdrücklich festgelegt: Kandidaten für Gemeindevertretungen stellen die Ortsvereine auf. Wie wollen wir denn nun in einer Stadt, in der 17 oder 25 Ortsvereine bestehen, zu einer ergiebigen Gemeindegemeinschaft kommen, wenn es jedem Ortsverein satzungsgemäß überlassen bleibt, die Kandidaten zu nominieren. Es wird zwar gesagt, daß für solche Fälle, was ganz selbstverständlich ist, auf der Gemeindeebene eine Körperschaft — und sei es nur einmal für diesen Zweck — oder eine Delegiertenversammlung zuständig sein muß. Aber dem steht ganz klar und eindeutig der Wortlaut des Parteistatuts entgegen. Wenn auch von dieser Stelle aus des öfteren die Bedeutung der kommunalen Zusammenarbeit herausgestellt worden ist, dann liegt das Problem im wesentlichen in der Findung der richtigen Männer und Frauen für diese Aufgabe. Wenn diese richtigen Männer und Frauen gefunden werden sollen und wollen, dann geht es nur von einer Ebene, die das gesamte Gemeindegebiet umfaßt. Es wird auch dageengehalten, daß im Absatz 4 des § 5 ausdrücklich festgelegt ist, daß Kandidaten für die Kreistage durch Delegierte der Ortsvereine auf Kreiskonferenzen zu nominieren sind. Aber hier wird ganz deutlich von Kreistagen gesprochen, womit im allgemeinen Landkreistage gemeint sind. Ich bin mir dessen sicher, daß wir in unserem Kreisverband, in dem wir bekanntlich auch vor der Frage stehen, mit den Schwierigkeiten fertig werden, aber ich vermag nicht einzusehen, warum es notwendig ist, Schwierigkeiten auch nebensächlicher Art zu schaffen, wenn sie mit einem klaren Wort zu beseitigen sind. Deswegen meine ich, wenn schon der Begriff Kreisverband nicht satzungsgemäß verankert ist, dann sollte man zumindest Klarheit über den Begriff „Ortsverein“ in der Weise schaffen, daß man sagt, die gebietliche Grenze eines Ortsvereines hat sich mit der Gemeindegrenze zu decken. Dann wären, soweit es sich um Stadtkreise handelt, die Schwierigkeiten behoben. Das aus der einfachen Überlegung heraus, daß der Wortlaut und Sinn klar sein müssen. Wir erleben manchmal in den Kreisverbänden, daß die Ortsvereine sagen: „Was wollt ihr den eigentlich! Ihr habt doch in die Dinge nicht hineinzureden. In der Angelegenheit ist ausdrücklich festgelegt, daß wir für die Nominierung der Kandidaten zuständig sind!“ Da scheint also wirklich eine Klarstellung notwendig zu sein.

Eine weitere Frage ist die Beitragserhöhung. Der Berichterstatter des Parteivorstandes hat heute morgen empfohlen, Antrag Nr. 30 anzunehmen. Der Antrag befaßt sich mit einer 20prozentigen Erhöhung der Beitragsstaffel über 1,20 DM. Ich sage nichts gegen den Antrag. Wichtiger erscheint aber, daß wir zunächst für Beitragserhöhung in der Partei sorgen. Auch in meinem Bezirk, dem Westlichen Westfalen, liegen die Dinge sehr im argen. Und das in einem Bezirk, in dem sich die Industrie zusammenballt, also die Voraussetzungen dafür gegeben sind, eine beachtliche Zahl von höheren Marken zu verkaufen. Wir müssen uns im Westlichen Westfalen ein Beispiel an Berlin, Hamburg oder Südhessen nehmen. Ich bin der letzte, der daraus etwa die Generallösung für die Finanzkalamitäten der Partei herauslesen möchte. Ich bin mir aber über die psychologische Bedeutung der Frage im klaren. Ich glaube, daß die 20prozentige Beitragserhöhung, die Anfang des Jahres notwendig war oder jetzt not-

wendig ist, nicht erforderlich wäre, wenn jedes Mitglied beitragssehrlich wäre. Wenn wir es von den Kleinverdienern mit beispielsweise 300,— bis 500,— DM verlangen, dann müssen wir auch nachweisen können, daß — ich darf dieses Wort einmal gebrauchen — die Großverdiener ihre Pflicht gegenüber der Partei tun. Es mag richtig sein, daß diese Genossen mancherlei über die Beitragszahlung hinaus für die Partei tun. Die Beitragssehrlichkeit muß aber über allem stehen. Deswegen sollten wir also überall in der Partei, wo es notwendig ist — und im Westlichen Westfalen scheint es notwendig — für eine Bereinigung dieser Frage sorgen.

Eine dritte Frage: Der Berichterstatter des Parteivorstandes hat empfohlen, den Antrag 43 (Kreisverband Witten) dem Parteivorstand zu überweisen. An vielen Stellen in der Partei wird über die schlechte Finanzlage geklagt. Man sagt, wir seien nicht in der Lage, eine Parteischule zu errichten, weil das Geld fehle. Dann sollte man eben jeden Pfennig, ehe man ihn ausgibt, herumdrehen und die Ausgaben genau prüfen. Das scheint auf vielen Gebieten nicht der Fall zu sein. Gerade die Frage, die im Antrag Nr. 43 angeschnitten ist, beweist das. Ein Beispiel: Vor eineinhalb Jahren wurde von Bonn aus eine Flugblattaktion gestartet. In meinem Kreisverband befinden sich 17 Ortsvereine. Jeder Vorsitzende bekam ein großes Paket mit Flugblättern. Darin war so viel Material enthalten, daß er meist die Bevölkerung seines Gebietes doppelt damit bedenken konnte. Aber nicht genug damit. Der Kreisverband, der ja nur eine Zusammenfassung der Ortsvereine ist, bekam ebenfalls ein recht erkleckliches Paket. Und der Kreisverbandsvorsitzende bekam in seine Wohnung außerdem noch eine recht umfangreiche Sendung. Das ist nicht in Ordnung!

Ein weiteres Beispiel: Vor etwa zwei Jahren kam ein Propaganda-Katalog heraus, der für die Partei zweifellos sehr wertvoll ist. Er ist in Mehrfarbendruck hergestellt und war zweifellos nicht billig. Auch diese Verteilung war nicht ganz richtig. Jeder Ortsverein bekam ein Exemplar und darüber hinaus das Kreisverbandssekretariat ebenfalls eine Anzahl, die fast an die Gesamtzahl der Ortsvereine des Kreisverbandes heranreicht. Wenn wir die kleinen Funktionäre angehen, für Wahlfonds- oder sonstige Sammlungen und für alle möglichen Zwecke zu arbeiten, dann dürfen wir dem kleinen Funktionär nicht auf der anderen Seite Argumente dafür in die Hand geben, daß er sagt: „Dann soll man doch einmal an der höchsten Stelle die Pfennige, die von uns so mühsam hereingeholt werden, etwas sorgsamer ausgeben.“ Wir bitten den verantwortlichen Organisationssekretär, diese Frage so wichtig zu nehmen, wie sie es verdient.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Leddin, Hannover.

Leddin, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Die Frage der Jugend, das Jugendproblem überhaupt, hat in der Diskussion einen sehr breiten Raum eingenommen. Wir, die Vertreter der Jungsozialisten, und ich glaube, daß ich das auch im Namen der Falken sagen darf, sind erfreut, mit welchem Interesse dieser Parteitag und damit die gesamte Partei diese Frage behandeln. Ich darf euch im Namen der Jugend unseren Dank aussprechen. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil einige Argumente vielleicht noch näher erläutert oder korrigiert werden müssen. Natürlich kann ich in Anbetracht der kurzen Redezeit nicht zusammenfassend sprechen, sondern die einzelnen Punkte nur stichwortartig behandeln.

In jeder Veranstaltung der Partei ist die erste Frage, die wir schon nicht mehr hören können: „Wo ist die Jugend?“ Diese Frage wird aber immer

an die Menschen gerichtet, die gerade zufällig anwesend sind, nicht aber an diejenigen, die fehlen. Dadurch stößt man ausgerechnet die Anwesenden vor den Kopf, so daß auch die eines Tages nicht mehr kommen. Ich möchte diese Frage schlicht und klar beantworten: Die Jugend ist da, und ich werde auch nachher beweisen, aus welchen Gründen ich zu dieser Erklärung komme. Es ist nicht so wesentlich, daß man sich über die Jugend unterhält, sondern daß man versucht — auch das ist in der Diskussion angeklungen —, mit der Jugend in das Gespräch zu kommen. Erkennen wir doch einmal, wer die Jugend ist, wer die Jugend geformt hat, durch welche Schule die Jugend gegangen ist, wie diese zwölf Jahre auf das Leben der Jugend gewirkt haben. Dabei müssen wir auch die Zeit nach 1945 berücksichtigen. Auch wir als Partei haben ja den jungen Menschen nach 1945 nicht sofort die Hand gereicht, wie es eigentlich richtig und gut gewesen wäre. Damit wollen wir keine Schuldfrage anschneiden. Wir müssen die Situation aus einer gewissen Nachkriegspsychose heraus betrachten, obwohl wir manche Einstellung von damals heute nicht mehr verstehen. Der Erfolg dieses Verhaltens war, daß zu der Enttäuschung, die die jungen Menschen erlebten, die Erbitterung kam. Die Nachkriegsgeneration stand vor den Trümmern ihrer Ideale. Sie fand niemand, der ihr die Hand reichte und sagte: „Kommt zu uns, wir wollen mit euch sprechen, wir wollen euch auf einen anderen Weg leiten.“

Zwölf Jahre lang wurden diesen Menschen die negativen Begleiterscheinungen der Demokratie als deren Inhalt vor Augen geführt. Sie hatten ja auch keine Vergleichsmöglichkeiten, um vielleicht von sich aus zu einem anderen Ergebnis kommen zu können. Wiederum war ja diese Demokratie nach einem verlorenen Krieg nicht gesund gewachsen, sondern auf Befehl der Alliierten entstanden. Selbst in den Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen waren wir nicht in der Lage, die allgemeine und damit auch die Jugendnot zu beheben, und es kommt nicht so sehr darauf an, der Jugend die Form der Demokratie zu sagen, sondern deren Inhalt. Man muß ihr überzeugend vor Augen führen, daß man auch in einer Demokratie leben kann. Einem Spätheimkehrer, der 1950/51 aus der Gefangenschaft gekommen ist und heute noch ohne Arbeit ist, kann man schwer verständlich machen, daß die Demokratie ihm eine bessere Lebensmöglichkeit bietet. Diese Menschen wollen wissen, was jetzt und in Kürze geschieht, nicht aber, was vielleicht in einer fernen Zukunft liegt.

Von älteren Genossen wird auch oft der Fehler gemacht, daß man Parallelen zwischen der Zeit nach 1918 und nach 1945 zieht. Das ist aber durchaus abwegig und verkehrt. Es gibt zwar Symptome, die zu einem solchen Vergleich anregen, man muß aber berücksichtigen, daß die Zeit nach 1918 aus einem revolutionären Umbruch heraus entstand. Die Zeit nach 1945 beruht aber auf einem noch nie dagewesenen Zusammenbruch. Ausgehöhlt kam die Jugend ohne Ideale in eine zerrissene Heimat zurück.

Nun zu meiner eingangs aufgestellten Behauptung, daß die Jugend da ist, auch bei uns in unserer Partei. Der Prozentsatz der Jugendlichen in unserer Mitgliedschaft beträgt 10 Prozent, das heißt 60 000 junge Menschen. Wenn wir dabei die verständliche Scheu vor Organisationen, ja, die Feindlichkeit der Jugend gegen Organisationen, berücksichtigen, dann ist dieser Prozentsatz recht beachtlich, und diese 60 000 Menschen bilden ja für die Partei den echten Neugewinn. Die alten Genossen, die sich ihr Ideal durch die zwölf Jahre der Nazidiktatur hindurch gerettet haben, haben ja lediglich dort angeknüpft, wo die Entwicklung 1933 aufgehört hatte. Diese jungen Menschen aber, die heute zu uns gestoßen sind — unabhängig davon, ob durch Familie oder Arbeitsstätte beeinflusst —, haben sich neu zu uns bekannt. Das ist für unsere Partei wichtig und wertvoll. Wir haben ja auch nie erwartet, daß diese junge Generation so von der einen Fahne

zur anderen in geschlossener Formation überwechselt. Das ist vielmehr eine Kleinarbeit, ein Gespräch von Mensch zu Mensch.

Nun zur Frage der politischen Interessiertheit der Jugend. In vielen Diskussionen haben wir erlebt, mit welchem brennenden Interesse die junge Generation die Fragen, die sie unmittelbar berühren, anpackt, mit welcher Leidenschaft sie diskutiert. Immer wieder konnten wir diesen jungen Menschen sagen: „Jawohl, diese Argumente, die ihr vorgetragen habt, sind die Argumente der SPD“. So sehr hat sich die Jugend in ihrer Grundauffassung ungenähert, ohne es immer von sich aus schon zu wissen. Diese Einstellung der Jugend ist aber nicht von heute auf morgen erfolgt, sondern ist das Ergebnis der großen und umfassenden Aufklärungsarbeit durch unsere jüngeren Genossen, die sich immer wieder bemühen, die Jugend für die Partei zu gewinnen.

Seien wir doch einmal ehrlich! Wenn ihr alten Genossen zurückdenkt, wie war es vor 1933? Kam da die Jugend in hellen Scharen? War die Situation damals nicht ähnlich wie heute? Es war doch auch damals eine relativ kleine Gruppe, die sich zu uns bekannte!

Die Jugend von heute ist nicht so sehr auf das Gefühl abgestellt, wie wir manchmal glauben. Sie ist hart, realistisch und sehr kritisch. Sie will keine schönen Phrasen, wie die, daß der Jugend die Zukunft gehöre. Die Jugend sagt: „Wir wachsen sowieso in die Zukunft hinein! Wir wollen an der Gegenwart mitbestimmen!“ (Beifall.) Sie stellt konkrete Fragen und verlangt von uns als Partei eine konkrete und ehrliche Antwort.

Eine Bitte zum Schluß: Wir haben die Worte vernommen, die sich mit der Jugend befassen. Wir haben auch die Versprechungen gehört. Haltet diese Worte! Bemüht euch, wenn ihr nach Hause kommt, sie in die Tat umzusetzen. Bemüht euch, bei jeder Gelegenheit der Jugend Verständnis entgegenzubringen und ihr zu helfen. Die Jugend will nichts geschenkt haben. Sie will und muß sich erkämpfen, woran sie teilhaben will. Wir aber versprechen euch, daß wir weiterarbeiten werden, und wir hoffen, daß unsere Arbeit auch dann anerkannt wird, wenn wir nicht allzuviel darüber reden. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Damit ist die Rednerliste erledigt. Wird ein Schlußwort gewünscht? (Zurufe: Nein!) Die Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort, so daß wir in der Beratung unserer Tagesordnung weitergehen können. Soeben sind die Stimmzettel für die Vorstandswahl verteilt worden. Vorher müssen wir noch einen Beschluß fassen, und zwar, daß der Parteivorstand aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, aus fünf besoldeten Mitgliedern und aus 23 unbesoldeten Beisitzern besteht. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer dieser Regelung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. Das ist einstimmig beschlossen. Daraus ergibt sich, daß also unter den Beisitzern oder unbesoldeten Mitgliedern, wie es jetzt auf den Stimmzetteln heißt, höchstens 23 gewählt werden dürfen. Mehr macht den Stimmzettel ungültig, bei weniger bleibt der Stimmzettel gültig. Diejenigen, die man nicht wählen will, sind zu streichen. Wir treten in die Abstimmung ein. Nach der Abstimmung sammelt die Mandatsprüfungskommission die Stimmzettel ein. Auch die Stimmzettel für die Wahl der Kontrollkommission sind verteilt worden. Ich bitte, diesen Zettel gleichzeitig mit dem anderen Stimmzettel abzugeben.

Vorsitzender Steinhoff:

Damit keine Unklarheiten entstehen: Jedes stimmberechtigte Mitglied des Parteitages muß zur Kontrolle der Wahl die mit I und II bezeichneten

Abschnitte der Delegiertenkarte abgeben; I für die Wahl des Parteivorstandes, II für die Wahl der Kontrollkommission. Es werden also beide Abschnitte mit eingesammelt.

Siegler:

Ich glaube, daß es erwünscht wäre, wenn uns auch mitgeteilt würde, aus welchen Ländern die auf dem Wahlvorschlag verzeichneten Damen und Herren kommen. Von einigen ist uns das zwar bekannt, aber ich glaube, daß es für die Delegierten wünschenswert wäre, wenn sie wissen, wieviel Genossen z. B. aus Nordrhein-Westfalen oder aus den sonstigen Ländern in den Parteivorstand vorgeschlagen werden.

Vorsitzender Henßler:

Um jeder weiteren Debatte vorzubeugen, will ich an Hand des Wahlvorschlages mitteilen, woher die einzelnen Genossen kommen. Das ist vielleicht am zweckmäßigsten.

Heinrich Albertz, Hannover	Heinz Kühn, Köln
Luise Albertz, Oberhausen	Karl Meitmann, Hamburg
Luise Albrecht, München	Walter Menzel, Düsseldorf
Franz Bögler, Pfalz	Franz Neumann, Berlin
Alfred Dobbert, Wuppertal	Ernst Reuter, Berlin
Egon Franke, Hannover	Carlo Schmid, Tübingen
Andreas Gayk, Kiel	Erwin Schoettle, Stuttgart
Emil Groß, Bielefeld	Louise Schröder, Berlin
Franz Haas, Nürnberg	Elisabeth Selbert, Kassel
Fritz Henßler, Dortmund	Fritz Steinhoff, Hagen
Wenzel Jaksch, Wiesbaden	Hermann Veit, Karlsruhe
Waldemar von Knoeringen, München	Herbert Wehner, Hamburg
Anni Krahnstöver, Bonn und Schleswig-Holstein	August Zinn, Wiesbaden

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Ich werde noch darauf aufmerksam gemacht, daß vier Frauen gewählt werden müssen.

Wir können dann mit der Abstimmung beginnen. Ich werde, wie auf den anderen Parteitag, nach dem Vorschlag des jeweiligen Berichterstatters abstimmen lassen. Das ist auf unseren Parteitagen alte Tradition.

Antrag 2 des Kreisvorstandes Bremen. Es wird Ablehnung empfohlen. Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. (Große Unruhe.)

Genossinnen und Genossen, ich möchte bitten, die Arbeit dem Vorsitzenden etwas zu erleichtern. Ich frage noch einmal, wer entsprechend dem Vorschlage des Berichterstatters für die Ablehnung des Antrages 2 ist, bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Ablehnung wird auch empfohlen für den Antrag 3. Wer entsprechend stimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Ablehnung wird auch für Antrag 4 des Bezirks Südwest empfohlen. Wer entsprechend abstimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 5, Ortsverein Lippstadt, es wird Ablehnung empfohlen. Wer entsprechend stimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 6, Kreisvorstand Bremen, es wird Ablehnung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 7. Es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 8. Es wird Ablehnung empfohlen. Das ist der Antrag des Kreisverbandes Rosenheim-Land. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 9, Bezirk Südwest. Es wird Ablehnung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 10, Kreisvorstand Bremen. Es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 11. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist so beschlossen.

Antrag 12. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 13. Es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. (Widerspruch.) Dann bitte ich um die Gegenprobe. — Das erste war zweifellos die Mehrheit.

Antrag 14. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist die Mehrheit.

Antrag 15. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist die Mehrheit.

Antrag 16. Es wird Überweisung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Angenommen!

Antrag 17, Bezirk Südwest. Es wird Ablehnung empfohlen. Bitte ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 18, Bezirk Südwest. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 19. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist demgemäß beschlossen.

Antrag 20. Es wird Überweisung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist demgemäß beschlossen.

Bei Antrag 21 wird ebenfalls Überweisung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist demgemäß beschlossen.

Dann Antrag 22. Es wird Ablehnung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 23. Es wird Ablehnung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. Das ist die Mehrheit.

Antrag 24. Es wird Überweisung beantragt. (Zurufe: Ablehnung!) — Nein, Überweisung an den Parteivorstand. (Widerspruch und Zurufe: An den Organisationsausschuß!) — Eine Überweisung kann nur an den Parteivorstand geschehen und nicht an Ausschüsse, da Ausschüsse ja Organe des Parteivorstandes sind. — Wer also für Überweisung des Antrags 24 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Die Anträge 25 und 26 sind für den Tagesordnungspunkt 6 zurückgestellt.

Antrag 27 ist zugunsten des Antrags 27a, 2. Nachtrag zur Vorlage 4, zurückgezogen.

Antrag 27a wird zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Dann Antrag 28. (Zuruf: — Zur Abstimmung! — Die beiden Anträge 28 und 29 sind an den Parteivorstand zu überweisen. — Nau: Akzeptiert von uns! — Heiterkeit und Beifall.)

Zur Geschäftsordnung Genosse Nau.

Nau:

Genossinnen und Genossen, ich glaube, ich muß hier etwas sagen. Zunächst vielen Dank für die stürmische Heiterkeit und Zustimmung. Es ging mir einfach darum, eine Verabredung mit Wiesbadener Genossen einzuhalten. Ich habe heute morgen in meinem Bericht für die Ablehnung des Antrages plädiert. Nach einer Aussprache mit Genossen aus Wiesbaden habe ich dann erklärt, daß wir von uns aus gegen die Überweisung nicht auftreten werden. (Zuruf: Wer ist „uns“?) — Uns? Das sind wir! (Wer ist das?) — Ich als Berichterstatter. Ich habe meine Empfehlung, abzulehnen, zugunsten der Empfehlung der Genossen aus Wiesbaden zurückgezogen.

Vorsitzender Henßler:

Die Sache ist nun klar: Der Berichterstatter hat seinen Antrag auf Ablehnung zurückgezogen. Es bleibt nur der Antrag auf Überweisung. (Zuruf: Er kann einen Antrag, den Parteivorstand und -ausschuß beschlossen haben, nicht zurücknehmen. Du kannst nicht den Antrag auf Ablehnung zurückziehen!) — Ich bitte, eine solche Diskussion zu unterlassen. Es ist ausdrücklich festgelegt worden, daß nach den Vorschlägen der Berichterstatter abgestimmt werden sollte. Es bleibt also der Antrag auf Überweisung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Ich danke; es ist demgemäß so beschlossen.

Wer für Annahme des Antrags 30 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Es ist demgemäß beschlossen. (Widerspruch und große Unruhe.) Ich lasse noch einmal abstimmen. Aber ich bitte doch, die Gespräche doch etwas zu unterlassen und darauf zu hören, was von hier aus gesagt wird.

Antrag 30 ist zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die große Mehrheit.

Antrag 31 ist zurückgezogen.

Antrag 32 ist zur Ablehnung empfohlen. Wer entsprechend beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 33 ist ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Wer entsprechend beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 34. Es ist Überweisung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Auch Antrag 35 ist zur Überweisung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag 36. Auch da ist Überweisung empfohlen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Für Antrag 37 wird Ablehnung empfohlen. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 38. Es ist Überweisung empfohlen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 39 ist zur Ablehnung empfohlen. (Widerspruch und Zurufe: Annahme!) — Antrag 39 ist zur Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen.

Antrag 40. Überweisung ist empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen.

Auch bei Antrag 41 ist Überweisung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Ist beschlossen.

Antrag 42 ist zur Ablehnung empfohlen. (Zuruf: Zur Abstimmung! Ich beantrage Überweisung!) Nach dem allgemein üblichen Verfahren, daß Änderungsanträge den anderen vorgehen, lasse ich zunächst über diesen abstimmen. Wer ist für Überweisung? — (Zuruf: Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß ein Geschäftsordnungsantrag immer vorgeht!) — Ich muß darauf aufmerksam machen, daß man zuhören soll, was ich sage. (Beifall.) Ich habe dem Änderungsantrag den Vorzug gegeben, und ich bitte um Handzeichen für die Überweisung. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere ist die Mehrheit. Damit ist dann auch bereits die Ablehnung des Antrages ausgesprochen.

Antrag 43. Überweisung ist empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit.

Wir haben dann noch die Anträge 197 und 198 auf dem 2. Nachtrag zur Vorlage Nr. 4.

Für Antrag 197 ist die Annahme empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ist beschlossen.

Für Antrag 198 ist die Überweisung empfohlen. (Zuruf: Annahme!) — Ich korrigiere mich, auch für Antrag 198 ist Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen.

Ich glaube, wir haben nun sämtliche Anträge erledigt bis auf den Antrag des Kontrollausschusses, dem geschäftsführenden Vorstand Entlastung zu erteilen. Wer diesem Antrag des Kontrollausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Beifall.)

Besteht bezüglich der Wahl des Parteivorstandes noch eine Unklarheit? — Dann will ich die Verhandlungen jetzt um einige Minuten unterbrechen, damit die Stimmzettel eingesammelt werden können und wir dann ohne Störung das Referat des Genossen Mellies, den Bericht der Bundestagsfraktion, entgegennehmen können.

Ich werde darauf aufmerksam gemacht, sämtliche Mitglieder der Mandatsprüfungskommission zu ersuchen, sich am Einsammeln zu beteiligen.

Vorsitzender Steinhoff:

Sind noch Stimmzettel nicht abgegeben? — Dann darf ich feststellen, daß sämtliche Stimmzettel abgegeben sind. Damit ist die Wahlhandlung abgeschlossen.

Vorsitzender Henßler:

Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Bericht

über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Ich bitte den Genossen Mellies, das Wort zu nehmen. (Beifall.)

Mellies, Bonn:

Genossinnen und Genossen! Auf dem Hamburger Parteitag vor gut 20 Jahren gab Genosse Rudolf Breitscheid den Bericht der Reichstagsfraktion. Vorher hatte Genosse Hans Vogel das große politische Referat gehalten. Zu Beginn seiner Ausführungen beklagte sich Genosse Breitscheid. Er führte etwa aus: Ich habe mir den Bericht der Reichstagsfraktion wie einen